CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

244 22. JAHRGANG Januar 2005 4,50 €

AUS DEM INHALT:

RECHTSEXTREMISMUS

Was ist nur los in Sachsen? Fragt sich nicht nur so mancher Wessi nach den sächsischen Landtagswahlen. Vor allem in den Wahlkreisen der Sächsischen Schweiz erzielten die Rechten unfassbare 15,1 Prozent der Zweitstimmen. Ist die Stadt Pirna, vielbeschriebenes Tor der Sächsischen Schweiz, nun das Tor zur Nationalen Schweiz? In der jüngeren Geschichte machte die Region um das malerische Städtchen durch braune Farbkleckse in der politischen Landschaft auf sich aufmerksam und die Stadt zeigt sich nicht nur im Vorfeld einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in der Region überfordert. Seite 3

FORSCHUNGSPROJEKT

Im Forschungsprojekt »Gemeinschaftliche Lebens- und Wirtschaftsweisen und ihre Umweltrelevanz« wurden drei größere Lebensgemeinschaften unter die Lupe genommen. Die Ergebnisse der Untersuchung sind zu finden auf Seite 4.

KOMMUNEN

Umdenken ist angesagt. Es geht um den Begriff der »Arbeit«, in der Regel Erwerbsarbeit. »Endlich geht die Arbeit aus«, formulieren einige in der Hoffnung, dass endlich über den »Arbeitswahn« nachgedacht wird. Dass in Kommunen »Anderes Arbeiten« möglich ist, belegt der Beitrag von Uli Barth aus der Kommune Niederkaufungen auf Seite 5.

ABGESTRAFT

Das Wort »YOMANGO« (»ich klaue«) ist spanischen Ursprungs und soll das »symbolische« Befriedigen der eigenen Bedürfnisse thematisieren, zum Nachdenken anregen, aber auch die Konsumgesellschaft in Frage stellen. Eine Aktionsform, die bei dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) nicht gut ankommt und dazu führte, dass kurz vor Jahresende der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) die gesamten Zuschüsse in Höhe von 30.000 Euro für das Jahr 2005 gestrichen wurden. Seite 12

GENOSSENSCHAFTEN

»Die Genossenschaften ... müssen selbstbewusst dafür eintreten, dass genossenschaftliche Kooperation mit ihrer demokratischen Grundstruktur, ihrer besonderen Einstellung zu Kapital und Gewinn und ihrer Präferenz für Zusammenarbeit statt Konkurrenz als eine realistische, zukunftsgerichtete Alternative zur kommerziellen, gewinnorientierten Unternehmung anerkannt wird, von der andere lernen können und dass Gewinnorientierung und Streben nach shareholder value nicht die einzigen Beweggründe sind, Unternehmen zu errichten und zu betreiben,« so fasst Hans-H. Münkner die Ergebnisse eines Fachgesprächs zusammen. Seite 13

www.contraste.org

KLASSE GEGEN KLASSE

Grundeinkommen jetzt!

Alle schon eingeharzt? Dieser Jahresbeginn markiert den Anfang vom Ende des Sozialstaats. CONTRASTE eröffnet ihren sozialpolitischen Schwerpunkt daher mit der Forderung nach Grundeinkommen. Mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift »arranca!« übernehmen wir einen Artikel von Tom Binger, der dort unter der Überschrift »Jenseits von Staat und Arbeit – Neue Formen und Visionen des Sozialen« erschienen ist und in dessen Zentrum die Forderung nach Grundeinkommen steht. Weitere Artikel beschäftigen sich mit globalen Widerstandsperspektiven (Thesenpapier von medico international), der Aktion Agenturschluss (Interview aus Kiel) sowie weiteren Auswirkungen bzw. Analysen des Sozialkahlschlags (s. S. 7 bis 11).

Foto: arbeiterfotografie.com

Von Tom Binger, arranca! ● Durch die kontinuierliche Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkräfte werden unter kapitalistischen Produktionsbedingungen immer mehr Güter und Dienstleistungen von immer weniger Arbeitskräften produziert. Dieser an sich positive Trend könnte zumindest in den hochentwickelten Metropolengesellschaften materielle Not und den allgemeinen Zwang zur Arbeit endgültig beseitigen. Tatsächlich geht jedoch die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion einher mit einer wachsenden Verarmung, dem Abbau von Sozialleistungen, der Kürzung der Renten, der Reduzierung der öffentlichen Haushalte, der Einschränkung der Versorgung mit öffentlichen Gütern, einer steigenden sozialen Selektivität des Bildungssystems, der Prekarisierung nahezu sämtlicher Arbeitsverhältnisse und einer wachsenden Zahl von Arbeitslosen. Mit dem Abschied von sämtlichen Entwicklungs- und Wohlstandsversprechen verliert der Kapitalismus auch in den reichen Metropolen seine historische Legitimation.

In einer grundsätzlicheren politökonomischen Perspektive markiert die durch die technologische Entwicklung bedingte Reduzierung der notwendigen Arbeit auf ein Minimum eine absolute Schranke in den Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Die von Marx in den Grundrissen zur Kritik der politischen Ökonomie prognostizierte Möglichkeit der »Selbstaufhebung des Kapitalismus« rückt damit in greifbare Nähe. Ohne die Verwertung lebendiger Arbeit verliert das Wertgesetz seine Gültigkeit. Gleichzeitig schafft die allgemeine Steigerung der gesellschaftlichen Produktivität die materiellen Möglichkeiten dafür, dass eine kommunistische Gesellschaft mehr beinhalten könnte als eine gerechtere Verwaltung des Mangels. Allerdings wird es keinen ökonomischen Automatismus beim Übergang zu einer anderen Vergesellschaftungsform geben. Ohne die »wirkliche Bewegung zur Aufhebung der bestehenden Verhältnisse«, die Marx und Engels im Manifest mit dem Kommunismus identifiziert haben, kann die Krise der kapitalistischen Verwertung auch in einem allgemeinen Zerfall des Sozialen und einer zügellosen Eskalation der inneren und äußeren Gewaltverhältnisse enden.

Der entscheidende Ansatzpunkt für die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen ist die Auflösung der materiellen Grundlagen der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Für die von der herrschenden Politik forcierte Aufrechterhaltung eines allgemeinen Zwangs zur Arbeit gibt es keinerlei materielle Notwendigkeit mehr. Vollbeschäftigung auf der Basis von Lohnarbeit ist weder wünschenswert, noch beim erreichten Produktivitätsstandard überhaupt jemals wieder realisierbar. Lohnarbeit kann nicht länger der Maßstab für eine vernünftige materielle Absicherung der Einzelnen und der Schlüssel für eine Teilhabe am allgemeinen gesellschaftlichen Wohlstand sein.

An die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft knüpfen politische Konzepte mit Alternativen zum neoliberalen Umbau des Sozialstaates an, wie sie in den letzten Monaten vom Internetforum *links-netz*, der Bürgerrechtsorganisation *Komitee für Grundrechte und Demokratie* und der medizinischen Hilfsorganisation *medico international* vorgelegt wurden. (1)

Sie propagieren ein unabhängig von Lohnarbeit garantiertes Mindesteinkommen und den Ausbau einer sozialen Infrastruktur, mit einem erweiterten Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Dadurch soll für alle Menschen eine vernünftige Grundsicherung garantiert und der allgemeine Zwang zur Arbeit endgültig beendet werden. Erst unter diesen Bedingungen könnte sich die ganze Fülle an nicht-marktförmigen, aber gesellschaftlich nützlichen und weniger entfremdeten Tätigkeiten tatsächlich entfalten. Wenn sich »die kapitalistische Markt- und Konkurrenzgesellschaft« tatsächlich »historisch überlebt hat« (2), dann kommt es jetzt darauf an, neue Formen der Vergesellschaftung jenseits von Staat und Markt zu entwickeln, die ein besseres Leben für alle ermöglichen.

Fortsetzung auf Seite 7

D 8008

DAS DRESDNER SOZIALE ZENTRUM IST NICHT ZERSTÖRT – ES ZIEHT UM!

Geräumt – aus der Traum?

Die Zeit der großen Hausbesetzungen scheint lange her zu sein. Doch die Probleme von damals gibt es heute noch genau so: geldgierige Immobilienbesitzer auf der einen Seite, kein billiger Raum für Initiativen und Mitmenschen auf der anderen. Wer kein Geld hat, hat eben Pech.

Uta Knischewski, Red. Dresden ● Auch in der Dresdner Neustadt, heute schon fast komplett zum noblen Kneipenviertel saniert, gibt es noch einige Häuser, die seit Jahren leerstehen und vor sich hin gammeln. Weil es sich bei den aus Besitzersicht lausigen Preisen auf dem sogenannten Wohn- und Gewerbemarkt im Moment nicht lohnt zu sanieren. So auch im Vorder- und Hinterhaus am Martin-Luther-Platz 6. Durch das Dach regnete es seit langem rein, die Fenster wurden nach und nach eingeschlagen. Hausbesitzer unbekannt.

Deshalb hat Anfang August 2004 eine kleine Gruppe von aktiven Menschen damit begonnen, sich um die Häuser zu kümmern. Seitdem machten die Instandbesetzer Schritt für Schritt Teile der Gebäude wieder nutzbar: reparierten Fußböden, beräumten Schutt, und strichen die Wände. Mit viel Liebe und Kraft. Im Erdgeschoss des Vorderhauses entstand so ein offener Veranstaltungsraum, nutzbar für alle Initiativen und Gruppen. Im ersten Stock fand der Umsonstladen Platz, der sein früheres Domizil im August wegen einer unkooperativen Hausverwaltung aufgeben mußte. Hier konnten Menschen brauchbaren Kleinkram wie Geschirr, Bücher und Kleidung abgeben. Und wer etwas suchte, nahm es einfach mit. Ohne Tausch und ohne Geld, aber in einer netten Atmosphäre. Im Laufe der vier Stunden, die der Umsonstladen montags und mittwochs geöffnet hatte, nutzten jeweils etwa vierzig Menschen das Angebot: trotz fehlender Heizung und nur düster beleuchtet mit Lampen, die durch Autobatterien mit Strom versorgt wurden. Die noch vorhandene Stromleitung hatte zuvor das städtische Stromversorgungsunternehmen gesperrt.

»Der Zuspruch zum Umsonstladen bestätigt uns in unserer Arbeit. Wenn alles gut geht, so werden wir demnächst öfter aufmachen.« meinte Paul, einer der Instandbesetzer, noch im September. Nach und nach wurde die Gruppe größer.

So haben seit zwei Monaten zehn, vorher teils obdachlose junge Menschen selbstverwalteten Wohnraum gefunden. Aus einer kleinen Idee, die am Anfang stand, hat sich also schnell mehr entwickelt: die Idee eines Sozialen Zentrums. »In den Räumen der Häuser haben wir begonnen, damit zu experimentieren, einen Freiraum vom kapitalistischen Alltag zu schaffen. Hier soll die Utopie einer anderen, freieren Gesellschaft konkret werden.« sagt Paul. Auf die Frage, was das Konzept eines sozialen Zentrums für die Initiative denn bedeute, antwortet Selma: »Es geht darum, unabhängig zu sein, zum Beispiel von Mietverträgen oder staatlicher Förderung. Es geht darum, einen offenen Raum zu bieten, einen Raum für alle, der auch ohne Zugehörigkeit zu irgendeiner politischen oder sozialen Gruppe genutzt werden kann. Ohne Angestellte. Kurzum: ein Experimentierfeld für Selbstorganisation.«

Eigene Entscheidungsstrukturen weiterentwickeln, das Hausplenum weniger nervig zu machen, den Zugang für neue Leute zu verbessern gehörten ebenso dazu. Neue Ideen gab es genug: Selbsthilfewerkstätt, Umsonstkino, Lebensmittelkooperative, Volxküche, selbstorganisierte Bibliothek, Nachbarschaftsfrühstück, offene Arbeitsräume für Bürgerinitiativen... Diese Vision war wohl doch zu schön, um so einfach wahr zu werden.

Fortsetzung auf Seite 2

Gut gerutscht?

Wir hoffen, dass Ihr, liebe LeserInnen, gut in das Neue Jahr gekommen seid. CONTRASTE jedenfall ist es, wir sind ein Stück weit bergab, von unserem Schuldenberg herunter gerutscht. Bis zum Stichtag am 28.12.2004 gingen 1.113,60 EUR an Spenden zur Deckung des für 2005 zu erwartenden Fehlbetrages ein. Somit benötigen wir noch 6.286,60 EUR. Allen Beteiligten herzlichen Dank für diesen guten Start!

Redaktion Heidelberg ● Folgende Spenden gingen auf unserem Spendenkonto ein:

- Uta Knischewski, Dresden (50 EUR)
- Werner Driehorst, Uslar (15 EUR)
- Dagmar Angermaier, Hamburg (15 EUR)
- Eberhard Göpel, Bielefeld (100 EUR)
- Michael Meyer, Lüdenscheid (500 EUR)
- Ute Schenkel/Bernd Hüttner, Bremen (25 EUR)
- Medienkonferenz Stuttgart (15 EUR)
- Erasmus Schöfer, Köln (30 EUR)
- N.N., Berlin (30 EUR)
- Johannes Hilmer, Bochum (50 EUR)
- Michael Faulhaber, Naumburg (8 EUR)
- N.N., Wedel (50 EUR)
- Nico Schindler, Mannheim (18 EUR)
- Frieder Bayer, Waiblingen (9,60 EUR)
- Matthias Göpfert, Lübeck (30 EUR)
- Praktische Pädagogik e.V., Berlin (75 EUR)
- Till Strucksberg, Dortmund (25 EUR)
- Jürgen Lützel, Neustadt (38 EUR)
- Stefan Groll, Fürth (30 EUR)

den konnte der Verlust bisher aufgefangen werden. Gerade in den Zeiten von Hartz IV und Agenda 2010 glauben wir, dass das Zeitungsprojekt einen Zuwachs und Unterstützung benötigt.

Leider lassen sich wie immer Abokündigungen nicht vermeiden. In diesem Monat gab es weitere sechs Kündigungen, ein Abonnent ist unbekannt verzogen. Vier NeuabonnentInnen kamen hinzu. Das Ziel unserer Abokampagne liegt jetzt bei 138+.

»Alternativen haben Zukunft«

– darauf bauen wir, denn mit Hartz IV wird es für alle sichtbar und spürbar. Die Marktwirtschaft entledigt sich des Sozialen. Widerstand gegen Sozialabbau und Umweltzerstörung tut Not und wird geleistet. Eine Systemkrise braucht allerdings radikalere Antworten: Menschen und Projekte, die sich auf den Weg machen, mitten im Alten Neues zu wagen und Neues zu versuchen wie Tauschringe, Lokale Währungen, Umsonstläden, Fairkehr, ökologische Projekte, Selbsthilfe, Genossenschaft, Lebensgemeinschaft, Politische Kommune, Vernetzungen, Autonome Gemeinden und mehr. Keiner weiß den Königsweg, aber alle wissen, dass unsere Gesellschaft ohne experimentelle Veränderungen keine andere werden wird. Und es spitzt sich immer mehr zu. Inzwischen geht es nicht mehr so sehr darum, dass wir anderes leben wollen, sondern vielmehr darum, dass wir anders leben lernen müssen.

Antworten, Diskussionen und Projektbeispiele, die Mut machen, sind auch zukünftig in CONTRASTE zu finden. Wir hoffen auf viele neue LeserInnen!

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2005

Das Zeitungsprojekt benötigt 2005 6.286,60 EUR an Spendengeldern.

Das Ziel der Abokampagne: 138+ Neuabos

Fördermitgliedschaften

Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften tragen auch dazu bei, unser Projekt zu stabilisieren. Bei Eintritt in den Contraste e.V. (Coupon auf dieser Seite) erhalten wir den vollen Beitrag und die im Abopreis enthaltene Umsatzsteuer fällt weg, da Mitglieder die Zeitung umsonst bekommen. Zusätzlich lässt sich der Förderbeitrag natürlich von der Steuer absetzen!

Leider wurde eine Fördermitgliedschaft über 62 EUR gekündigt. Umgestellt auf eine Fördermitgliedschaft wurde das Abo von:

- Katharina Lenski, Jena (50 EUR)

Abo-Kampagne 135+

Die Aboentwicklung bei CONTRASTE bereitet uns immer größere Sorgen. Der bisherige schleichende Sozialabbau hat viele Projektabos gekostet. Streichungen der Gelder für soziale Projekte in den vergangenen Jahren haben uns im Laufe der Jahre ein Abominus von ca. 250 beschert. Es ist zu befürchten, dass durch Hartz IV ein weiterer Teil unserer LeserInnenschaft ihr Abo nicht aufrecht erhalten kann.

Durch die Stärkung des Fördervereins und Eure Spen-

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich darauf hinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Betroffener nach der Räumung an Container angeleint — Foto: Redaktion Dresden

Nur knapp vier Monate ging es gut. Am 22.11.2004 dann erreichte das Haus eine »Räumungsaufforderung«, die eine »kurzfristige Sanierung« ankündigte. Bis zum 30.11.2004 sollten die Projekte die Häuser verlassen haben – in einer Frist von 8 Tagen!

Benachrichtigt wurde der Eigentümer, eine süddeutsche Immobilienfirma, aller Wahrscheinlichkeit nach von der Dresdner Polizei, der das muntere Treiben am Martin-Luther-Platz schon lange ein Dorn im Auge war. Das allein lässt an einem ausgeprägten Interesse des Besitzers an den Häusern zweifeln. Das angekündigte Sanierungsvorhaben wirkte in Anbetracht der hereinbrechenden Winterzeit noch unglaubwürdiger. Laut »Räumungsaufforderung« sollte eine mögliche Räumung eine »ordnungsgemäße weitere Nutzbarkeit« herstellen. Eine weitere Nutzbarkeit war auch im Interesse der gegenwärtigen NutzerInnen: schließlich haben diese die Häuser auch ohne Auftrag des Besitzers provisorisch instandgesetzt und -gehalten. »Wir können und wollen die Häuser nicht zum 30.11. räumen. Weil dann einige Leute wieder auf der Straße sitzen würden. Weil der Umsonstladen auf Raumsuche gehen müßte. Weil die Räume wieder leerstünden und es das Aus für beginnende Projekte bedeuten würde. Wir wollen also erstmal drinbleiben.« meinte Selma und hoffte auf einen begrenzten Nutzungsvertrag mindestens bis zum Frühjahr. Doch schon am Morgen des 1. Dezember wurden die Häuser geräumt. Polizei, Ordnungsamt und die Immobilienfirma müssen also gemeinsam geplant haben. Riesige Müllcontainer wurden aufgestellt und alles greifbare Mobiliar sowie die eilig herausgerissenen Fenster und Türen verschwanden darin. Nach Verhandlungen konnte zumindest das Umsonstladeninventar gerettet und bei befreundeten Initiativen untergestellt werden. Wesentlich schlimmer erging es dem Wohnprojekt. Neben der sinnlosen Verwüstung drohen nun auch noch einigen BewohnerInnen Gerichtsprozesse.

Doch auch von einer gewaltsamen Räumung wollen sich die BesetzerInnen nicht einschüchtern lassen: »Wir geben nicht auf. Leerstehende Häuser gibt es genug« bekräftigt Paul. Mitglieder des Stadtrates boten Unterstützung bei der Haussuche an. Allerdings wird die Stadt bei der derzeitigen Haushaltslage nichts verschenken und Förderungen sind oft vom Wohlverhalten des Empfängers abhängig. Die ehemaligen BesetzerInnen träumen von einem neuen, noch schöneren, noch bunteren Haus. Zur Protestdemo nach der Räumung kamen immerhin 120 Dresdner UnterstützerInnen. Aus vielen bundesdeutschen Städten meldeten sich Leute, einige organisierten schon Soli-Veranstaltungen. Das macht Mut. Ein Soziales Zentrum wird es in Dresden geben. So oder so.●

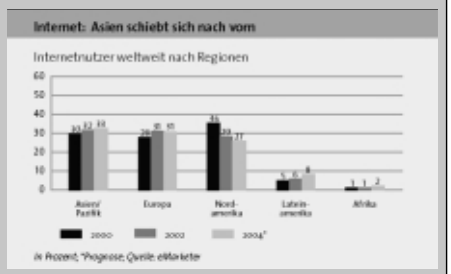
E-Mail:soziales-zentrum-dresden@gmx.de
Web: www.de.indymedia.org/2004/12/100917.shtml

KURT'S SURF CENTER: INTERNATIONALES INTERNET-INFORMATIONSGEFÄLLE

Schuster, bleib bei Deinen Leisten?

Wissen ist Macht. Das ist bekannt. Dass Wissen aber auch Reichtum und Entwicklung bedeutet, zeigt die weltweite Entwicklung des Internet. Von Mitte 2004 insgesamt erfassten immerhin 699 Millionen Internetnutzern war bereits ein Drittel aus dem asiatisch-pazifischen Raum. Schon 2007 soll chinesisch die dominierende Internetsprache sein. Das Beispiel des boomenden »Reichs der Mitte« zeigt hierbei besonders deutlich: im Zentrum des Erfolgs steht der Zugang zu Information.

»Die im Schatten sieht man nicht.« Aktueller denn je ist Brechts Zitat aus der Dreigroschenoper. Denn ein ganzes Drittel der gesamten Menschheit hat ja überhaupt keinen Zugang zu Strom und Telefon. Internet bleibt daher eine Veranstaltung der Metropolen. In Lateinamerika ist es jetzt etwas schneller auf dem Vormarsch, aber Afrika oder auch der Mittlere Osten bleiben vorerst Internetwüste.



Dieser Umstand ist weltweit bekannt. Die UNO machte ihn zum Thema des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft, der sich in diesem Jahr erneut in Hammamet (Tunesien, 24. bis 26. Juni) trifft. Es geht vor allem natürlich auch um Geld: ein digitaler Solidaritätsfonds soll international aufgelegt werden.

Das alles weiß auch die Bundesregierung. Sie befindet sich an vorderster Front in der Schlacht um Internetverbreitung im eigenen Land. Immerhin sind ca. 50% aller Deutschen regelmäßig online. Doch wenn es um globalen Ausgleich geht, hört sie lieber weg. Als eine UN-Task-Force unlängst in Berlin eine internationale Tagung zum digitalen Solidaritätsfonds abhielt, fand sich kein einziges Kabinettsmitglied ein, obwohl die Versammlung im Auswärtigen Amt stattfand.

Klar, vielleicht ist sie zu beschäftigt beim Regieren des eigenen Online-Volkes. Schließlich müssen hierzulande der eingehartzte Teil der Bevölkerung erfasst werden – eine Methode, die im Schatten ans Licht zu bringen, die der verantwortlichen Bundesagentur für Arbeit einen Big-Brother-Award einbrachte. 3 Millionen Datensätze über ALII-Betroffene und ihre Haushalte/ggf. Mitbewohner werden so gebildet.

Auch in anderer Hinsicht wird die Vorhut im E-Government übernommen. Seit Jahresbeginn sollen alle Internetprovider eine Hardwareschnittstelle zur Email-Überwachung bereithalten. Es grüßen die deutsche Polizei und die Schlapphüte von Bund und Ländern.●

Pirna, sächsisches Tor zur Nationalen Schweiz?

Pirna, das vielbeschriebene Tor zur Sächsischen Schweiz, ist eine altehrwürdige Stadt mit verwinkelten Gässchen und einigen historischen Sehenswürdigkeiten. In der jüngeren Geschichte machte die Region um das malerische Städtchen allerdings mehr durch braune Farbkleckse in der politischen Landschaft auf sich aufmerksam. Die Stadt zeigt sich nicht nur im Vorfeld einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in der Region überfordert.

Olaf Meyer, telepolis ● Im Wahlkreis Sächsische Schweiz 1 erzielte die NPD bei der Wahl zum Sächsischen Landtag 11,8 Prozent und im Wahlkreis Sächsische Schweiz 2 noch höhere 15,1 Prozent der Zweitstimmen (Rechter Aufbau Ost – NPD im Sächsischen Landtag (1)). Die NPD-Direktkandidaten konnten in beiden Wahlkreisen mit 11,8 Prozent (Uwe Leichsenring) und 16,2 Prozent (Johannes Müller) jeweils das drittbeste Stimmresultat nach den CDU- und PDS-Direktbewerbern auf sich vereinen. Leichsenring (»Natürlich sind wir verfassungsfeindlich. Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung.«) ist Beisitzer im NPD-Bundesvorstand, Geschäftsführer des NPD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz, Mitglied im Kreistag und Abgeordneter des Sächsischen Landtages. Müller, 1992 aus der CDU ausund 1998 in die NPD eingetreten, ist ebenfalls Kreistagsmitglied, Sebnitzer Stadtrat, Mitglied im sächsischen NPD-Landesvorstand und nunmehr auch Abgeordneter des Sächsischen Landtags.

In Pirna (2) gibt es zudem den seit geraumer Zeit für Nazi-Vertriebsstrukturen bekannten Laden »Eagle«, der die Szene unter anderem mit Rudolf-Hess-Shirts sowie RAZIST-Markung versorgt und die mittlerweile verbotenen Thor-Steinar-Kleidungsstücke im Angebot hatte. Gegen Geschäfte wie »Eagle« und deren Verbindungen zu regionalen Nazi-Strukturen richtet sich seit einiger Zeit die Initiative *Schöner leben ohne Naziläden* (3). Deren Demonstrationsauftakt fand am 25. September 2004 in Chemnitz statt und wurde dort von gut 200 Rechtsextremisten gewalttätig bedrängt.

Am 27. November nun sollte in Pirna eine Fortsetzung der Kampagne gegen regionale Nazi-Strukturen folgen. Aber in Pirna ist durchaus einiges anders als anderswo. Im Vorfeld der Demonstration warnte Pirnas Oberbürgermeister Markus Ulbig (CDU) vor Steine- und Flaschenwerfenden sowie brandschatzenden Vermummten in den engen Straßen der Stadt. Geschäftsinhaber wurden durch das Ordnungsamt aufgefordert, eventuelle Auslagen, Blumenkübel und Präsentationsstände von den Gehwegen zu entfernen und Ladenfenster sowie -türen zu sichern. Durch die Stadtverwaltung wurden anliegende Autobesitzer gebeten, ihre Fahrzeuge wegzufahren, »um eventuellen Schäden an ihnen vorzubeugen«. Nicht zuletzt meldeten Rechtsextremisten für den Tag eine eigene Gegendemonstration an.

»Wir können von Glück reden, wenn dabei nur ein paar Scheiben zu Bruch gehen«, orakelte Bernd Merbitz, ehemaliger (4) Soko-Rex-Chef Sachsens und jetziger Leiter der Polizeidirektion Grimma. Das politische Anliegen der Antifa-Demonstration geriet so nie in den Vordergrund der Diskussion, obwohl von der Mitorganisatorin Kerstin Köditz (5), PDS-Landtagsabgeordnete, stets die Gewaltlosigkeit des Anliegens betont wurde.

Demonstration am 27.11.2004 in Pirna

Im Vorfeld des 27. November rief eine sich militant gebärdende Gruppe »White Wenndy« zu einer »Intifada gegen antideutsche Dummheit« auf. »Bei Antifa-Terror auch mal zuhauen«, lautete eine anderweitige Parole von Rechtsextremisten für den Tag. Leichsenring, obwohl entsprechende Kontakte stets verneinend, betonte im Kreistag, die rechtsextreme Demonstration könne durch ihn binnen einer Stunde abgesagt werden, wenn »Schöner leben ohne Naziläden« nicht stattfinde. Für sein Engagement erhielt er Beifall quer durch alle Fraktionen.

»Es macht uns wütend und zugleich traurig, dass im Protest gegen 'Naziläden' von den Initiatoren und Verantwortlichen dieser Demonstration offensichtlich von vornherein Gewalt in Kauf genommen wird«, so der Vorsitzende des CDU-Stadtverbandes, Konrad Schleicher. Der Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen lehnt die

Demonstration gegen Rechtsextremismus in der Region ebenso ab. Der Pirnaer Oberbürgermeister betonte, das Problem lasse sich »nicht wegdemonstrieren«. Acht der 13 PDS-Ratsmitglieder drohten gar mit Parteiaustritt und verlautbarten, sich »für die PDS-Landtagsabgeordneten, die den Protest beantragten«, zu schämen. Kurz vor dem Demonstrationstermin wurde publik, dass seitens der Rechtsextremisten auch Angriffe mit Buttersäure in Erwägung gezogen wurden.

Der Sprecher der bundesweiten Kampagne, Peter Sonthofen, erklärte angesichts der Bedrohungen: »Wir sind über die aktuellen Gewalt- und Hasstiraden der Neonazis in der Sächsischen Schweiz nicht verwundert. ... Die Neonazis ... zeichnen sich durch eine besonders aggressive Brutalität und ideologische Gefasstheit aus.« Man sei allerdings trotz alledem gewillt, »offensiv und entschlossen gegen den neonazistischen Alltag in Pirna« zu demonstrieren.

Obwohl sich die sächsische Kleinstadt mit ihrem gerade eröffneten Weihnachtmarkt und einem zeitgleich stattfindenden Weihnachtsmanntreffen quasi im Ausnahmezustand befand, verlief der Tag bezüglich der prognostizierten Ausschreitungen eher unspektakulär, abgesehen von kurzzeitigen Rangeleien unter polizeilichem Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray. Die rund 700 Demonstranten – Polizeiangaben sprechen von 600 und die Organisatoren von 1.500 Teilnehmern – verweigerten die von Köditz als »schikanös« bezeichneten Kontrollen, zudem unter anderem das Tragen von Sonnenbrillen als Bestandteil von Vermummung eingestuft wurde.

So durfte der Demonstrationszug schließlich nur eine kleine Runde in der unmittelbaren Bahnhofsgegend drehen. Allerdings auch erst, nachdem mitgeführte PDS-Wahlplakate mit einrasierten Runenzeichen (»Nazis raus aus den Köpfen«) von den Einsatzkräften auf ihre Rechtmäßigkeit hin überprüft worden waren. Rund 200 Rechtsextremisten patrouillierten derweil in Gruppen durch die Straßen der Stadt. Fast schon wieder Alltag? Und Oberbürgermeister Ulbig erklärte (6) nachträglich, dass er mit den Zielen der Demonstration gegen Rechtsextremismus »hundertprozentig« einverstanden sei. Der Alltag hat Pirna wieder.●

Links:

1) www.telepolis.de/r4/artikel/18/18367/1.html
2) www.pirna.de/
3) www.stoppnazilaeden.de.vu
4) www.denktag.de/denktag2002/denktag2002/48_Aussteiger/daten/rechts/sokorex.html
5) www.pdsfraktion-sachsen.de/mdl/koeditz/reg_kk.php
6) www.pirna.de/cgi-bin/art_detail.pl?idx=89&detail=3563

Telepolis Artikel-URL:
www.telepolis.de/r4/artikel/18/18904/1.html

SÄCHSISCHE ZEITUNG PIRNA

Nur Schaden

Linke Radikale aus allen Teilen Deutschlands haben am Sonnabend in Pirna gegen Naziläden protestiert. Die Neonazis auf der Gegenkundgebung, die waren von hier. Sie sind, während die Linken, von der Polizei eingekreist, mit Flaschen geworfen haben, über den Weihnachtsmarkt marschiert. Ohne Randale.

Kein Wunder, dass bei vielen Leuten die Meinung vorherrscht: Die Nazis, die sind doch gar nicht so schlimm. Dieses Demo-Wochenende hat Pirna nichts weiter gebracht als einen weiteren riesigen Image-Schaden. Es ist dringlicher denn je, etwas gegen die braune Soße und ihre fortschreitende Akzeptanz in der Bevölkerung zu tun. Aber dazu vermummte Autonome nach Pirna zu holen, die Bierflaschen werfend durch die Stadt ziehen, ist der falsche Weg. Bessere Konzepte müssen her in der Auseinandersetzung mit rechtsradikalem Gedankengut. Schnell. Denn jede weitere Aktion wie am Sonnabend kennt nur einen Profiteur: die Neonazis.●

29.11.2004

Trotz Verbot nach wie vor aktiv

Nur wenige Tage nach einer Demonstration gegen Rechtsextremismus in der Region Sächsische Schweiz (Pirna, sächsisches Tor zur Nationalen Schweiz? – siehe Beitrag oben), die auch aus dem Umfeld der eigentlich seit 2001 verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) heraus bedroht wurde, ist die Staatsanwaltschaft erneut gegen die rechtsextreme Gruppierung SSS vorgegangen. Durch 100 LKA-Beamte wurden zeitgleich 29 Wohnungen und Büros von Rechtsextremisten in Sachsen und Bayern durchsucht, Beweismaterial sichergestellt und ein als Mitbegründer der SSS geltender Rechtsextremist festgenommen.

Olaf Meyer, telepolis ● Bereits seit Ende 1997 ist im südostsächsischen Raum die so genannte Kameradschaft Skinheads Sächsische Schweiz (1) (SSS) aktiv. Vorerst nur von aufmerksamen Beobachtern der Neonazi-Szene zur Kenntnis genommen, gelangte die SSS in kurzer Zeit auch zu überregionaler Aufmerksamkeit. Dabei war das Ziel der stramm hierarchisch organisierten und paramilitärisch geprägten SSS, die Sächsische Schweiz von Ausländern und Andersdenkenden »zu säubern«, nie als etwas anderes als die Umsetzung der von Rechtsextremisten aller Couleur propagierten »national befreiten Zonen« zu verstehen.

Schon kurz nach ihrer Gründung wurde die SSS auf eine Anfrage hin vom Landrat des Landkreises Sächsische Schweiz als eine der NPD sehr nahe stehende Vereinigung eingeschätzt. Ebenso informierte das Landratsamt dahingehend, dass Uwe Leichsenring – schon damals NPD-Kreisgeschäftsführer und Kommunalpolitiker in Königstein – der Drahtzieher zur Gründung der SSS gewesen sein soll. Die SSS zeigte sich in der Folge auch erkenntlich und übernahm Schutz- und Wahlkampfarbeiten bei der NPD.

Leichsenring wiederum bedankte sich – nach der Bundestagswahl 1998 – in einem Schreiben des NPD-Kreisverbandes vom 13.10.1998 bei »den Kameraden der SSS und der SSS/AO für die hervorragende Absicherung unserer Veranstaltungen und Infotische«. Darüber hinaus wollte Leichsenring mit der SSS allerdings nichts zu tun gehabt haben. *Report Mainz* dokumentierte (2) erst kürzlich das Gegenteil dieser biedermännischen Darstellung. Leichsenring ist übrigens seit September 2004 auch Abgeordneter des Sächsischen Landtages und wurde von der NPD-Fraktion zur Wahl um das Amt des Ministerpräsidenten aufgestellt (Niemand will es gewesen sein (3)). In seiner Funktion als Parlamentarischer Geschäftsführer bezeichnete Leichsenring das jüngste Vorgehen von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen die SSS als »dreiste Unverschämtheit« und kündigte mit den Worten »Unsere Fraktion ist nicht bereit, diese gezielte Provokation so einfach hinzunehmen« ein parlamentarisches Nachspiel an.

Die SSS entwickelte sich mit rund 100 Mitgliedern zu einer der größten bis dato bekannt gewordenen rechtsextremen Kameradschaften. Bei einer Hausdurchsuchung durch das Landeskriminalamt Sachsen im Juni 2000 wurden unter anderem Waffen, Munition, Propagandamittel und zwei Kilogramm Sprengstoff sichergestellt. Im April 2001 wurde die SSS sowie die SSS/AO (Aufbauorganisation) durch Sachsens damaligen Innenminister Klaus Hardraht (CDU) verboten, wie in diesem Zusammenhang ebenfalls die *Kameradschaft Nationaler Widerstand Pirna* (NWP). In den drei sich anschließenden SSS-Prozessverfahren ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen 82 Personen. Alle erhobenen Anklagen – zumeist auf Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung, Landfriedensbruch und Körperverletzung – endeten in Bewährungs- beziehungsweise Geldstrafen.

Fast unmittelbar mit Prozessende im Januar 2004 konstatierte die Initiative Tolerantes Sachsen (4):

»Weitere rechtsextreme Bestrebungen, besonders von ehemaligen SSS-Mitgliedern im Landkreis Sächsische Schweiz, sind immer noch auffallend. Nach wie vor verbreiten sie ihre Ideologie über reichlich Propaganda. Trotz der Verfolgung werden weiter schwere Gewaltverbrechen verübt, Skinheadkonzerte organisiert, extremistisch geprägte Sonnenwendfeiern und so genannte Feldschlachten durchgeführt, junge Leute mit menschenverachtender Ideologie infiziert. Mehrere Verfasser rechtsextremer Fanzines leben in der Sächsischen Schweiz; es werden mehrere Internetseiten mit rechtsextremistischen, antisemitistischen und rassistischen Inhalten aus der Region heraus betrieben«.

Belegbar sind die durchaus kontinuierlichen Aktivitäten (5) der SSS über den gesamten Verbotszeitraum durch Berichte und Veröffentlichungen nicht nur vom Rande rechtsextremer Aufmärsche und nicht zuletzt beim Landtagswahlkampf der sächsischen NPD. Und so liest sich die Begründung für das jetzige Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die SSS auch nicht gerade überraschend:

»Wir werfen 25 Beschuldigten vor, den Zusammenhalt der SSS aufrechterhalten und bestehende Strukturen genutzt zu haben«.

Bereits der Lagebericht des Landesamtes für Verfassungsschutz (6) (LfV) attestierte im September 2004:

»Zwar ist dem LfV Sachsen nicht bekannt, dass die verbotene Gruppierung zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Verbot unter der Bezeichnung SSS aufgetreten ist. Gleichwohl beschäftigen sich Personen aus diesem Kreis nach wie vor mit rechtsextremistischem Gedankengut und agieren weiter«.

Unter den nun erneut Beschuldigten befinden sich zudem einige Rechtsextremisten, die in den SSS-Prozessen bereits Bewährungsstrafen erhalten haben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt diesbezüglich auch »wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz«.●

Links:

1) http://lexikon.idgr.de/s/s_k/skinheads-saechsische-schweiz/s-s-s.php
2) www.swr.de/report/archiv/sendungen/041004/05/frames.html
3) www.telepolis.de/r4/artikel/18/18804/1.html
4) www.tolerantes-sachsen.de/index.php4
5) www.amal-sachsen.de/chronik.php?PHPSESSID=15dfa947c98f25992f067c9 94b097c65
6) www.sachsen.de/de/bf/verwaltung/verfassungsschutz/aktuelles/index .html

Telepolis Artikel-URL:
www.telepolis.de/r4/artikel/18/18947/1.html

Anzeige

FORSCHUNGSPROJEKT

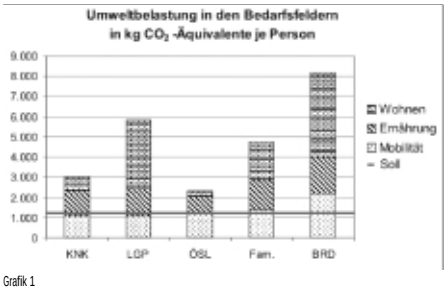
Gemeinschaften als zukunftweisende Lebensform?

Es gibt eine ganze Reihe von Studien, die eine Reduktion des Umweltverbrauchs in den Industriestaaten um 80-90% fordern, damit global nachhaltig und zukunftsfähig gelebt und gewirtschaftet werden kann. Nur ein Teil dieser Reduktion kann über technisch effizientere Nutzung von Ressourcen erreicht werden. Darüber hinaus sind alle gefordert, ihre Gewohnheiten und Ansprüche zu hinterfragen, um die Umweltbelastungen weiter zu reduzieren und ein friedliches, solidarisches Leben auf lokaler, regionaler und globaler Ebene zu kreieren.

Peter Dangelmeyer, Kommune Waltershausen ● Nach unserer Erkenntnis versuchen Gemeinschaftsprojekte mit unterschiedlichen Mitteln und Schwerpunkten dieser Problematik zu begegnen und so zu wirtschaften, dass die dadurch entstehende Belastung für Mensch und Umwelt möglichst gering ausfällt. Sie sind auf einem guten Weg – aber auch sie haben noch viel Entwicklungsarbeit zu leisten.

Was brauche ich wirklich, um meine Bedürfnisse zu befriedigen? Kann ich die Konsequenzen meiner Ansprüche verantworten? Eine tiefgehende Erforschung dieser Fragen bietet die Chance, materielle Ansprüche zu reduzieren und sich auf die originären menschlichen Grundbedürfnisse zu konzentrieren. Hier wird klar, wie eng Ökologie, Ökonomie, Soziales und Kulturelles zusammenhängen, und wie wichtig es ist, alle Ansprüche menschlichen Lebens auf sozialökologischer Basis zu nähren.

Im Forschungsprojekt *»Gemeinschaftliche Lebens- und Wirtschaftsweisen und ihre Umweltrelevanz«*, welches die Kommune Niederkaufungen in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftlichen Zentrum für Umweltsystemforschung an der Uni Kassel durchgeführt hat, wurden drei größere Lebensgemeinschaften unter die Lupe genommen: die *Kommune Niederkaufungen* (KNK), das *Ökodorf Sieben Linden* (ÖSL) und das *LebensGut Pommritz* (LGP). Als Vergleichswert dienten deutsche Statistikdaten sowie drei ökologisch orientierte Familien in Kaufungen.



Grafik 1

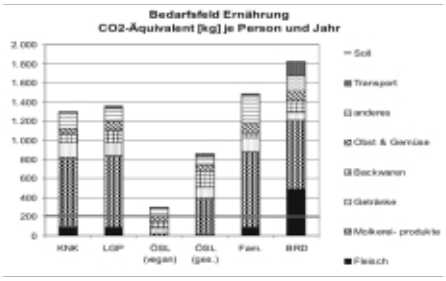
Schwerpunkt – Umweltverbrauch

Nach dem Umweltraumkonzept hat unser Planet eine gewisse Regenerationsfähigkeit. Es gibt also, hier und jetzt, aber auch langfristig gesehen, eine globale Grenze der Belastbarkeit der Umwelt, die nicht überschritten werden darf, wenn auch nachfolgende Generationen die gleichen Lebenschancen vorfinden sollen wie wir heute. Da nach dem Umweltraumkonzept allen Menschen auf der Erde das gleiche Recht auf Nutzung von Umwelt und Ressourcen zugestanden wird, muss diese Belastungsgrenze durch die Anzahl aller lebenden Menschen geteilt werden. Dadurch ergibt sich die spezifische Emissionsmenge, die jeder einzelne Mensch maximal verursachen darf, um nicht die Grundlagen für ein nachhaltiges Leben zu gefährden.

Um die Ergebnisse quantifizierbar und vergleichbar zu haben, wurden in der Arbeit nur die Emissionen von Treibhausgasen mit ihrer unterschiedlichen Gewichtung betrachtet (das sogenannte CO_2-Äquivalent). Da sich die durchschnittliche Umweltbelastung ungefähr zu 70% aus den Bedarfsfeldern Wohnen, Ernährung und Mobilität zusammensetzt, wurden diese genauer untersucht. Konkret wurden die Treibhausgasemissionen mit Prozessketten berechnet, die alle Emissionen auf dem Weg eines Produktes berücksichtigen, also von der Rohstoffgewinnung bis zur Entsorgung.

Aus der *Grafik 1* ist zu erkennen, dass die Emissionen des deutschen Durchschnittshaushalts in diesen drei Bereichen um das Sechsfache über dem Nachhaltigkeitsniveau liegen (Soll-Linie; errechnet aus dem Umweltraumkonzept). Die Öko-Familien erzeugen deutlich geringere Emissionen – und zwei der drei Gemeinschaften liegen in ihrem Umweltverbrauch noch deutlich unter dem der Familien, wobei das Haupt-Einsparpotenzial im Bereich Wohnen liegt. Aber auch in den Gemeinschaften muss noch einiges passieren, wenn sie den Anspruch haben, sich auf ein Nachhaltigkeitsniveau hin zu bewegen.

Im Bedarfsfeld »Wohnen« zeigt sich ein massiver Unterschied zwischen KNK und ÖSL auf der einen Seite und dem BRD-Durchschnitt auf der anderen Seite. Die wichtigsten Faktoren hierfür sind Gebäudezustand, Art der Heizung und Stromverbrauch. Die beiden Gemeinschaften leben in gut wärmegedämmten Niedrigenergiehäusern, betreiben Heizung und Brauchwassererwärmung vorwiegend mit regenerativen Energien und haben einen stark reduzierten Verbrauch an elektrischem Strom, welcher zudem von Ökostromanbietern bezogen wird. Aus dem Rahmen fällt hier das LGP, wo die massiven Gebäude weitgehend in ihrem Originalzustand belassen sind und zum Teil mit einem alten Kohlekessel beheizt werden.



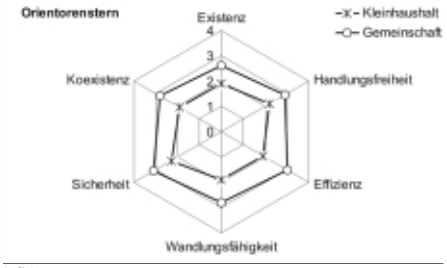
Grafik 2

Das Bedarfsfeld »Ernährung« erhält durch den globalen Handel mit Lebensmitteln und den hohen Düngereinsatz in Monokulturen eine hohe Umweltrelevanz. Durch biologische Anbauweise sind die Emissionen im Vergleich zu konventioneller Anbauweise etwa um 25% geringer. Je nach Art des Produkts kann der Transportanteil von Lebensmitteln durchaus 5-40% der Umweltbelastung ausmachen. Besonders bei Frischware vermeidet der Erwerb regionaler Produkte oder, noch besser, der eigene Anbau, einen erheblichen Teil der Emissionen. Der Löwenanteil der klimarelevanten Emissionen entsteht allerdings durch den Verzehr von Milch- und Fleischprodukten. In der *Grafik 2* sind die Auswirkungen unterschiedlicher Ernährungsweisen dargestellt. Im Bundesdurchschnitt leben wenig Menschen vegetarisch und noch weniger vegan (völlig ohne tierische Produkte). Dadurch ist der Anteil an Fleisch und Molkereiprodukten sehr hoch. In den Gemeinschaften wird in der Verpflegung wesentlich weniger Fleisch angeboten. Ein ansehnlicher Teil der Mitglieder ernährt sich vegetarisch bzw. vegan. Im ÖSL ist der Anteil an veganer Ernährung besonders hoch. Fleisch spielt dabei eine fast vernachlässigbare Rolle und auch der Konsum von Molkereiprodukten stellt sich deutlich geringer dar.

Im Bedarfsfeld »Mobilität« sind die zurückgelegten Kilometer pro Mensch in den Gemeinschaften sogar noch höher als im Bundesdurchschnitt. Dies liegt zum Einen an der Altersstruktur. Die mobileren Altersklassen zwischen 20 und 50 Jahren sind dort überdurchschnittlich vertreten, während alte, weniger mobile Menschen in den Gemeinschaften selten sind. Zum Andern unterhalten die Gemeinschaften vielfältige Beziehungen in der gesamten Republik und darüber hinaus. Persönliche Reisen sowie Vernetzungsaktivitäten zwischen den Gemeinschaften fordern hier ihren Tribut. In der Wahl der Verkehrsmittel (kaum Flugreisen, häufige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel) und durch »saubere« Energieträger im PKW (Erdgas, Rapsöl) sowie durch gemeinschaftliche Nutzung des Fuhrparks und einer höheren Belegungsquote liegen jedoch die verursachten Emissionen in den Gemeinschaften nur halb so hoch wie im Bundesvergleich. Die höchsten Einsparungen lassen sich natürlich durch Mobilitätsvermeidung erzielen.

Schwerpunkt – Regionalwirtschaftliche Aspekte

Alle drei Gemeinschaften haben im Ernährungsbereich einen relativ hohen Anteil an Selbstversorgung nach biologischen Gesichtspunkten. Durch den Direktverzehr sowie die Veredelung und Konservierung eigener frischer Nahrungsmittel fallen die dadurch ausgelösten Prozessketten wesentlich umweltfreundlicher aus. Beim Zukauf von Lebensmitteln wurden die regionalen Beziehungen der KNK näher unter die Lupe genommen. Durch den Aufbau eines Versorgungsnetzes kann fast der komplette Großhaushalt mit biologisch angebauten Produkten beliefert werden. Eine Lieferantenbefragung zeigte, dass der Großkunde »Kommune« für sie ein kontinuierlicher, verlässlicher und freundschaftlicher Partner ist.



Grafik 3

Schwerpunkt – Beurteilung der sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeitsaspekte

Neben den Umweltbelastungen wurde auch die ökonomische und soziale Situation beurteilt, ganz im Sinne der Nachhaltigkeitsdiskussion, die sich auch nicht ausschließlich auf ökologische Fragestellungen beschränkt. Das hier verwendete Bewertungsverfahren nennt sich »Orientorenansatz« und beurteilt die Lebenssituation anhand von sechs »Dimensionen« – Aktuelle Existenzbedingungen, Sicherheit, Handlungsfreiheit, Wandlungsfähigkeit, Effizienz und Koexistenz. Jede Dimension wird durch 5-8 Kriterien beurteilt. So wurden beispielsweise materielle Sicherheiten, soziale Kompetenzen, gesellschaftliches Engagement, Kooperationsbereitschaft, Flexibilität sowie Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensaspekten betrachtet. Das Ergebnis ist grafisch im Orientorenstern (*Grafik 3*) dargestellt. Auf der Skala bedeutet »0« die Minimalbewertung und »4« die Maximalbewertung im Sinne von Nachhaltigkeit. Es zeigt sich, dass die Gemeinschaften auch nach diesen Kriterien den Nachhaltigkeitsansprüchen wesentlich näher sind als Kleinhaushalte.

Schwerpunkt – weitere Entwicklung

Um einen Austausch innerhalb der Gemeinschaftsszene zum Thema »nachhaltiger leben« zu initiieren, wurden vom Forschungsteam größere Gemeinschaften mit unterschiedlicher Orientierung (christlich, anthroposophisch, Kommunen, Ökodörfer...) zu einer Tagung eingeladen. Das Interesse am Thema und an einem Austausch untereinander war dermaßen groß, dass sich die Gruppe von 20 Menschen aus 10 Projekten zu weiteren vierteljährlichen Tagungen verabredete, die reihum in den beteiligten Gemeinschaften stattfinden. Das Thema »Nachhaltiges Leben« spielt in allen beteiligten Gemeinschaften eine zunehmende Rolle. Eine Lebensweise zu entwickeln, die gängige gesellschaftliche Werte in Frage stellt und durch eine eigene Wertvorstellung ersetzt, ist eine Herausforderung für die Gemeinschaften – und wird es in Zukunft auch für die gesamte Gesellschaft sein.

Zusammenfassung

Es kann gesagt werden, dass Gemeinschaften, wie sie im Vorhaben untersucht wurden, in zweierlei Hinsicht als Modelle für nachhaltigeres Leben angesehen werden können: Modell im Sinne eines konkreten Beispiels dafür, wie Lebensverhältnisse gestaltet werden können – und Modell im perspektivischen Sinn, was an gesellschaftlichen Veränderungen in Gang gebracht werden sollte. Das Pionier-Potenzial der Gemeinschaften, also ihre Voraussicht und ihre Bereitschaft zu handeln, ist eine der wichtigsten Startbedingungen sozialen Wandels. So können Gemeinschaften als »Augenöffner«, als Innovatoren und Initiatoren auftreten. Doch politisches Potenzial erhalten sie erst dann, wenn sie sich gemeinsam gesellschaftlich engagieren.●

Weitere Infos über das Forschungsprojekt unter:
www.usf.uni-kassel.de/glww
Zum Forschungsprojekt wurde ein 17-minütiger Film gedreht, der sich speziell zum Einsatz für Bildungsarbeit eignet. Er ist über heidi-sieker@web.de und Albert Köpfinger tagungshaus-niederkaufungen@web.de zu beziehen.

KOMMUNE-INFO-TOUR 2005

Der Utopie dicht auf den Fersen?

Große Worte für kleine Schritte? Die Kommune-Info-Tour 2005 bietet Gelegenheit zur Debatte.

Redaktion Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● KommunardInnen aus der Kommune Niederkaufungen, der Kommune Buchhagen, der Feuerland-Kommune aus der Uckermark, der Kommune Karmitz aus dem Wendland, der Kommune Alla Hopp in Bremen sowie der Kommune Waltershausen stellen ihre Erfahrungen vor und hoffen auf regen und kritischen Austausch.

Es werden auch Informationen über Aufnahmemöglichkeiten in bestehende Gruppen und Hilfen bei der Gründung neuer Gemeinschaften gegeben.

Es gibt immer mehr Menschen, die auf der Suche nach Alternativen zur herrschenden, kapitalistischen Ellbogengesellschaft sind, die unzufrieden sind mit einem Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen basiert, und das in erster Linie der Gewinnmaximierung dient. Die Kluft zwischen arm und reich wird immer größer, ökologische Katastrophen zerstören die Lebensgrundlage vieler Menschen. Millionen sind weltweit auf der Flucht oder sie werden Opfer von wirtschaftlich motivierten Kriegen der globalen Großmächte. Der Einsatz für menschenwürdige Strukturen und Erhalt unserer Umwelt muss heute oberste Priorität haben.

Eine Möglichkeit besteht darin, das Leben in Kommunen, und Gemeinschaften zu organisieren, in denen unterschiedlichste Menschen altersgemischt zusammen leben und arbeiten. Die Bündelung von Energien und Ressourcen und der gemeinsame Besitz von Gebäuden und Produktionsmitteln eröffnet Alternativen in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

»Wir sind nicht so anmaßend zu denken, wir hätten die allein selig machenden Konzepte in dieser Situation«, heißt es von Seiten der Kommune-Tour-Gruppe, »aber durch den Aufbau solidarischer Lebensformen, gerechter Arbeitsverhältnisse, durch Abbau sexistischer und rassistischer Strukturen sowie der Infragestellung des alltäglichen Konsumverhaltens wollen wir am Aufbau einer gerechteren Welt mitwirken«.

Tourplan im Februar 2005:

Sa, 29.01.05, 20.30 Uhr, Bremen, Kommune Alla Hopp, Hardenbergstr. 52/54, D-28201 Bremen

So, 30.01.05, 20 Uhr, Oldenburg, Alhambra, Hermannstr. 83, D-26135 Oldenburg

Mo, 31.01.05, 20 Uhr, Hannover, Pavillon, Lister Meile 4, D-30161 Hannover

Di, 01.02.05, 20 Uhr, Braunschweig, Nexus, Kultur- u. Wohnprojekt, Frankfurter Str. 253, D-38122 Braunschweig

Mi, 02.02.05, 19 Uhr, Magdeburg, Umsonstladen, Brandenburger Str. 9, D-39104 Magdeburg

Fr, 04.02.05, 19.30 Uhr, Potsdam, Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28, D-14467 Potsdam

Sa, 05.02.05, 16 Uhr, Berlin, Thomas-Weissbecker-Haus, Wilhelmstr. 9, D-10963 Berlin

So, 06.02.05, 19 Uhr, Neubrandenburg, ArcheN, Soziokulturelles Bildungszentrum, Reitbahnweg 38, D-17034 Neubrandenburg

Arbeit in Gesellschaft und Kommune

»Sie sägten die Äste ab, auf denen sie saßen
Und schrieen sich zu ihre Erfahrungen,
Wie man schneller sägen könnte, und fuhren
Mit Krachen in die Tiefe, und die ihnen zusahen
Schüttelten die Köpfe beim sägen und sägten
Weiter.« (Berthold Brecht)

Uli Barth, Kommune Niederkaufungen ● Arbeitslosigkeit wird heute als das zentrale gesellschaftliche Problem angesehen. Wobei unter Arbeit Erwerbsarbeit verstanden wird. Vollbeschäftigung hält zwar niemand mehr für ein erreichbares Nahziel, unausgesprochen gilt es aber weiterhin als Fernziel gesellschaftlicher Visionen. Seit Mitte der Siebziger Jahre ist die Vollbeschäftigung passé, seit 1981 ist die offizielle Erwerbslosenquote in Deutschland nicht mehr unter 5% gesunken, seit Mitte der Neunziger liegt die Quote bei 10%, nicht berücksichtigt sind dabei die Menschen, die sich gar nicht mehr arbeitslos melden, bereits aufgegeben haben und die, die aus der Statistik rausgerechnet werden (Menschen in Weiterbildungsmaßnahmen, ABM-Kräfte, Menschen im vorzeitigen Ruhestand, ...). Die tatsächliche Beschäftigungslükke liegt eher um 17% (*Ver.di*). Trotzdem reden alle Politiker ständig davon, dass die Beseitigung der Arbeitslosigkeit eines der wichtigsten Ziele sei. Verwunderlich eigentlich, dass ihnen nach alle den Jahren noch jemand zuhört.

Trotz abnehmenden Arbeitsvolumens (die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden aller erwerbswirtschaftlich Tätigen sank von 1960 bis 1990 um 20%, dieser Trend setzte sich auch nach der Wiedervereinigung fort) wächst die Produktion der gesamten Volkswirtschaft (von 1960 auf 1990 stieg das reale Bruttoinlandsprodukt auf das ca. 2,5-fache), als Folge der zunehmenden Produktivität. Gesellschaftlich verliert der Zwang zur Arbeit seine materielle Basis, der Grund für den Zwang zur Arbeit liegt immer deutlicher einzig und allein im Kapitalverwertungsinteresse. Wenn mensch das gesellschaftliche Denkverbot nicht befolgt, drängt sich die Frage auf, warum ist der abnehmende Arbeitsdruck nicht Ursache für paradiesische Zustände? Warum wird das zu einem Problem? Wir müssen immer weniger arbeiten für immer mehr Produkte und trotzdem treibt es immer mehr Menschen in die Misere; da stimmt doch was nicht; Was da nicht stimmt, lässt sich benennen: die kapitalistische Organisationsform der Gesellschaft.

Solarinstallation in der Kommune Niederkaufungen — Foto: Kommune Niederkaufungen

Arbeit & gesellschaftlicher Reichtum

Über Arbeit, genauer Erwerbsarbeit, wird die Stellung in der Gesellschaft bestimmt. Der Erwerbsarbeitsplatz entscheidet darüber, ob und wie ein Mensch teil hat an der Gesellschaft. Der Erwerbsarbeitsplatz ist für die meisten Menschen das entscheidende Kriterium für Lebensglück. Lebensglück ist natürlich nicht nur Konsum. Lebensglück völlig losgelöst von Konsum zu sehen ist allerdings eine Betrachtungsweise, die sich nur eine winzige Elite leisten kann. Arbeit war, zumindest nach der Theorie, bislang der wichtigste Faktor, nach dem der gesellschaftliche Reichtum verteilt wurde. Aus der Arbeit leitet sich Einkommen ab, über die Besteuerung der Arbeit und über die an die Arbeitseinkommen geknüpften Sozialabgaben, werden die Transfereinkommen (jegliche Sozialgelder, Kindergeld, Renten, Krankengeld, Sozialhilfe, Unterstützung für Arbeitslose, ...) finanziert.

Trotz dieser hohen Bedeutung der Erwerbsarbeit ist es in unserer Gesellschaft reine Ideologie, wenn so getan wird, als sei die persönliche Leistung ausschlaggebend für die Verwirklichungsmöglichkeiten oder, ganz banal, den Verdienst, einer Person. Wir wissen, dass soziale Herkunft und Machtstrukturen viel entscheidender sind. Harte Knochenarbeit wird nur mit einem winzigen Bruchteil von dem vergütet, was ein Manager dafür bekommt, wenn er seine Arbeit schlecht macht und einen Konzern an die Wand fährt. Andere übervorteilen bis an die Grenze des Betrugs und darüber hinaus bringt es immer mehr Geld, als die Arbeit in Fabrikhallen und Büros. Aber diese Ungerechtigkeiten stellen nur die Spitze des Eisberges dar. Das gesamte System beruht darauf, dass die meiste und wichtigste Arbeit überhaupt nicht bezahlt wird. Ohne die unbezahlte Erziehungs-, Pflege- und Reproduktionsarbeit wäre die gesamte Erwerbsarbeit, die geleistet wird, nicht leistbar. Weiterhin beruht unsere Produktivität auch darauf, dass über Jahrhunderte bis heute andere ausgebeutet wurden und werden.

Die Funktion von Arbeit und die an sie geknüpften Fiktionen werden trotzdem mit aller Macht am Leben erhalten. Arbeitslose sind selber Schuld an ihrer Lage, Arbeitslose sind faul, jedeR ist seines Glückes Schmied, wer arbeiten will, findet auch Arbeit, ... Arbeit muss billiger werden, um weltweit konkurrenzfähig zu bleiben. Im kapitalistischen System gedacht ist das richtig. Tatsächlich muss Arbeit aber nur dann billiger werden, wenn mensch den Profit erhalten bzw. steigern will, wenn mensch akzeptiert, Profitmaximierung ist das höchste Ziel jeglicher Tätigkeit. Ansonsten könnte die, angebliche, nicht tatsächliche, Konkurrenzschwäche der »deutschen Arbeit« auch dadurch beseitigt werden, indem die polnischen oder weißrussischen ArbeiterInnen von ihren deutschen oder internationalen ArbeitgeberInnen endlich gerecht bezahlt würden.

Soziale Errungenschaften werden geschleift

Die Arbeitseinkommen in Deutschland sind seit Jahren von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt, seit Jahren werden die über Jahrzehnte erkämpften sozialen Errungenschaften geschleift, aber die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau oder wächst weiter. Immer weniger Menschen haben sichere Arbeitsstellen. Immer mehr Menschen werden in Ich-AGs, Scheinselbständigkeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse gedrängt, mit der klaren Perspektive des Scheiterns, Verarmung, Überschuldung und Verelendung. Die ArbeitsplatzbesitzerInnen machen bezahlte und unbezahlte Überstunden, auf Kosten ihrer Gesundheit. Gleichzeitig verlieren weniger Willige und weniger Leistungsfähige ihre Arbeitsstellen, beides hat die Zunahme sozialer Spannungen, Entsolidarisierung und Verelendung zur Folge. Weitere Folgen davon sind, mehr Kontrolle und Überwachung durch den Staat, Abbau von Freiheit und Bürgerrechten.

Menschliche Arbeit greift vielfach in den Naturhaushalt ein. Die sogenannten entwickelten Länder haben längst die Grenze dessen überschritten, was die Umwelt vertragen kann. Die Art des Lebens in Deutschland verursacht einen Naturverbrauch, der um das fünffache über einem naturverträglichen Wert liegt. D.h., die durch Arbeit erzeugten und durch Konsum verbrauchten Produkte können auf Dauer nicht in dieser Anzahl und mit diesem Umweltverbrauch hergestellt werden. Die Lebens- und Wirtschaftsweise in den reichen Ländern ist nicht nachhaltig, insbesondere dann nicht, wenn mensch berücksichtigt, dass sich, für ein friedliches Miteinander das weltweite Reichtumsgefälle entscheidend vermindern muss. Armutslinderung weltweit ist nicht ohne Reichtumslinderung zu haben. Tragbarer Wohlstand muss sich am Ressourcenverbrauch messen lassen können, dies ist nicht nur eine Sache der Ökologie, sondern auch eine der Gerechtigkeit. Das globale Gemeinwohl muss in einer globalisierten Welt ins Zentrum gerückt werden. Durch die vorherrschende Logik des individuellen Überlebens gerät die Überlebensfähigkeit der gesamten Menschheit in Gefahr.

Ist in der Kommune Niederkaufungen alles anders?

Wir haben ein anderes, nicht kapitalbestimmtes, mehr menschliches Verhältnis, zu Arbeit. Arbeit ist nicht nur das, was sich im Sinne des Kapitals verwerten lässt. Viel Reproduktionsarbeit ist der Erwerbsarbeit gleichgestellt. Kinderbetreuung und Hausarbeit sind Tätigkeiten, die während der »Arbeitszeiten« erledigt werden können. Eigenarbeit, Arbeit zur unmittelbaren Befriedigung eigener Bedürfnisse oder von Gruppen-Bedürfnissen ist gleichwertige Arbeit. Bearbeitung persönlicher und gruppendynamischer Konflikte ist in der »Arbeitszeit« möglich. Unterschiedliche persönliche Leistungsfähigkeit oder unterschiedliche Tätigkeiten bedingen keine unterschiedlichen Zugriffsrechte auf die gemeinsame Kasse. Bei uns ist die individuelle (Arbeits-)Leistung entkoppelt vom Konsumrecht. Nicht nur faktisch wie in der Gesellschaft, es existiert auch keine normative Kopplung. Wir versuchen nach unseren Fähigkeiten zu geben – zu arbeiten. Wir bedienen uns an den Gütern der Gruppe nach unseren Bedürfnissen, also ungleich und vor allem unabhängig von unserer individuellen Leistung. Das in der Gesellschaft vorherrschende Bild von Arbeit würde bei solchen Zuständen unterstellen, dass dann alle in der Hängematte liegen, nichts tun und warten bis die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Das entspricht nicht unserer Realität. Sonst würde das Experiment wohl auch kaum, bislang 18 Jahre, funktioniert haben.

Richtiges & Falsches?

Warum und wie funktioniert das? Arbeit ist auch in der Kommune ungleich verteilt, einige arbeiten sehr viel, andere weniger. Wie viel ich mich arbeitsmäßig einbringe, entscheide ich weitgehend selbst, niemand hat die Macht, mich zu etwas zu zwingen. Wo sind die Haken, wo die Konflikte? Es gibt Unzufriedenheiten und schlechte Gefühle zueinander. Die, die (vermeintlich) viel arbeiten, sind schlecht auf die, die (vermeintlich) wenig arbeiten, zu sprechen. Wenn ich mich als Arbeitstier sehe, sollte ich zunächst prüfen, ob meine Einschätzung von viel und wenig arbeiten richtig ist. Ich muss versuchen, die unterschiedlichen Arten von Arbeit zu berücksichtigen, vielleicht eintönige körperliche gegen vielfältige, befriedigende Vortragsarbeit. Ich muss versuchen die unterschiedlichen persönlichen Verhältnisse und Leistungsfähigkeiten zu beachten, Alter, Geschlecht, Qualifikation, aktuelle persönliche Situation, ...

Vieles hat sich dann schon relativiert. Wichtig ist aber auch noch zu sehen, dass es unterschiedliche Wertigkeiten geben kann. Der einen ist der Aufbau eines Arbeitsbereichs wichtig, dem anderen ein bestimmter Erziehungsstil, wieder anderen der Nachhaltigkeitsaspekt, einer hat ästhetische Ansprüche, andere legen Wert auf Selbstversorgung oder eine bestimmte Ernährungsqualität. ... Da gibt es kein einfaches »Richtig« und »Falsch«, da muss ich Unterschiede aushalten können. Letztlich werde ich bei meiner Bewertung der Arbeitsleistung anderer auf mich zurückgeworfen. Denn, warum störe ich mich an der Arbeitsmoral des anderen? Warum arbeite ich denn so anders? Fühle ich mich ausgenutzt, dann könnte ich doch einfach weniger tun. Muss ich die Kommune retten (wovor?)? Das kann ich allein sowieso nicht. Ich kann das Gespräch suchen, mit der KontrahentIn oder mit anderen. Kann darauf vertrauen, dass andere das Problem sehen und reagieren. Ich kann das Thema Arbeit in die Gruppe einbringen und einen neuen Anstoß geben für eine Weiterentwicklung der Gruppe, wie von mir selbst. Wobei ich wissen muss, soziale Prozesse lassen sich nicht erzwingen, Entwicklungen laufen nicht sprunghaft, wirklicher Fortschritt lässt sich selten in Form eines einzigen Beschlusses fassen, er erfordert Veränderung in den Köpfen aller Beteiligten. Letztlich muss ich Umgangsweisen finden, Verantwortung für mich und andere übernehmen.

Das klingt vielleicht nach Paradies, ist aber auch viel Arbeit, erfordert Toleranz, Offenheit und Transparenz und scheitert trotzdem oft genug für die einzelne KommunardIn. Als Versuch, der gesellschaftlichen Misere zu begegnen, lohnt das Experiment Kommune und kann zur Nachahmung empfohlen werden.●

Foto: Kommune Niederkaufungen

»Kommune – Widerstand, Anpassung
und gelebte Utopie«
Infos unter www.contraste.org – Kommunen

KOMMUNE NIEDERKAUFUNGEN

Die Kommune Niederkaufungen besteht seit 1986 in Kaufungen, 10 km östlich von Kassel. 56 Erwachsene und 19 Kinder/Jugendliche leben heute dort. Das Leben in der Kommune basiert auf folgenden Grundsätzen:

- zusammen leben und kollektiv arbeiten;
- gemeinsame Ökonomie;
- Entscheidungsfindung im Konsens, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden;
- linkes Politikverständnis;
- Abbau von Hierarchien und geschlechtsspezifischen Machtstrukturen;
- nachhaltige (ressourcen- und energieschonende) Wirtschaftsweise.

Unser Schritt, gemeinsam zu leben und zu arbeiten, ist ein Versuch, uns gegen die Strömung der Zeit wieder in Kreisläufe einzubinden. Dass das nicht einfach ist, merken wir fortwährend. In unserer Gesellschaft sind wir es kaum noch gewohnt, gemeinsam zu handeln. Die Vereinzelung ist zur Gewohnheit geworden. Wir wollen mit der Kommune in allen wesentlichen Bereichen menschlicher Grundbedürfnisse – Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Bildung – tätig sein. Auf dieser Grundlage wollen wir nicht nur für uns sondern auch für andere ökologisch und sozial verträgliche Produkte und Dienstleistungen herstellen und anbieten.

Bisher wurden folgende Arbeitsbereiche aufgebaut:

- Tagungshaus
- Großküche, Partyservice (Komm-Menü)
- Gemüsebau (Rote Rübe)
- Bauernhof (Hof Birkengrund)
- Kindertagesstätte (Wühlmäuse)
- Baufirma (Komm-Bau GmbH)
- Schlosserei
- Schreinerei
- Näh- und Lederwerkstatt
- Verwaltung
- Tagespflege Lossetal ist im Aufbau

Kommune Niederkaufungen e.V.
Kirchweg 1
D-34260 Kaufungen
Tel: +49 (0)5605 80070
E-Mail: info@kommune-niederkaufungen.de
Web: www.kommune-niederkaufungen.de

Geraubte Erde

Die Nahrungsmittel der Welt geraten zunehmend in den Griff der großen Konzerne. Das Reden vom Freihandel erweist sich als die Methode der Reichen, den Armen mit dem Recht auf Nahrung, auch dasjenige auf Leben zu nehmen. Deshalb schrieb Vandana Shiva ein neues Buch und erklärt uns hier, warum aus der Sicht des Südens die Gentechnik im Verein mit den neuen Patentierungsgesetzen defacto eine Art Raubmord an den Armen der Dritten Welt ist.

Seit dem Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über die TRIPS, meint die Autorin, ist den Bauern nicht mehr erlaubt, wie Jahrtausende doch selbstverständlich, einen Teil ihrer Ernte wieder auszusäen. Das TRIPS-Abkommen betrifft die so genannten »handelsbezogene Rechte auf geistiges Eigentum«. Es schützt aber nicht etwa Autoren und Künstler vor ihrer Ausbeutung durch Verlage und Medien, sondern ermöglicht vielmehr reichen Saatgutkonzernen auch denjenigen geldlosen Kleinbauern, die gar nichts kaufen können, zu verbieten, die eigene Ernte zur Wiederaussaat zu verwenden.

Die »Navdanya Bewegung«

Vandana Shiva initiierte daher die *Navdanya Bewegung*, um das indigene Saatgut zu und die Landwirtschaft vor der Kontrolle durch Großkonzerne zu schützen. *Navdanya* besitzt heute in 6 indischen Bundessaaten 16 gemeinsam verwalte Saatgutbanken und Tausende von Mitgliedern. Die damit angestoßene Bewegung »Keep your hands from our seeds« gegen *Monsanto* und andere »transnationale Kooperationen« hat spätestens seit »Seattle 1999« den Charakter einer internationalen Bewegung, die bislang an landwirtschaftlichen Fragen uninteressierte Verbraucher in aktive Globalisierungsgegner verwandelt hat.

Noch immer leben zwei von drei Indern von der Landwirtschaft. Jeder vierte Bauer der Welt lebt in Indien. Die Auswirkungen der Globalisierung auf die bäuerliche Landwirtschaft Indiens kann insofern als pars pro toto gelesen werden. *Calgene* (Monsanto) ließ die ostasiatische Sojabohne und die aus Indien stammende Senfpflanze patentieren. Während den indischen Bauern der Reis heilig war, von denen sie über die Jahrhunderte Tausende von Sorten gezüchtet hatten, kontrollieren heute 10 transnationale Konzerne 32 % des Weltsaatgutmarkts.

Bei der WTO erwirken die Konzerne der Lebensmittelbranche die zwangsweise Öffnung der Märkte des Südens für ihre – von der us-amerikanischen Regierung oder der europäischen Union – hochsubventionierten Lebensmitteln. Für einen freien Markt, der also keiner ist. Andernfalls würden doch subventionierte Lebensmittel auf den Weltmarkt gar nicht gehandelt werden dürfen. Folge: Die Bauern des Südens können ihre Erzeugnisse nicht mehr verkaufen, geraten in die Schuldenfalle und müssen ihr Land verkaufen. Tausende von indischen oder mexikanischen Bauern begingen Selbstmord. »Je mehr Getreide weltweit produziert wird und vermarktet wird, desto mehr Menschen der Dritten Welt müssen hungern« spitzt Vandana Shiva ihre Thesen zu (S.26).

Und macht die exportierte Landwirtschaft auch für den Hunger im eigenen Land verantwortlich. Am Beispiel der Krabben-Zucht macht sie klar, dass auf den Export orientierte »cash crop« Landwirtschaft wertvolles Ackerland in eine unfruchtbare Salzwasserwüste verwandelt. Die Kleinbauern können nichts mehr anbauen, weil ihre Brunnen nun Salzwasser geben. Die Bauern verarmen, während die Shrimpsfarmen nach ein paar Jahren weiterziehen, da längerfristige Zucht an ein und dem selben Ort nicht möglich ist. Die von der Weltbank mit Millionen Dollar geförderte Shrimpsindustrie zerstört zudem den natürlichen Küstenschutz durch Mangrovenwälder und verseucht das Meer mit Antibiotika, Pestiziden und anderem Abfall der Garnelenzucht.

Foto: AP

Besonders empört sich die Autorin über den paradoxalen Wahnsinn der gentechnisch veränderten Pflanzen. Sie weiß, dass das genmanipulierte Soja von *Monsanto*, dass gegen das Pestizide der eigenen Firma (»Roundup Ready«) resistent ist, die Biodiversität, die Vielfalt von Pflanzen und Tieren auf dieser Welt zerstört. Außerdem verführt die Gentechnik und erzwingt nach wenigen Jahren Reduktion des Pestizidseinsatzes (bisher der einzig überzeugende Vorzug der Gentechnik) die Erhöhung des Einsatzes von Agrargiften – was auf Kosten der Natur, des Bodens, der menschlichen Gesundheit und der kleinen Bauern geht, die das nicht bezahlen können. Unbeabsichtigte Nebeneffekte der Gentechnik sind das Entstehen von Superunkräutern und wahrscheinlich auch Superschädlingen. Vandana Shiva schlussfolgert:

»Sojaimperialismus«

»Wir erleben die Entstehung einer Art Nahrungstotalitarismus, indem eine Handvoll Konzerne die gesamte Nahrungskette kontrollieren und alle Alternativen zerstören, damit die Menschen keinen Zugang zu vielfältiger, gesunder und ökologisch erzeugter Nahrung haben. Lokale Märkte werden absichtlich zerstört, um Monopole über Saatgut und Nahrungssysteme zu etablieren.« (S. 33). Und die Autorin wird noch deutlicher: »Die Gentechnik verfälscht unsere Nahrungspflanzen mit Toxinen aus Ratten und Skorpionen«. (S. 42)

Die Verfasserin belegt ihre These am Beispiel des »Sojaimperialismus«. Bereits Ende der 70er Jahre kontrollierten sechs Getreide-Riesen 90% der Getreide-Exporte des Nordens, einschließlich Argentiniens und Australiens. *Cargill* und *Continental* beherrschen bereits 25% des Weltgetreidehandels. Das Zugestehen von weiträumigen Patenten etwa auf Sojaarten, gibt der entsprechenden Firma das Recht zu kontrollieren, was auf den Höfen und in den Gärten angebaut wird, wie auch der Chef des *Internationalen Plant Genetic Resources Institutes* in Rom kritisiert. (S. 46)

Genmanipulierte Bohnen

Ohnehin hält die Autorin das heutige Überhandnehmen – und durch die Gentechnik noch einmal geförderte – des Soja-Anbaus für die Gesundheit von Böden wie Menschen abträglich. Soja enthält bestimmte giftige Substanzen, die über übermäßigen Gebrauch von Soja, bei Menschen wie Tieren Krankheiten hervorbringen können. Das im Soja enthaltene Phytin etwa, kann die Aufnahme von Kalzium, Magnesium und Zink beeinträchtigen. Besonders die genmanipulierten Bohnen enthalten viel Östrogen, dass im Übermaß eingenommen, schädliche Wirkungen auf Menschen und Böden hat. Die indische *»National Alliance for Women's Food Rights«* hat sich an den obersten Gerichtshof gewandt, um die infolge verbrecherischer Manipulationen verbotene kleingewerbliche Herstellung des einheimischen Senföl anstelle von Sojaöl wieder zuzulassen. (S. 50) Aber um die Märkte beherrschen zu könne, scheuen die Monopolisten keinen Aufwand. *Monsanto* kaufte z.T. Saatgutfirmen wie *Holden Seed* zum 30fachen Wert des Marktwertes. (S. 107)

Überall auf der Welt wehren sich Bürgerinitiativen gegen genmanipulierte Lebensmittel. Die kanadische NGO *Rural Advancement Foundation International* (RAFI) und andere Umweltschutzgruppen wehrten sich mit Erfolg gegen jene vom amerikanischen Landwirtschaftsministerium geförderte Gen-Technologie, die in beliebiges Saatgut ein Gen einbaut, das die Pflanze in der zweiten Generation steril wie einen Maulesel macht, das »Terminator«-Gen. Damit sollen die Bauern endgültig gezwungen werden, das Saatgut zu kaufen, auch dann, wenn sie es nicht bezahlen können. Dabei sind weltweit Millionen Bauern darauf angewiesen, das eigene Saatgut wieder verwenden zu können. Zahlreiche Forschungsinstitute, die indische Regierung, zahlreiche afrikanische Staaten und andere ächteten diese Technologie als heimtückisch und gefährlich. Nach weltweiten Protesten gab *Monsanto* daher 1999 bekannt, die Terminator-Technologie nicht vermarkten zu wollen. Unterdessen wurden jedoch aus England Versuche mit künstlich steril gemachtem Raps bekannt. Die Gentechnik eröffnet vor allem eine erweiterte Patentiermöglichkeit von den bäuerlichen Züchtungsbemühungen.

Am 2. September 1997 erhielt die kalifornische Firma *RiceTec Inc.* ein Patent mit der Nr. 56634484 auf mehrere Basmati-Reissorten zugesprochen. Basmati ist eine derjenigen indischen Reissorten, die von den Bauern des Punjabs schon Jahrhunderte lang angebaut wird. Die kalifornische Firma versucht mittels dieser Patentierung, 250.000 Bauern aus Indien und Pakistan um Existenzgrundlage, den Verkauf von Basmati-Reis, zu bringen. (S. 114ff)

Lebensmitteltotalitarismus

Nach heftigen Protesten im eigenen Land wollte Indien die TRIPS-Abkommen nicht ratifizieren. Die USA verklagte Indien bei der WTO. 1998 gaben die WTO-Richter bekannt, dass Indien sich dem amerikanischen Patenrecht anzupassen habe. Die Inder und afrikanischen Staaten haben jedoch mit ihrer Ablehnung der Gentechnik vor allem in sofern recht, als sich die Gentechnik vor allem als »Trick« erweist – dank TRIPS –, bäuerliche Züchtungsprodukte und indigene Arten patentieren zu können, um die entsprechenden Märkte vereinnahmen zu können.

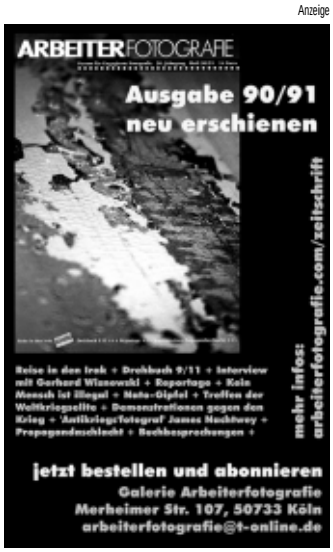
Aber auf dem Umweltgipfel in Rio 1992 ist ein Übereinkommen über Artenvielfalt vereinbart worden, dass 1996 im Leipziger Aktionsplan zum Schutz der Biodiversität konkretisiert wurde. Darin werden die Regierungen dieser Welt verpflichtet, die Biodiversität zu erhalten und die Rechte der Bauern zu schützen. Vandana Shiva verweist auf die seit »Seattle 1999« sichtbarer gewordenen weltweiten Umweltbewegungen, die heute besonders von den Aktivistinnen aus dem Süden bestärkt werden, sich gegen den Lebensmitteltotalitarismus der Transnationalen Multis zu wehren.

Das Buch ist schnell geschrieben und nicht immer wird ausformuliert, was an Argumenten schnell in die Debatte gestoßen wird, geschweige denn wird alles belegt, was die Autorin im Vorbeigehen – belesen wie sie ist – zitiert. Vandana Shiva hat sich bewusst für ein Leben als Umweltaktivistin entschieden, mehrere NGOs gegründet wie etwa die *»Women for Diversity«*, die sie mittels ihrer Vortragreisen nach Europa und in alle Welt finanziert. Sie hat dafür den Alternativen Nobelpreis erhalten und wie mir scheint, zu recht, denn auch mit diesem Buch zwingt sie uns über Zusammenhänge nachzudenken, die dramatischer gar nicht sein können. Jeder einzelne Selbstmord eines indischen Kleinbauern ist einer zuviel und daher müssen wir Reichen des Nordens uns mit den Ängsten des Südens befassen, denn spätestens das Verschwinden der wilden Vielfalt der Natur trifft auch uns existentiell.●

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Vandana Shiva: Geraubte Ernte – Biodiversität und Ernährungspolitik, Rotpunkt Verlag Zürich 2004 – aus dem englischen von Bodo Schulze, 16,80 EUR (»Stolen Harvest« 2000), ISBN 3-85869-284-0

Anzeige



Ein Frauenhaus zieht in die Welt

In Kürze erscheint das aktuelle Medienpaket »Ein Frauenhaus zieht in die Welt«, ein Multimediaprofipaket zum Thema Männergewalt gegen Frauen und Kinder. Darin enthalten ist: ein wissenschaftliches Fachbuch, ein Video, ein DVD-Dokumentarfilm, eine Dokumentation und Infomaterial. Einzelbestellung und Sammelbestellungen, die bis zum 30. Januar 2005 bei uns eingehen, erhalten einen Rabatt von 25+1 Prozent.

»Ein Frauenhaus zieht in die Welt«
Dokumentarfilm von Stefan P., 40 Min., Farbe DVD oder VHS, Lübeck 2004.
Ein Mitschnitt der Weltliteratur- und Musiknacht in St. Petri zu Lübeck.

»Wir haben es geschafft...«
Berichte, Erfahrungen und Erinnerungen vom Bewohnerinnenforum des Autonomen Frauenhauses zur Pyramidenaktion »Ein Frauenhaus zieht in die Welt«, Kunstausstellung, Literaturnacht u.v.a.m.
Broschüre, CD-ROM und Infofilm, ein Twopack
Preis: 15 Euro

»Hauen ist verboten«
Debüt – Musikclip der Sonntagskidz
Hip Hop, der echt gut kommt.
Preis: 5 Euro

Umgang mit häuslicher Gewalt
– Learning from Downunder
Ein Forschungsreiseberecht von Angelika Henschel. Dieses Fachbuch richtet sich an alle, die zum Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder arbeiten. Prof. Dr. Angelika Henschel erforscht mit sozialwissenschaftlichem und feministischem Blick die professionellen Netzwerke zur Intervention bei häuslicher Gewalt in Australien. Ihr Humor spiegelt sich in den Beschreibungen zwischenmenschlicher Begegnungen. Insgesamt ein Fachbuch, das die LeserInnen nicht so schnell wieder aus der Hand legen.
Bielefeld 2003, 148 Seiten, Preis: 17,80 Euro

All in One
Das Profipaket für Referate, Vorträge oder Veranstaltungen Preis 50,80 Euro
- 14,20 Euro (25+1 Prozent)
- 3,30 Euro (Mengenrabatt)
Nur 33 Euro

Alle Preise zzgl. Versandkosten!●

Bestellanschrift: Frauen helfen Frauen, Adolf-Ehrtmann-Str. 2, D-23564 Lübeck
Tel. (04 51) 6 60 33, Fax 62 43 86, oder
www.autonomes-frauenhaus.de

Grundeinkommen jetzt!

Alternativen zum neoliberalen Umbau des Sozialstaates

Durch die Ausformulierung einer »konkreten Utopie« versuchen *links-netz*, *Komitee* und *medico* einen Orientierungsrahmen für soziale Kämpfe und politische Bewegungen anzubieten. Dabei geht es ihnen vor allem um eine politische Alternative zu defensiven und anachronistischen Positionen, die sich auf eine Verteidigung der fordistischen Variante des Sozialstaates beschränken. Nach dem definitiven Ende der Vollbeschäftigung, kann das soziale Sicherungssystem nicht länger auf Transfers von Lohneinkommen beruhen. Die Alternativkonzepte propagieren deshalb auch eine neue Form der sozialen Sicherung, die auf einer allgemeinen Grundsicherung und einem Ausbau der öffentlichen Infrastruktur basiert. Oberstes Ziel ist die Garantie eines würdigen gesellschaftlichen Lebens für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Im Zentrum aller Alternativentwürfe stehen eine radikale Kritik des herrschenden Arbeitsbegriffs und eine fundamentale Neudefinition gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Tätigkeiten. Ein neuer Arbeitsbegriff muss sich vor allem von der Fixierung auf die klassische Industriearbeit und das fordistische Normalarbeitsverhältnis verabschieden. Ein ausschließlich auf Lohnarbeit beschränkter Arbeitsbegriff ignoriert Organisationsformen wie Hausarbeit, Eigenarbeit und freiwillige Arbeit. Ein neues, weiter gefasstes Verständnis von »Arbeit« müsste gerade die Unterscheidungen zwischen Hand- und Kopfarbeit sowie zwischen Haus- und Berufsarbeit prinzipiell in Frage stellen. Ein neuer Arbeitsbegriff sollte alle Tätigkeiten von Personen umfassen, die produktiv auf andere

Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

Personen gerichtet sind. Da die gesellschaftliche Arbeitsteilung immer noch die wichtigste Instanz der Vergesellschaftung und die entscheidende Grundlage von Herrschaft, Ausbeutung und Ungleichheit ist, kann es ohne radikale Neudefinition und Umverteilung der Arbeit keine gesellschaftliche Alternative geben.

Sozialpolitik als soziale Infrastruktur

Eine für alle frei zugängliche soziale Infrastruktur und ein voraussetzungslos gewährtes Grundeinkommen sind die Essentials einer alternativen Form der Sozialpolitik, wie sie in den vorliegenden Konzepten vertreten wird. Strategisches Ziel ist es, den allgemeinen Zwang zur Arbeit entscheidend zu mindern und die Entfaltung von Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit zu ermöglichen. Als Beispiele für eine soziale Infrastruktur werden im *links-netz*-Konzept der Gesundheitsbereich und der Bildungssektor angeführt.

Eine auf den Ausbau einer umfassenden gesellschaftlichen Infrastruktur orientierte Sozialpolitik müsste im Bereich der Gesundheit für alle Menschen eine kollektive Gesundheitsversorgung, entsprechend den gängigen medizinischen, technischen und wissenschaftlichen Standards, sicherstellen. Gesundheitsversorgung beschränkt sich dabei nicht nur auf die Heilung von Krankheiten und die Kompensation von Beschädigungen, sondern umfasst auch die Prävention und Vermeidung von Gesundheitsschädigungen und den gesamten Bereich der Pflege und des Umgangs mit langfristigen Beeinträchtigungen. Ziel ist ein schmerzarmes und selbstständiges Leben für alle und nicht die Widerherstellung der Lohnarbeitsfähigkeit. Ein erweiterter Gesundheitsbegriff steht diametral gegen die Individualisierung von Krankheitsrisiken und die Privatisierung von Versicherungsleistungen, wie sie durch die aktuelle Gesundheitsreform forciert wird. Eine qualitative Debatte über Gesundheit darf auch die kostenträchtigen monopolistischen Strukturen des Gesundheitswesens und die Dominanz von Pharmaindustrie und Apparatemedizin nicht unangetastet lassen.

Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

Auch im Bildungssektor geht es zunächst um den Ausbau und die Sicherung von öffentlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken. Als unverzichtbarer Teil der sozialen Infrastruktur müssten diese Einrichtungen für alle frei und kostenlos zugänglich sein. Dabei geht es darum, die soziale Selektivität des Bildungssektors zu verringern und seine Durchlässigkeit auch für die so genannten »bildungsfernen« Schichten zu erhöhen. Dazu braucht es ausreichende und gut ausgestattete öffentliche Einrichtungen und ein aktives Integrationskonzept. Politisches Ziel ist der Abschied von der Funktion des Bildungssystems als Einrichtung der sozialen Auslese und Elitenbildung, zugunsten einer generellen Vergrößerung der »gebildeten Klasse«. Dabei gilt es alle Formen der selbstorganisierten Vermittlung von Bildung zu fördern und die großen Bildungseinrichtungen durch Einführung und Ausbau einer wirklichen Selbstverwaltungsstruktur zu demokratisieren. Auch eine qualitative Debatte über Bildung steht frontal gegen die herrschende Logik von Elitebildung, Studiengebühren und privat finanzierter Forschung.

Hinter all diesen Debatten um eine soziale Infrastruktur steht letztlich die Frage nach den gesellschaftlichen Voraussetzungen, die für ein »gutes Leben« für alle unverzichtbar sind. Durch die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und einer sozialen Infrastruktur schafft Sozialpolitik die materiellen Grundlagen für die Entfaltung von neuen Formen der Vergesellschaftung und von selbstbestimmten Tätigkeiten jenseits der traditionellen Lohnarbeit.

Das garantierte Grundeinkommen

Das garantierte Grundeinkommen würde bisher getrennte Formen der sozialen Sicherung wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Rente und Ausbildungsbeihilfen bündeln und dadurch einen riesigen Kontroll- und Vergabeapparat überflüssig machen. Das Grundeinkommen muss jeder Person verbindlich und ohne diskriminierende Auflagen zustehen. Es darf nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden werden, sondern sollte alle umfassen, die in einer bestimmten Gesellschaft dauerhaft ihren Lebensmittelpunkt haben. Seine genaue Höhe kann nur das Resultat von intensiven sozialen und politischen Auseinandersetzungen sein. Als armutsfestes Leistungsniveau, welches auch die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht, muss die Grundsicherung allerdings ein deutlich höheres Niveau haben als die bisherige Sozialhilfe. Mindestmaßstab ist die Garantie eines würdigen Lebens gemäß den gesellschaftlichen Standards und Möglichkeiten. Möglichkeiten etwas dazuzuverdienen stehen jedem offen.

Durch die voraussetzungslose Gewährung eines qualitativ hohen Grundeinkommens an alle Mitglieder der Gesellschaft, werden andere Formen der gesellschaftlichen Arbeit finanziert und der Zwang zur Lohnarbeit entscheidend vermindert. Eine hinreichende soziale Grundsicherung ermöglicht erst die volle Entfaltung von selbstbestimmten Tätigkeiten im politischen und kulturellen Bereich sowie von nicht kommerziellen Formen der sozialen Reproduktion und produktiven Vergesellschaftung. Grundsicherung ist insofern tatsächlich die positive Antwort auf die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft. Die weitreichende Entkoppelung von Arbeit und Einkommen widerspricht allerdings grundlegenden Prämissen der kapitalistischen Verwertungslogik und beinhaltet deshalb eine Dynamik, die über das System hinausweist. Ihre Durchsetzung ist insofern weniger eine Frage der materiellen Möglichkeiten, sondern im Wesentlichen eine der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft.

Geld gibt es genug

Die Auflösung der Bindung des sozialen Sicherungssystems an das so genannte Normalarbeitsverhältnis verlangt auch nach einer alternativen Form der Finanzierung. Dabei geht es um die Lösung vom Versicherungsprinzip, welches auf dem individuellen Erwerb von Leistungsansprüchen beruht, und um die Umstellung auf eine allgemeine Steuerbasis. Durch den Abschied von der Beitragsfinanzierung stünden alle Einkommensarten für eine Finanzierung sozialer Sicherung zur Verfügung. Leistungsansprüche müssen nicht erst durch Einzahlungen erworben werden. Die bisherigen Sozialversicherungsbeiträge würden durch ein sozial gestaffeltes System von Abgaben zur Finanzierung der Infrastruktur ersetzt. Besteuert würden primär wirtschaftliche Einheiten wie Betriebe oder Haushalte. Um eine ausgeweitete soziale Infrastruktur bezahlen zu können, muss die Besteuerung insgesamt auf eine breitere Grundlage gestellt werden: Gewinn- und Körperschaftssteuer, Vermögens-und Erbschaftssteuer, Mehrwertsteuer, ökologische Verbrauchs-und Belastungsabgaben können dazu beitragen.

Doch auch hier gilt: nicht die Finanzierung einer alternativen Form der sozialen Sicherung ist das Problem, sondern die politischen und ökonomischen Widerstände, die jeder alternativen Form der Vergesellschaftung entgegenstehen. Auch die besten Konzepte einer alternativen Vergesellschaftung werden erst dann zur materiellen Gewalt, wenn sie sich mit einer machtvollen sozialen Bewegung zu ihrer Durchsetzung verbinden. Und genau hier liegt das entscheidende Problem: bisher ist die Debatte über konkrete Transformationskonzepte kaum über die verbliebenen kleinen linksakademischen Zirkel hinausgelangt. Dadurch könnte sie schnell zu einem reinen Gedankensport verkommen. Was schade wäre: denn schließlich geht es um nichts weniger als um die Garantie eines

Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

würdigen gesellschaftlichen Lebens für alle Menschen, unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit, sozialem Status, Geschlecht oder Staatsbürgerschaft.

Aneignung des globalen Reichtums

Prinzipielle Einwände gegen die vorgestellten Alternativkonzepte ergeben sich auch, wenn man die internationale Dimension des neoliberalen Krisenangriffs und des Umbaus des Sozialstaats berücksichtigt. Insbesondere die Vorschläge vom *Komitee für Grundrechte und Demokratie* und von *links-netz* sind sehr stark auf die sozialen und ökonomischen Bedingungen der westlichen Metropolen zugeschnitten. Vor dem Hintergrund der Globalisierung des Kapitals müssen sich jedoch alternative Konzepte sozialer Gerechtigkeit endgültig vom Bezugspunkt des nationalen Sozialstaats verabschieden. Ihr emanzipatorischer Charakter beweist sich daran, ob sie tatsächlich Vorschläge für ein globales Projekt sozialer Gerechtigkeit entwickeln.

Auf der Suche nach »Alternativen jenseits von Lohnarbeit, Vollbeschäftigung und nationalem Sozialstaat« formuliert lediglich *medico* den Anspruch auf ein globales Projekt sozialer Gerechtigkeit. Ausgangspunkt ist die ambivalente Dynamik der Globalisierung selbst: einer ungeheuren Verarmung, Entrechtung und Ausgrenzung steht die Schaffung eines unvorstellbaren materiellen und symbolischen Reichtums gegenüber. In der vollständigen weltgesellschaftlichen Aneignung dieses Reichtums sieht *medico* die materielle Basis für eine alternative Form der Vergesellschaftung. Im Unterschied zu *links-netz* und *Komitee*, die ihre Konzepte ausdrücklich auf den europäischen Kontext beziehen, postuliert *medico* explizit die globale Reichweite sozialer Rechte. In dem sie an das von Hardt/Negri in »Empire« entwickelte Konzept der »Weltbürgerschaft« anknüpfen, zeigen die *medico*-Thesen eine mögliche Alternative zur Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Staatsbürgerschaft auf. »Weltbürgerschaft« macht »jeden Menschen am Ort seines jeweiligen Aufenthalts zum Träger der dort geltenden staatsbürgerschaftlichen und insbesondere sozialen Rechte«. Erst durch eine solche Verknüpfung verlieren Konzepte von sozialen Rechten und garantiertem Grundeinkommen ihren exklusiven Charakter.

Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

Wollen sie nicht bloße Utopie und abstraktes Ideal bleiben, müssen gesellschaftliche Alternativkonzepte an den konkreten Lebensbedingungen und Reproduktionsformen der Menschen ansetzen. Insbesondere im Süden und Osten hat der Globalisierungsprozess bereits jetzt Millionen von Menschen dazu gezwungen, ihr Überleben in den Netzwerken der informellen Ökonomie zu sichern. Auf der Suche nach solidarischen Formen der Ökonomie müssen die mit der Informalität verbundenen Erfahrungen gesellschaftlicher Selbstorganisation mit einbezogen werden. Gemeinsam mit den aus den weltweiten Migrationsbewegungen hervorgegangenen familialen und kommunitären Netzen stellen sie laut *medico* unverzichtbare Erfahrungen für eine »Globalisierung von unten« bereit. Eine weder privatwirtschaftlich orientierte noch staatsfixierte Form der solidarischen Ökonomie muss laut *medico* an diesen realen Erfahrungen einer anderen Vergesellschaftung anknüpfen, ohne die Rahmenbedingungen von Mangel und Armut zu idealisieren. Letztendlich ist es die Krise der kapitalistischen Weltökonomie selbst, die neue Formen einer solidarischen und moralischen Ökonomie für immer mehr Menschen zu einer blanken Überlebensnotwendigkeit macht.●

Nachdruck aus arranca! Nr. 30
(http://arranca.nadir.org)

1) Vgl. Joachim Hirsch/Heinz Steinert: »Gibt es eine Alternative zum neoliberalen Sozialstaatsumbau? – Sozialpolitik als gesellschaftliche Infrastruktur«, unter www.links-netz.de; Peter Grottian/Wolf-Dieter Narr/Roland Roth: »Es gibt Alternativen zur Repressanda 2010! – Statt repressiver Abbau des Sozialstaates menschenrechtlich-demokratischer Umbau für Grundsicherung und Arbeit«, zu finden unter der Internetadresse des Berliner Sozialforums www.sozialforum-berlin.de; medico international: »Jenseits des nationalen Sozialstaates: medico-Thesen zu einem globalen Projekt sozialer Gerechtigkeit«, zu finden unter www.medico.de Rubrik »Gesundheit für alle«.

2) Joachim Hirsch: »Eine andere Gesellschaft ist nötig: Zum Konzept einer Sozialpolitik als soziale Infrastruktur«, unter www.links-netz.de.

Jenseits des nationalen Sozialstaats

– Weltbürgerliche Solidarität

Die neoliberale Globalisierung befindet sich mittlerweile sowohl in einer Akzeptanz- als auch in einer Funktionskrise. Dennoch konnte die Hegemonie neoliberaler Ideologie bislang nicht nachhaltig erschüttert werden. Ein wesentlicher Grund dafür liegt darin, dass die Kritik an Form und Richtung des Globalisierungsprozesses weitgehend defensiv, d.h. aus der Position einer Verteidigung des klassischen Sozialstaats heraus formuliert wird. Es ist Zeit für eine Kritik am Neoliberalismus, die nicht hinter den erreichten Stand der Globalisierung zurück-, sondern über ihn hinauswill. Die folgenden Thesen laden zur Diskussion ein.

Mit dem Ende der west-östlichen Systemkonkurrenz landete eine ganze Weltordnung auf dem Müll. Diese Ordnung schien über Jahrzehnte hinweg von der Durchsetzung der großindustriellen Massenproduktion und des Massenkonsums geprägt zu sein, gleichgültig übrigens, ob sie in liberalkapitalistischer, staatssozialistischer oder anderer Form organisiert werden sollte. Zugunsten sozialstaatlich abgesicherter Lohnarbeit sollte die globale Industrialisierung zur weit gehenden Beseitigung traditioneller Formen der Subsistenzproduktion vor allem im Bereich der Landwirtschaft und der Hausarbeit führen. Auf dem Wege »nachholender Entwicklung« sollte zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden letztendlich derselbe soziale Aus-

Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

gleich möglich werden, der innerhalb der entwickelten Industriestaaten durch ihre fortschreitende Ausgestaltung zum Sozialstaat erreicht worden war.

Die neoliberale Globalisierung hat einen anderen Weg eingeschlagen:

● Die von den entwickelten Industriestaaten bewusst betriebene De-Regulierung der Kapital- und Finanzströme und die mit ihr einhergehende Internationalisierung der Arbeitsteilung hat die Standort-Konkurrenz zwischen diesen Staaten soweit entfesselt, dass aus Sozialstaaten »nationale Wettbewerbsstaaten« (J. Hirsch) werden mussten. Deren Ziel ist die Schaffung und Garantie der jeweils bestmöglichen Verwertungsbedingungen für ein transnational freigesetztes Kapital – auch und gerade um den Preis des Abbaus sozialstaatlicher Funktionen.

● Die durch die neuen Informationstechnologien ermöglichte Internationalisierung der Arbeitsteilung hat zu einer strukturellen Massenerwerbslosigkeit geführt, mit der die materielle Grundlage bisheriger Sozialstaatlichkeit – die Verallgemeinerung der Lohnarbeit zur tendenziell weltumspannenden »Vollbeschäftigung« – hinfällig geworden ist.

● In den Staaten des globalen Südens bedingt die strukturelle Massenerwerbslosigkeit das Scheitern »nachholender Entwicklung«. Diese Staaten konnten und können ihren Gesellschaften gar nicht erst die Möglichkeit einer Verallgemeinerung sozialstaatlich abgesicherter Lohnarbeit eröffnen. Dennoch wurde im Namen der »nachholenden Entwicklung« traditionelle Subsistenz zerstört. Die Konsequenzen des unwiderruflich vollzogenen Anschlusses an den Weltmarkt verschärfen die Krise.

● Im Norden wie im Süden führt das zu einer Massenarmut, wenigstens aber zur Prekarisierung immer größerer Teile der Gesellschaft. Viele prekär Beschäftigte sind mittlerweile auf den Status sog. »working poor« herabgedrückt, deren Erwerbstätigkeit nicht mehr zur Bestreitung des Lebensunterhalts hinreicht. Weltweit sind Millionen Menschen gezwungen, sich ihr Überleben in informellen Schattenökonomien zu sichern. Wiederum für Millionen kann selbst diese Möglichkeit nur noch durch Arbeitsmigration realisiert werden. Gleichzeitig wächst unterhalb der für die Informalität geltenden Lebensbedingungen die Zahl derjenigen, die gänzlich von der Hilfe anderer abhängig sind – Kriegs-und Gewaltopfer, Vertriebene, Flüchtlinge, Alte, Kranke und Kinder. Sie haben keinen Rechtsanspruch auf Sicherung ihres Überlebens, selbst als Empfänger von Nothilfe sind sie fremder Willkür ausgeliefert.

Die Schattenökonomien gehen fließend in gewaltdurchherrschte Ökonomien der Kriminalität und des sozialen Krieges über. In immer mehr Gesellschaften ist eine Spirale in Gang gesetzt, die auf eine vollständige Zerstörung des Sozialen zielt: das Fehlen jeglicher Sicherheit verstärkt den Zwang zur aktiven Teilnahme an der Gewaltökonomie, treibt wiederum mehr Menschen in die vollständige Abhängigkeit von fremder Hilfe. Für viele wird Migration zum letzten Ausweg – für viele ist selbst dieser versperrt. Längst belegen einschlägige UNO-Dokumente, dass es sich hier um maßgebliche Tendenzen des Globalisierungsprozesses handelt. Nach drei Jahrzehnten neoliberaler Globalisierung kann Lohnarbeit nicht länger als zentraler Zugang zu den materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens und den Systemen seiner solidarischen Sicherung gedacht werden. Zugleich muss eingeräumt werden, dass eine solidarische Sicherung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben im nationalstaatlichen Rahmen weder zu verteidigen noch gar auszubauen ist – es sei denn, man bekenne sich unumwunden zur strukturellen Ausgrenzung der Mehrheit der Weltbevölkerung von den Ressourcen des Überlebens.

Der de facto nur in den entwickelten Industriestaaten realisierte nationale Sozialstaat hatte und hat die asymmetrischen Herrschafts- und Machtverhältnisse der Weltwirtschaft zur systematischen Voraussetzung: das Versprechen der »nachholenden Entwicklung« konnte in Wahrheit nie gehalten werden. Der nationale Sozialstaat war ein Privileg der Gesellschaften des Nordens, das mit dem Ausschluss und der Ausbeutung der Gesellschaften des Südens erkauft war.

● Der nationale Sozialstaat hielt auch innerhalb der entwickelten Industriestaaten nicht, was er versprochen hatte: die »nachholende Entwicklung« hin zur »Vollbeschäftigung« für Frauen blieb aus. Der Sozialstaat stützte sich auf primär männliche Lohnarbeit und auf unbezahlte Reproduktionstätigkeiten einer großen Zahl von Frauen – und damit auf deren Abhängigkeit vom männlichen »Ernährer«.

● Die Lohnarbeit selbst war zu keiner Zeit die allein denkbare oder gar allein wünschenswerte Form des »Lebensunterhalts« – weder für die Individuen noch für deren gesellschaftliches Leben. Der auf sie gegründete nationale Sozialstaat war deshalb stets ein autoritärer Staat; dieser Charakter drückte sich auch in den bürokratischen Formen solidarischer Sicherung aus.

● Auch ökologisch gesehen haben sich sowohl die großindustrielle Massenproduktion als auch der durch sie ermöglichte Massenkonsum als desaströse Weise der Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens erwiesen.

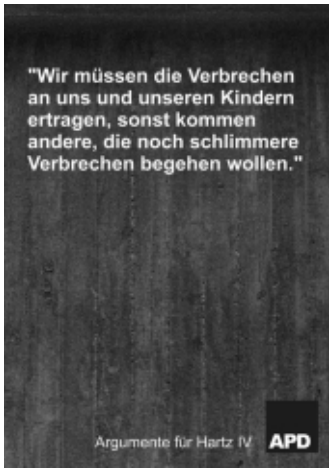
Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

Ein Paradox bildet den Kern der Globalisierung und einen Hebel für Veränderung: Sie hat eine Dynamik bis dahin kaum für möglich gehaltener Verelendung und Entrechtung freigesetzt, während zugleich eine bis dahin ebenso wenig vorstellbare Steigerung des materiellen und symbolischen Reichtums erreicht wurde. Die realpolitisch mögliche Umkehr der Perspektive hängt an dem politischen Willen, diesen Reichtum nicht länger als einen privaten, sondern als weltgesellschaftlichen Reichtum zu verwenden.

● Weil die strukturelle Massenerwerbslosigkeit nur die Form ist, unter der die gesellschaftliche Arbeit im ausschließlichen Interesse bestmöglicher Kapitalverwertung verkürzt und umverteilt wird, kann eine Lösung der Krise nur durch die demokratische Kontrolle der globalen Arbeitsteilung erreicht werden. Verkürzung der Arbeitszeit und Umverteilung der Arbeit – technologisch offensichtlich längst und im globalen Maßstab möglich – erfolgen dann nach der Maßgabe eines demokratisch auszuhandelnden weltgesellschaftlichen Interesses.

● Weil die solidarische Sicherung der Teilhabe an der materiellen und symbolischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens nicht länger auf der Grundlage individueller Lohnarbeit in Vollbeschäftigungsperspektive möglich ist, muss die gesellschaftliche Garantie des Überlebens als unbedingtes Bürgerrecht eines jeden und einer jeden, genauer: als konkreter Inhalt der Bürgerschaft selbst gedacht werden.

● Weil Massenerwerbslosigkeit weltweit Millionen Menschen in informelle Ökonomien gezwungen hat, muss eine Demokratisierung der Arbeitsteilung auch und gerade an diese Entwicklung anknüpfen. Es gibt zahllose familiale oder kommunitäre Netze gegenseitiger Hilfe, die zum Teil sogar transnational operieren und Erfahrungen bereitstellen, die für eine »Globalisierung von unten« ebenso un-

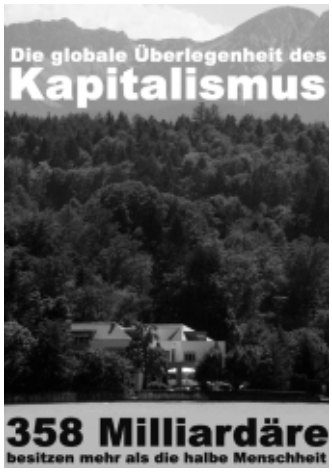


Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

verzichtbar sind wie die Erfahrungen, die in den Migrationsbewegungen gesammelt werden. Hinzuzurechnen ist hier der in den letzten Jahren im Norden wie im Süden rapide gewachsene Sektor der von parastaatlichen oder privaten Einrichtungen geleisteten sozialen Arbeit, der auch die humanitäre Hilfe einschließt. Nimmt man die primär auf gegenseitiger Hilfe basierenden Formen der informellen mit den gemeinwesenorientierten Formen der sozialen Arbeit zusammen, zeichnet sich das weite Feld einer solidarischen Ökonomie ab, deren Stärkung gegenüber der privatwirtschaftlichen wie der staatsverwalteten Ökonomie vorrangiges Ziel einer Demokratisierung der Arbeitsteilung sein muss. Die solidarische Sicherung des Überlebens würde so im Rahmen eines nicht-staatlichen Prozesses der gesellschaftlichen Selbstorganisation erreicht – d.h. als Prozess direkter Demokratie.

● Weil informelle wie soziale Arbeit gegenwärtig immer auch Teil und Resultat der Prekarisierung des gesellschaftlichen Lebens, der vor allem Frauen zugeteilten Mischformen von Arbeit und Fürsorge sowie der staatlich gedeckten Einführung von Formen des »workfare« (Arbeitszwang) sind, ist eine reale Demokratisierung der Arbeitsteilung an die gesellschaftliche Garantie eines ohne Gegenleistung zuzuteilenden Grundeinkommens gebunden. Dieses Bürgerbzw. Existenzgeld, dieser soziale Lohn oder diese universelle Zuwendung soll jeder Bürgerin und jedem Bürger am Ort des jeweiligen Aufenthalts die Teilhabe an den materiellen und symbolischen Ressourcen des gesellschaftlichen Lebens sichern. Allerdings garantiert auch ein bedingungslos zugeteiltes Grundeinkommen noch nicht die Überwindung prekärer Lebensbedingungen. So kann ein Bürgergeld zur Alimentierung einer Elendsbevölkerung, aber auch im oben entwickelten Sinn eingesetzt werden.

● Weil im Prozess der Globalisierung nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord-Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft



Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (s. Kasten Seite 9). www.arbeiterfotografie.com

nur in der Form einer Weltbürgerschaft durchgesetzt und garantiert werden. Horizont einer solchen Weltbürgerschaft ist nicht ein (weder wünsch- noch realisierbarer) »Weltstaat«, sondern der Globalisierungsprozess als real existierender universeller Zusammenhang. Weltbürgerschaft muss konkret bedeuten, jeden Menschen am Ort seines jeweiligen Aufenthalts zum Träger der dort geltenden staatsbürgerlichen und insbesondere sozialen Rechte zu machen.

Die Demokratisierung der Arbeitsteilung ist seit den ersten Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit im 19. Jahrhundert der Kern jeden Versuchs, die Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger real durchzusetzen. Im dritten Jahrzehnt neoliberaler Globalisierung geht es darum, sie in globaler Dimension zu verwirklichen. Ihre elementaren Voraussetzungen müssen und werden real weder unmittelbar noch im Block eingefordert werden können. Ihre Aktualität liegt in jeder Forderung, die in realen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen implizit auf sie tendiert, da beispielsweise, wo sich humanitäre Organisationen politisch darauf einigen, gemeinsam mit den Empfängern ihrer Dienste für einen universellen Rechtsanspruch auf Hilfe einzutreten. Gesellschaftliche Einrichtungen sind jederzeit Ausdruck und Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und Resultat aktueller Kompromisse. Über die Reichweite, Tiefe und Nachhaltigkeit der Demokratie entscheidet der ihre Durchsetzung organisierende demokratische Prozess.●

Gekürzte Fassung des Beitrages, der in einem Reader der sich im August 2004 konstituierenden attac-Prekarisierungs-Kampagne veröffentlicht wurde.
Überarbeitet von Jutta Sundermann.

Anzeige

solidarität
macht stark

ROTE HILFE E.V.
www.rote-hilfe.de

Klasse gegen Klasse

Arbeiten für einen Euro?

Während staatliche Leistungen immer mehr abgebaut werden, taucht mit »Hartz IV«, der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, eine neue Finanzierungsmöglichkeit für soziale Aufgaben am Horizont auf: die 1 Euro Jobs.

Von Friederike Ahlers (Redaktion Sozialpolitik) ● Ab dem Jahr 2005 will die Bundesagentur für Arbeit 600.000 Arbeitsgelegenheiten für Erwerbslose schaffen. Finanziert werden die Maßnahmen aus den Mitteln für »erwerbsfähige Hilfebezieher«, dafür stehen im Jahre 2005 insgesamt 6,35 Milliarden Euro zur Verfügung (1).

Anders jedoch als bei den bisherigen Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung, ABM und SAM, gelten die neuen Arbeitsmöglichkeiten mit einer Dauer von voraussichtlich 9 bis 12 Monaten nicht als Arbeitsplätze. Es gibt keinen Lohn und auch arbeitsrechtliche Bestimmungen bleiben den 1 Euro JobberInnen verwehrt. Die Arbeitsgelegenheiten nach dem neuen SGB II oder MAE, wie sie im Fachjargon heißen, werden mit einer »Mehraufwandsentschädigung« von 1 bis 2 Euro die Stunde vergütet.

Das sind im Schnitt bis zu 200 Euro im Monat, die zusätzlich zum Arbeitslosengeld II behalten werden dürfen (345 Euro im »Westen« bzw. 331 Euro im »Osten« plus Miete und Heizkosten).

Die Arbeitsgelegenheiten sollen der Wiedereingliederung von erwerbslosen Frauen und Männern in den ersten Arbeitsmarkt dienen, die Beschäftigungsfähigkeit wieder herstellen, die Zeitstruktur unterstützen, Qualifikationen und Kompetenzen wieder auffrischen und damit die Chancen für eine Einstellung erhöhen. Jedoch wird gleichzeitig jede selbst initiierte Berufstätigkeit unterbunden, denn wer die Unterstützung mit etwas Selbstverdientem aufbessern möchte, hat Pech gehabt: statt wie bisher 165 Euro dürfen nur noch 15 Prozent des Nebeneinkommens behalten werden, bei einem »Mini-Job« für 400 Euro wären das gerade mal 60 Euro.

Um nicht regulären Arbeitplätzen Konkurrenz zu machen, sollen die Arbeitsgelegenheiten »gemeinnützig« und »zusätzlich« sein. Doch weist Gregor Kochan, Diakonisches Werk Braunschweig darauf hin, dass mit der ebenfalls in das Gesetz aufgenommenen Formulierung »im öffentlichen Interesse liegend« bereits anderen Interpretationen Tür und Tor geöffnet wurde (2). Möglicherweise werden wir in Zukunft gegen Mehraufwandsentschädigung nicht nur Kinder betreuen und Parkanlagen pflegen, sondern auch im Supermarkt um die Ecke Kisten stapeln. Der Berliner Senator Harald Wolf will jedenfalls schon einmal zukunftsweisend 3.000 Plätze für MAEs in der Wirtschaft reservieren. (3)

Neue Wege für Staat und Wohlfahrtsverbände

In der Ideologie eines »neomodernen« Diskurses von Fördern und Fordern wird es zum Fördern gerechnet, wenn sich erwerbslose Menschen in Krankenhäusern, Altenheimen, Kitas für das Wohl der Allgemeinheit engagieren, wenn ihnen ermöglicht wird, auf diese Weise ein »normales« Leben zu führen und sich konstruktiv in die Gesellschaft einzubringen.

Dieser Sichtweise der Schröder-Regierung haben sich bis auf wenige regionale Ausnahmen sämtliche Wohlfahrtsverbände angeschlossen. Doch lässt sich das große Interesse auch anders interpretieren. Die Breite staatlicher Zuwendungen und Leistungsbereiche wird stetig abgebaut, im präventiven Gesundheitsbereich, in der Jugend- und Familienarbeit, in der Seniorenbetreuung, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Verkürzung des Zivildienstes tut ein übriges und schon ahnen die Verbände seinen gänzlichen Wegfall. Gleichzeitig ist der Bedarf für soziale Betreuungsleistungen erheblich gestiegen.

Es ist bereits bekannt, dass die so entstandenen Lücken nicht im Rahmen eines freiwilligen sozialen Jahres oder des vielbeschworenen bürgerschaftlichen Engagements aufgefüllt werden können. An den Einsatz regulärer Arbeitskräfte ist ohne zielgerichtete gesellschaftliche Umverteilung schon gleich gar nicht zu denken.

Betrachtet mensch die Felder, in denen Arbeitsgelegenheiten entstehen sollen, ist schnell klar, es sind die klassischen Bereiche der öffentlichen Aufgaben, darunter die soziale und gesundheitliche Versorgung. Da geht es z.B. um »Seniorenbetreuung unterhalb der Pflege«, »zusätzliche Sitz-und Nachtwachen«, »zusätzliche Unterstützung bei der Durchführung von Kinder- und Jugendfreizeitaktivitäten«, »zusätzliche Hilfsdienste in Einrichtungen der Frauen- und Familienberatungseinrichtungen«, »Integrationshelfer«, »zusätzliche Betreuung einsamer und kranker Menschen, Obdachloser und Behinderter« oder die »Unterstützung bei der Pflege der Innen- und Außenanlagen«. Der Trick ist, dass im sozialen Bereich schon lange als zusätzlich gilt, was nicht finanzierbar ist. So kreisen in den Reihen der Wohlfahrtsverbände verdächtige Listen von möglichen Einsatzfeldern, die zuweilen als Anforderungen an die BewerberInnen Berufsabschlüsse wie Sozialpädagogik, Krankengymnastik oder Psychologie nennen. Der Berliner Bildungssenator Böger erklärte gar mit dem Blick auf erwerbslose LehrerInnen und ErzieherInnen, er wolle MAEs für die dringend benötigte Sprachförderung in Berliner Schulen und Kitas einsetzen (4). Während z.B. in Berlin ganze Bereiche in der sozialen Versorgung wegfallen, kursiert bei den PädagogenInnen schon der Treppenwitz: »....demnächst für einen Euro...«

Eines ist sicher, bei Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten werden nicht nur dringend benötigte Arbeitskräfte hinzu gewonnen, sondern auch weitere reguläre Stellen verloren gehen. Dieser Trend zeigte sich bereits bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie ABM und SAM. In den neuen Bundesländern sind feste Arbeitsstellen häufig über lange Jahre hinweg gar nicht erst eingerichtet worden, viele von denen, die es dann doch gab, fallen derzeit aufgrund mangelnder Finanzierung weg oder sind stark gefährdet. Die Arbeitsgelegenheiten verschärfen diese Situation und machen soziale Arbeit insgesamt noch billiger.

Wieviel hätten Sie denn gerne? Zur Umsetzung des Modellversuchs in Berlin

Mag die geschilderte Perspektive für die staatliche Versorgung eine noch so große Bedeutung haben, Arbeitsagenturen und ihre PartnerInnen folgen eigenen Gesetzen. Ab dem 01.10.2004 begann ein bundesweiter Vorlauf, in dessen Rahmen bis Ende des Jahres schon ca. 100.000 Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden sollen (5).

Erste Erfahrungen in Berlin zeigen, dass die MAEs in der Regel in »Paketen« zu je 50 den traditionellen Berliner Beschäftigungsgesellschaften zufielen, obwohl die Berzirke ausdrücklich gefordert waren, Einsatzstellen im sozialen Bereich zu identifizieren. Die Aktivitäten der Beschäftigungsgesellschaften sind nachvollziehbar, denn Träger von Arbeitsgelegenheiten erhalten monatlich 300 Euro Vermittlungsgebühr plus 200 Euro, die als Mehraufwandsentschädigung an die Beschäftigten weiter zu reichen sind. Auslagen wie z. B. Fahrgeld werden den 1 Euro JobberInnen darüber hinaus nicht erstattet. In wesentlich größerem Maße als bei ABM oder SAM müssen die »Vermittler« der Arbeitsgelegenheiten nicht identisch mit den Einsatzorten sein, d. h. im Klartext: Die Menschen können in Krankenhäuser, Kindergärten, in soziale Einrichtungen weiter geschoben werden, ohne Betreuung, ohne Qualifizierung, ohne zusätzliches Geld. Auch private Arbeitsvermittlungen sind als Träger der Maßnahmen vorgesehen und schon treibt die Praxis absurde Blüten, wenn Private per Telefon bei gemeinnützigen Projekten Einsatzorte anfragen. Wir dürfen also erwarten, dass auch mit den MAEs jede Menge Geld zu verdienen sein wird, nur nicht für die Betroffenen. Die wandern in soziale Einrichtungen, wo sie dann zum Nulltarif betreut und qualifiziert werden, sofern es dort noch jemanden gibt, das zu tun.

Plakat der Ausstellung des Bundesverbandes Arbeiterfotografie (siehe Kasten unten)

Als Reaktion auf diese Praxis wird von Wohlfahrtsverbänden intern diskutiert, inwieweit Vermittler vertraglich verpflichtet werden können, wenigstens Fahrtkosten und Qualifizierungen zu finanzieren. Die Menschen werden bei der Rechnung wie immer vergessen.

Da kann man auch mal schick essen gehen... Foto: Mark Willard

Ein kleiner Ausblick: Im kommenden Jahr sollen in Berlin ca. 70.000 Qualifizierungs-Beschäftigungsmöglichkeiten für etwa 26% der ALG II-EmpfängerInnen geschaffen werden, darunter etwa 40.000 1 Euro-Jobs (6). Schwerpunktzielgruppen sind Langzeiterwerbslose, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund. Auch Jugendliche sind eine besondere Zielgruppe. Es ist geplant, die etwa 30.000 Jugendlichen ohne Berufsabschluss verstärkt in Arbeitsgelegenheiten zu integrieren und 800 Plätze zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird die Jugendberufshilfe, nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz bisher für die Berufsförderung und Qualifizierung dieser Zielgruppe zuständig, munter weiter abgebaut.

Zwanghaft freiwillig

Nach derzeitiger Gesetzeslage können Erwerbslose bis zum 01.01.05 lediglich auf freiwilliger Basis in Arbeitsgelegenheiten vermittelt werden. Theoretisch. Die Arbeitsagenturen hinderte dies indes nicht, Formblätter für ganz »normale« Zuweisungen zu verwenden. Dass es sich um kein Arbeitsverhältnis handelte, erfuhren die Betroffenen häufig erst an Ort und Stelle. Bei Ablehnung der Maßnahme kann auf eine Verwaltungsvorschrift der Bundesagentur zurück gegriffen werden, in der es heißt, in diesem Falle sollen »Trainingsmaßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit angeboten werden«. (7)

Auch wenn z. B. die Berliner Sozialsenatorin Heidi Knake-Werner politisch korrekt auf PDS-Linie die Freiwilligkeit betont und die Wohlfahrtsverbände dem gerne beipflichten, steht fest: Ab dem 01.01.2005 droht bei Ablehnung einer Arbeitsgelegenheit die Kürzung des ALG II um bis zu 30 %. Wohl zu recht hat sich der Begriff der »Zwangsarbeit« etabliert. Aber auch ohne eine mögliche Kürzung wäre Freiwilligkeit im Zusammenhang mit Arbeitsgelegenheiten kritisch zu hinterfragen, denn es gibt keine Alternativen. Die Höhe des Arbeitslosengeldes II, der Abbau von ABM und SAM im großen Stil, die Streichung des Nebeneinkommens bis auf 15%, alles gute Gründe, eine Arbeitsgelegenheit anzunehmen. Hinzu kommt, dass viele Menschen in unserer arbeitszentrierten Gesellschaft Beschäftigung um jeden Preis annehmen, weil sie das Gefühl vermittelt bekommen, »nützlich« zu sein. Mit Freiwilligkeit oder gar Zustimmung hat dies nichts zu tun, wenn es auch von den PolitikerInnen allzu bereitwillig missverstanden wird.

Weil ABM und SAM in starkem Maße reduziert werden, stehen auch traditionell »linke« und »alternative« Projekte letztendlich am Scheideweg. Sollen sie der »Zwangsarbeit« Vorschub leisten oder die Arbeitsgelegenheiten rigoros ablehnen? Für manche steht dabei gar die Existenz auf dem Spiel, denn mit einer halben oder einer Personalstelle lässt sich keine Einrichtung vernünftig führen, geschweige denn KlientInnen angemessen unterstützen. Bestes Beispiel sind die Frauenprojekte, die vielen Frauen über ABM ermöglicht hatten, zumindest eine Zeitlang zu einem offiziellen Gehalt einigermaßen sinnvolle Arbeit zu tun. Dieser Ansatz wurde schon durch die stetige

Fortsetzung auf Seite 10

AUSSTELLUNG & KONGRESS

Rettet den Reichtum
– Die Politik des globalen Kapitals und der Widerstand dagegen

Fast zeitgleich mit dem Inkrafttreten der so genannten Hartz-IV-Gesetzgebung, einer Zäsur beim Umbau unseres Staates, betreiben über 20 FotografInnen und BildkünstlerInnen aus dem Verband Arbeiterfotografie und darüber hinaus die Suche nach dem verschwundenen Reichtum, zeigen und analysieren die Situation, streifen dabei lokale wie globale Aspekte. Sie tun dies mit unterschiedlichen Mitteln, mit Einzelfotos, Serien, Reportagen, Collagen und Montagen, in der Absicht mit ihren Arbeiten einen Beitrag zum Widerstand zu leisten – gegen die Politik des globalen Kapitals, die mit der Hartz-IV-Gesetzgebung eine neue Ebene der Eskalation erreicht hat.

Ort: Mediengalerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, D-10965 Berlin-Kreuzberg (U-Bahnhof: Platz der Luftbrücke, Bus-Linien 119, 104)
Ausstellungsdauer: 8.1. bis 6.2.2005
Öffnungszeiten: Mo-Do 12-19 Uhr und nach Vereinbarung

Ausstellung des Bundesverbands Arbeiterfotografie in Zusammenarbeit mit ver.di Berlin-Brandenburg, Bereich Medien

Kongress

Die Medien und der globale Krieg nach innen und außen

Veranstaltung des Bundesverbands Arbeiterfotografie in Zusammenarbeit mit der Mediengalerie und ver.di Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, Berlin-Brandenburg im Rahmen der Ausstellung »Rettet den Reichtum«.
Die Veranstaltung umfasst mehrere Vorträge und eine Podiumsdiskussion mit Referenten und Teilnehmern aus dem Bereich Medien, Gewerkschaft, Wirtschafts- und Politikwissenschaft. Es geht um die Rolle der Medien in der neoliberalen Politik mit ihrer Umverteilung im Innern sowie ihren Kriegen nach außen und die Möglichkeiten einer Gegenöffentlichkeit insbesondere mit visuellen Mitteln – anknüpfend an die Äußerung der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy auf dem 4. Weltsozialforum in Mumbai, 16. Januar 2004: »Natürlich wird jeder Krieg des Imperiums zum gerechten Krieg erklärt. Das hängt zum großen Teil von der Rolle der Medienkonzerne ab. Es ist wichtig zu verstehen, dass Medienkonzerne nicht lediglich das neoliberale Projekt unterstützen. Sie sind das neoliberale Projekt.«

Ort: Mediengalerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, D-10965 Berlin-Kreuzberg
(U-Bahnhof: Platz der Luftbrücke, Bus-Linien 119, 104)
Termin: Sonntag, 9.1.2005, 15 bis 21 Uhr
Eintritt: 5 Euro / 3 Euro

siehe auch:
www.arbeiterfotografie.com/sozialraub/rettet-den-reichtum.html

Proaktiver Amtsbesuch

Will man der öffentlichen Meinung Glauben schenken, so geht es mit dem Protest und Widerstand gegen die Agenda 2010 und Hartz IV langsam zu Ende. Sind im April diesen Jahres noch 500.000 bundesweit auf die Straße gegangen, waren es am 2. Oktober in Berlin nur noch knapp 50.000 Menschen, die an der bundesweiten Anti-Hartz Demonstration teilgenommen haben.

Gegenwind (Kiel) ● Und auch in Kiel und Lübeck klagen die OrganisatorInnen der wöchentlichen Montagsdemonstrationen über sinkende TeilnehmerInnenzahlen, in anderen schleswig-holsteinischen Städten sind sie bereits eingestellt worden. Die ganzen Proteste, so will man uns glauben machen, seien lediglich die Folge eines Vermittlungsproblems gewesen. Inzwischen aber habe die Sachzwanglogik überzeugen können und die Empörung über das, was an Zumutungen im neuen Jahr auf uns zukommen wird, flaue nach und nach ab. Aber ist das tatsächlich so? Lässt sich aus dem Sinken der TeilnehmerInnenzahlen der Montagsdemonstrationen wirklich mehr ablesen, als dass diese Form des doch recht stillen Protestes mittlerweile ziemlich leergelaufen ist? Noch sind die Möglichkeiten nicht ausgeschöpft der Wut und Entrüstung einen anderen Ausdruck zu verleihen. Auf einem Kongress im Sommer diesen Jahres ist die Initiative »Agenturschluss« entstanden. Agenturschluss geht davon aus, dass der Widerspruch gegen Hartz IV mit der Verabschiedung der Gesetze längst nicht vorbei ist und sich auch künftig nicht auf Demonstrationszüge beschränken sollte. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Initiativen ruft Agenturschluss nun zu anderen Formen des Widerspruchs auf.

Am 3.1.2005 – dem ersten Werktag im neuen Jahr – soll der Betrieb der sogenannten Arbeitsagenturen (ehemals: Arbeitsämter) empfindlich gestört werden. Nicht nur in Kiel, sondern auch in Aachen, Bremen, Berlin, Bielefeld, Bonn, Bochum, Dortmund, Duisburg, Erfurt, Eberswalde, Frankfurt (Main), Flensburg, Gelsenkirchen, Giessen, Göttingen, Hamburg, Hannover, Kassel, Kaiserslautern, Köln, Leipzig, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Mainz, Minden, Mülheim, München, Münster, Nürnberg, Oberhausen, Osnabrück, Oldenburg, Reutlingen, Sondershausen, Tübingen, Worms, Wittenberg, Wuppertal, und Zeitz (Stand 20.12.2004) bereiten sich sozialpolitische Gruppen konkret auf diesen Tag vor und planen unterschiedliche Aktionen. In anderen, auch schleswig-holsteinischen Städten wird über eine Beteiligung nachgedacht.

Der *Gegenwind* will mehr über Agenturschluss wissen und befragte Anfang November zwei Menschen aus dem Kieler Bündnis Agenturschluss nach den Hintergründen, Zielsetzungen und ihren konkreten Planungen.

Gegenwind: *Wer ist das Kieler Bündnis Agenturschluss eigentlich?*

Paul: Das Bündnis setzt sich aus den Gruppen *Avanti – Projekt undogmatische Linke / Kiel*, *kiel-umsonst* und engagierten Einzelpersonen zusammen, von denen auch welche in Gewerkschaften organisiert sind. Als Bündnis sind wir auch mit Delegierten an dem Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub beteiligt, welches vor allem die Montagsproteste vorbereitet.

Paula: Ansonsten haben einige von uns mehr oder weniger schlechtbezahlte und ungesicherte Jobs, andere werden vom sogenannten Arbeitslosengeld II – besser: Armutsgeld – leben müssen und auch RentnerInnen machen bei uns mit. Damit will ich sagen, dass die meisten von uns auch unmittelbar von den Verarmungsprozessen betroffen sind.

Gegenwind: *Der Name der von Euch geplanten Aktion lautet »Agenturschluss« – was bedeutet das eigentlich?*

Paula: Also zunächst heißen die ehemaligen Arbeitsämter jetzt ganz modern Arbeitsagenturen. Im Zuge des sogenannten Umbaus des Sozialstaates – sprich der flächendeckenden Kürzungen im sozialen Bereich – und der Hartz-Gesetze wurde auch eine Modernisierung der Arbeitsämter beschlossen. Was jetzt Agentur heißt, soll immer weniger Erwerbslose beraten oder Fortbildungen anbieten, sondern soll Erwerbslose kontrollieren, in Arbeitsmaßnahmen zwingen und am besten aus dem Leistungsbezug drängen.

Paul: Agenturschluss heißt die Kampagne, weil damit deutlich gemacht werden soll, dass es einen Zeitpunkt gibt, an dem definitiv Schluss ist mit Sozialkürzungen und Lohndumping, und der Klassenkampf von oben mit zum Teil neuen Formen der Organisierung von unten beantwortet werden muss. Ob der 3.1.2005 hier schon im Sinne von Gegenmacht wirken kann, ist selbstverständlich nicht gesagt, aber wir arbeiten daran. Das Ziel ist, ganz und gar nicht nur symbolisch, den regulären Betrieb der Arbeitsämter in möglichst vielen Städten der BRD Lahmzulegen. Vielleicht kann das, was passieren wird, als 1. Erwerbslosenstreik bezeichnet werden. Und Streiks sollten ein Instrument des Kampfes sein und nicht nur der Symbolik.

Paula: Im klassischen Verständnis von Streik können Erwerbslose natürlich nicht streiken. Wenn sie sich verweigern, stehen sie rechtlos und auch geldlos da. Und da nur zu bitten und zu appellieren nichts nützt, müssen wir gemeinsam Druck entfalten und in die Mühle eingreifen. Am 3. Januar – also dem ersten Werktag nach Inkrafttreten der Hartz IV Gesetze – soll der Ablauf der Erwerbslosenbürokratie in Form des kollektiven Ungehorsams unterbrochen werden. In dem bundesweiten Aufruf ist von Besetzungen, Blockaden oder Versammlungen die Rede. Wir bereiten politisch und praktisch eine in dem Gebäude eigentlich nicht vorgesehene politische Versammlung vor, auch wenn etwaige Reaktionen aus dem Amt und aus den Reihen der Polizei dieses Vorhaben möglicherweise erschweren werden. Auf alle Fälle soll der erste Tag von Hartz IV dem Widerspruch gehören.

Gegenwind: *Ihr müsst nachher noch mal genauer beschreiben, was passieren soll. Zunächst interessiert mich aber, weshalb ihr das erst für den 3.1.2005 plant und nicht schon früher, also wenn die Möglichkeit der Einflussnahme noch gegeben ist?*

Paul: Wir hatten schon früh den Eindruck, dass wir die richtige Parole »Hartz IV muss weg – und das komplett!« nicht werden durchsetzen können. Denn schließlich ist das Gesetzespaket mit 98 prozentiger Zustimmung durch den Bundestag gegangen. Die Einheitspartei SPDGRÜNECDUFDPPDS hat früh deutlich gemacht, dass ihnen auch Massendemonstrationen so ziemlich am Arsch vorbeigehen und sie diesen größten sozialpolitischen Angriff in der Geschichte der BRD durchziehen werden.

Paula: Das hieß für unsere Diskussionen auch darüber nachzudenken, wie sich auch unter Bedingungen, in denen die Agenda 2010 und Hartz IV Alltag sein werden, Widerstandsformen entwickeln lassen. Während Hartz IV darauf ausgelegt ist, dass alle ihre prekäre Alltagssicherung unter den Bedingungen der Armutsdrohung und der realen Verarmung alleine versuchen sollen, müssen neue Formen des Protestes und des Widerstands organisiert werden, zu denen die realexistierenden Gewerkschaften heute noch nicht in der Lage sind. Die Agenturschlussidee fanden wir vor diesem Hintergrund gut und wir haben begonnen an ihrer Umsetzung auch in Kiel zu arbeiten.

Paul: Wir verstehen unsere Agenturschlussbemühungen nicht als einmaliges Protestspektakel, sondern als eine Zwischenetappe für die in den nächsten Jahren anstehenden Auseinandersetzungen in den Feldern Verarmung und Ausgrenzung. Wir erhoffen uns, dass von Agenturschluss ein Moment der Ermutigung ausgeht und ein deutliches Signal einer Konfliktbereitschaft, die wir für die nächsten Jahre dringend brauchen. Zunächst wollen wir für einen Tag mit möglichst vielen »die Nötigung und Beschneidung unseres Lebens anhalten und einen Raum schaffen für den Ausdruck unserer Ängste, unserer Wut und unserer eigenen Vorstellung von einem würdigen Leben«, wie in dem bundesweiten Aufruf formuliert ist. Nach dem 3.1. werden alle sozialpolitisch engagierten Gruppen und Personen darüber nachdenken müssen, mit welchen gemeinsamen Formen wir uns beispielsweise gegen Billiglohn und Zwangsarbeit wehren können. Die Aufgabe der Entwicklung einer solidarischen und auch widerständigen Alltagskultur der von der herrschenden Ordnung zu Überflüssigen erklärten wird eine langfristige und in der öffentlichen Wahrnehmung auch nicht immer spektakuläre Angelegenheit sein.

Gegenwind: *Machen die Gewerkschaften bei euren Aktionen mit?*

Paula: Die Gewerkschaften werden sich natürlich nicht am Agenturschluss beteiligen, genauso wie sie sich auch nicht konsequent an anderen Protesten beteiligen oder sie durch andere gewerkschaftliche Kampfformen unterstützt haben. Die heutigen Gewerkschaften bzw. die obere Gewerkschaftsbürokratie setzt auf Befriedung und schlägt Nachbesserung von Hartz IV statt frontale Ablehnung vor. So gab ver.di Chef Bsirske bereits am 8. September eine Empfehlung an alle Gliederungen raus, sich nicht an der bundesweiten Demonstration am 6. November zur Bundesagentur in Nürnberg und Agenturschluss zu beteiligen. Zudem wird in der Oktoberausgabe der verd.di Zeitschrift *publik* die antiaufklärerische Position vertreten, dass Proteste in oder vor Arbeitsagenturen nicht sinnvoll seien, da sie sich gegen die dort Beschäftigten richten würden.

Gegenwind: *Wie sind eure Erfahrungen mit den Aktiven aus der Basis der Gewerkschaften? Mit denen sitzt ihr doch bei dem Kieler Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub an einem Tisch.*

Paul: Dort haben wir aus unserer Sicht sehr gute Erfahrungen gemacht. Im gesamten Bündnis gegen Sozialabbau und Lohnraub gab es große Zustimmung zu unserem Aktionsvorschlag, und kritische GewerkschafterInnen aus Kiel haben auch Texte veröffentlicht, die sich mit der oben genannten Position aus der Chefetage auseinandersetzen und in denen Aktionen in und vor Arbeitsagenturen für richtig gehalten werden. Diese Texte sind auch im Internet bei www.labournet.de dokumentiert.

Gegenwind: *Hier interessiert mich auch eure Position. Entsteht der Eindruck nicht sehr leicht, dass sich Protest in den Agenturen gegen die dort Beschäftigten richtet?*

Paula: Ich halte eine gesellschaftliche Debatte über sinnvolle Formen unabhängiger und öffentlich finanzierter Qualifizierung und Arbeitsvermittlung – für diejenigen, die sie wünschen – heute und auch in einer ganz anderen und besseren Gesellschaft für wünschenswert. Ebenso ist eine Diskussion über den herrschenden Arbeitswahn und die Zukunft und den (Un-)Sinn von Lohnarbeit nötig. Für solche Fragen bietet sich die kollektive Aneignung des Arbeitsamtes als Ort geradezu an. Schon seit Jahren sind die Arbeitsämter mit den Drohungen, Zahlungssperren und anderen Disziplinierungsmaßnahmen für viele ein Ort des kalten Grauens. Die Agenturen haben schlicht nichts zu verteilen, und ihre Aufgabe verfestigt sich mit Hartz IV auf Verfolgungsbetreuung und die Rolle einer Arbeitspolizei zur Disziplinierung der zu Überflüssigen erklärten. Sie gehören also schlicht abgeschafft.

Paul: Von den Beschäftigten der »Arbeitsagenturen« erwarten wir, dass sie die ihnen übertragene Aufgabe des Überwachens und Strafens kritisch hinterfragen. Sie haben die Hartz-Gesetze nicht zu verantworten. Sie sind es aber, die Leistungskürzungen und verschärfte Kontrollen umsetzen sollen. Wenn der disziplinarische Ton von oben schärfer wird und Vorschriften und Einsparvorgaben, ihre Spielräume für eine respektvolle Behandlung ihrer »Kundschaft« immer weiter beschneiden, müssen sie sich fragen lassen, wie sie ihre Tätigkeit verantworten können.

Paula: Die Angestellten der Agenturen sollen nicht von der Zumutung unseres Protestes und unseres Widerspruchs befreit werden. Sie sind es, die die Leitlinien umzusetzen haben und die Exekutoren des Armutsprozesses sind. Wenn es richtig ist, dass auch sie – wie ver.di behauptet – quasi Opfer von Hartz IV sind weil sie Überstunden und Schichtarbeit machen müssen und Angst vor Übergriffen zukünftiger ALG II-EmpfängerInnen besteht, dann fordern wir sie im Vorfeld und am 3.1. ganz direkt auf, sich an der Aktion Agenturschluss zu beteiligen, d.h. die Arbeit niederzulegen und sich an der Protestversammlung in der Arbeitsagentur zu beteiligen.

Gegenwind: *Ich komme jetzt darauf zurück: Was soll am 3.1. konkret in der Kieler Arbeitsagentur passieren?*

Paul: Die letzten Wochen haben wir vor allem die Aktion in den verschiedenen interessierten Kreisen vorgestellt und für sie geworben. Wir gehen davon aus, dass jetzt, wo Agenturschluss auch in Kiel in Fahrt kommt, verschiedene Gruppen und Initiativen sich ihren Platz in der Ausgestaltung suchen werden. Dafür pflegen wir mit allen Interessierten eine möglichst enge Diskussion und Kooperation.

Paula: Neben verschiedenen Vorfeldaktionen und der Vorbereitung der öffentlichen Mobilisierung beginnt jetzt die Arbeit an einem konkreten Aktionskonzept. Wir wissen, dass eine andere Initiative eine Kundgebung vor der Arbeitsagentur ab morgens plant. Dieses Vorhaben begrüßen wir.

Paul: Wir rufen dazu auf, in die Agentur hineinzugehen. Formulieren wir es mal so: Erwerblose sollen Zeugen zu einem gemeinsamen Amtsbesuch mitnehmen, um sich in der Agentur über die neuen gesetzlichen Grundlagen zu informieren. In diesem Sinne verhalten wir uns protokollgerecht, gewissermaßen sogar richtig proaktiv, wie es heute heißt. In der Agentur werden wir uns an einem zentralen Ort in einer großen Versammlung über die Folgen der Agenda 2010 und von Hartz IV, über Perspektiven der Veränderung und auch über ein besseres Leben unterhalten. Hierzu gehört auch eine Feier mit Kaffee, Kuchen und Musik. Das Elend des Normalbetriebes steht dazu natürlich in einem unerträglichen Widerspruch. Er gehört also unterbrochen und alle sollen sich an diesem wichtigen Ereignis beteiligen.

Paula: Der 3.1. wird ein großartiger Tag und vielleicht ein kleiner Schritt in Richtung von etwas ganz anderem. Das meinen wir mit den auf eine bessere Zukunft zielenden Parolen: »Arbeitsagenturen auflösen und her mit dem schönen Leben!« und »Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit!«

Gegenwind: *Wir danken Euch für das Gespräch.*●

Das Interview erschien in der Kieler Zeitschrift Gegenwind (Nr. 195)

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Verkürzung der Maßnahmen verbunden mit einer unerträglichen Gehaltsabsenkung im Jahr 2003 in Frage gestellt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Projekte in Zukunft positionieren. Bisher haben nur wenige Arbeitsgelegenheiten angeboten. Eine kritische aber mutige Diskussion ist dringend erforderlich.

Betroffenenversammlung in Berlin

Am 22. November lud die Berliner »Kampagne gegen Hartz« von 1-Euro-Jobs-Betroffene zu einer ersten Versammlung ein. Ziel war, über die Arbeitsgelegenheiten zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und konkrete Aktionen zu planen. Das Interesse war sehr groß, mit etwa 200 Personen kamen wesentlich mehr Menschen in den »Familiengarten« im Herzen Kreuzbergs, als die VeranstalterInnen gerechnet hatten. Doch wurde im Verlauf der Diskussion schnell klar: auf eine aktive Unterstützung können die Betroffenen nicht hoffen, weder von seiten der Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände noch durch die politischen Parteien. Ob sie dennoch die Kraft haben, sich zu organisieren und ihre Rechte einzuklagen, bleibt fraglich, denn wer kann sich schon eine Kürzung des ohnehin geringen ALG II leisten? Relativ viele Betroffene verließen die Veranstaltung vorzeitig und waren auch nicht bereit, sich in den angebotenen Arbeitsgruppen zu engagieren. So bleibt den VeranstalterInnen zu wünschen, dass es beim nächsten Mal besser gelingt, die Menschen abzuholen und ihnen zu vermitteln, sie werden ernst genommen.

Darüber hinaus ist eine direkte Unterstützung notwendig, auch materielle Unterstützung. Dringend benötigt wird ein Fonds, aus dem zugleich Kosten für Rechtshilfe und unbürokratische Unterstützung für betroffene ALG II-EmpfängerInnen finanziert werden können, doch dazu fehlt das Geld. Durch die Initiativen von Betroffenen sind bereits viele gute Ansätze des Widerstands gegen »Hartz« entwickelt worden, jetzt müssen die Proteste auf eine breitere Basis gestellt und die Öffentlichkeit noch besser erreicht werden. Hoffen wir also, dass sich trotz der restriktiven Bedingungen zahlreiche kreative Aktionen organisieren lassen und sich genug Mutige finden, die Missstände und Zumutungen öffentlich machen.●

Die Autorin ist Mitglied der Initiative »anders arbeiten« und ist für soziale Projekte in Berlin tätig.

Anmerkungen:

1) Bundesagentur für Arbeit am 18.08.2004
2) Quelle: ww.tacheles-sozialhilfe.de
3) Harald Wolf, Berliner Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen am 12. Oktober 2004
4) Pressemitteilung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport am 19.11.2004
5) Frankfurter Rundschau v. 08.10.2004
6) Senator Harald Wolf am 12.10.2004
7) Ver.di Newsticker v. 19.09.04

Hartz IV und die Folgen für Frauen

Die Proteste gegen Hartz IV hatten wenig Erfolg, die Regierung blieb stur, Hartz IV wurde am 1. Januar 2005 eingeführt. Frauen sind besonders betroffen. Durch die Anrechnung von Partnereinkommen gehen viele Frauen leer aus.

Zukünftig beim Mann um ein Taschengeld betteln? Foto: AP/Thomas Kienzle

Von Anne Seeck, Redaktion Sozialpolitik ● Mit Hartz IV ist damit zu rechnen, dass viele arbeitslose Frauen überhaupt keine staatliche Unterstützung mehr bekommen. Schon jetzt haben viele Frauen keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe oder bekommen nur wenig Geld, 85% der Frauen weniger als 600 Euro Arbeitslosenhilfe, jede 5. Frau weniger als 300 Euro. Nur 22% aller arbeitslos gemeldeten Frauen im Westen bekommen Arbeitslosenhilfe, 40% keine Lohnersatzleistungen. Im Osten ist das Verhältnis 47,3% zu 20%. Schon durch Hartz II von Anfang 2003 wurden die Anrechnungsbestimmungen von Partnereinkommen und Vermögen verschärft, so dass über 180.000 Arbeitslosenanträge abgelehnt wurden. Mit Hartz IV werden durch die Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen ca. 500.000 der derzeit über 2 Millionen ArbeitslosenhilfebezieherInnen leer ausgehen, das sind 23%, meistens Frauen aus Ostdeutschland. Die Abhängigkeit vom Mann wird durch das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft zementiert, denn es gibt keinen Anspruch auf eine individuelle Existenzsicherung.

Ostdeutsche Frauen mit langjähriger Berufserfahrung sollen beim Mann um Taschengeld betteln

Es ist eigentlich unvorstellbar, was die Situation von arbeitslosen Frauen in den neuen Bundesländern nach 15 Jahren Kapitalismus betrifft. In der DDR waren ca. 91% der Frauen erwerbstätig, 90% der Frauen hatten mindestens ein Kind. Vereinbarkeit von Beruf und Familie standen im Zentrum der Politik. Ich würde zwar nicht von wirklicher Gleichberechtigung sprechen, Frauen saßen selten in den Zentralen der Macht, überall waren ihnen die 2. Plätze zugewiesen, Frauen verdienten ca. 25-30% weniger als Männer, sie besetzten meistens traditionelle Frauenberufe, oftmals wurden sie unter ihrem Qualifikationsniveau eingesetzt. Die Strukturen der Arbeitswelt waren patriarchal, wie auch die gesamte Gesellschaft. Im Alter lebten Frauen häufig in Armut. Und trotzdem war vieles positiv zu bewerten, die Frauen waren oft gut ausgebildet, sozial abgesichert und vom Mann wirtschaftlich unabhängig. Alleinerziehende wurden besonders gefördert, die Scheidungsrate war hoch. Diese Unabhängigkeit wird ihnen jetzt genommen, wie muss sich wohl eine Frau fühlen, die viele Jahre in der DDR gearbeitet hat, Kinder großgezogen hat, sich nach der Wende durch ABM-Stellen hangelte und jetzt komplett aus der Arbeitsförderung herausfällt und zudem beim Mann um Taschengeld betteln muss...

In der Normalfamilie gibt es kein Zurück zur Versorgerehe – trotzdem tradiertes Familienmodell mit Haupternährer und Frau als Zuverdienerin

Schon im Bayrisch-Sächsischen Zukunftsbericht 1997 wurde die Schuld an der hohen Erwerbslosigkeit der Erwerbsneigung der Frauen in Ostdeutschland gegeben. Aber in der Normalfamilie gibt es kein Zurück mehr zur Versorgerehe der 50er Jahre in Westdeutschland, denn viele Familien sind auf den Zuverdienst der Frauen angewiesen. Das Ende der Arbeitsgesellschaft ist nämlich durch das Ende der männlich-erwerbszentrierten Gesellschaft gekennzeichnet. Soziologen sprechen von einer Feminisierung und Hausfrauisierung der Arbeit, auch immer mehr männliche Normalarbeitsverhältnisse werden in prekäre Beschäftigung umgewandelt. Feminisierung bedeutet den Anstieg diskontinuierlicher Erwerbskarrieren, ungeschützter Arbeitsverhältnisse, nicht-existenzsichernder Teilzeitarbeit und befristeter Arbeitsverträge. Frauen werden zunehmend prekär in den Arbeitsmarkt integriert, Erwerbsarbeit wird »hausfrauisiert«.

Der Run auf prekäre Beschäftigung wird steigen, denn das eigentliche Ziel von Hartz IV ist die Verbilligung der Ware Arbeitskraft

Mit Hartz IV ist (fast) jede Arbeit zumutbar. Frauen werden hauptsächlich prekär arbeiten. Frauen, die ganz aus der Arbeitsförderung herausgefallen sind, werden vermehrt in Minijobs und Leiharbeit drängen. Schon jetzt betrage der Frauenanteil bei den geringfügig Beschäftigten im Westen 65,5% und im Osten 56,8%, so der DGB. In einigen Wirtschaftszweigen arbeiten bis zu 80% Frauen. Besonders betroffen von den Minijobs ist der hauswirtschaftliche und pflegerische Bereich. Dabei werden Normalarbeitsplätze von Altenpflegerinnen, Erzieherinnen, Krankenpflegerinnen und Hauswirtschafterinnen in Minijobs umgewandelt. Jobs, von denen die Frauen nicht leben können und keinen sozialen Schutz erwerben.

Frauen, die noch Arbeitslosengeld II erhalten, werden wiederum zu Ein-Euro-Jobs herangezogen. Da die Einsatzgebiete vor allem im sozialen Bereich liegen und soziale Kompetenz gefordert ist, werden die weiblichen Ein-Euro-Jobberinnen wieder hauptsächlich weibliche Normalarbeitsverhältnisse gefährden, soweit die im sozialen Bereich noch vorhanden sind. Die Familienministerin Renate Schmidt führte an, dass 35.000 Tagesmütter benötigt würden, nach dem Motto: Zum 1-Euro-Job verpflichtete Mütter kümmern sich um die Kinder anderer Mütter, damit diese ebenfalls zu 1-Euro-Jobs verpflichtet werden können.

Die feministische Forderung nach ausreichender staatlicher Kinderbetreuung ganz auf Regierungslinie – warum gerade jetzt?

Was aus der westdeutschen Frauenbewegung geworden ist, die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten verdeutlichen es. In einem Offenen Brief heißt es: »Grundsätzlich haben sich die kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ausgesprochen.« Nur an der Ausgestaltung wird etwas herumgekrittelt. Positiv bewerten sie, dass Frauen jetzt mit Kindern unter 3 Jahren als arbeitsfähig gelten (§8 Abs.1 SGB II).

Was staatliche Kinderbetreuung heißen kann, kenne ich bereits aus der DDR. Ich werde es nie vergessen, wie Babys in der Krippe lagen und die Mütter von 7-16 Uhr arbeiteten. Ob sie wohl jemals eine Beziehung zu ihrem Kind aufgebaut haben? Die Normalbiographie von Kindern in der DDR war durch öffentliche Institutionen geprägt. 84% der Kinder unter 3 Jahren besuchten durchschnittlich 9 Stunden täglich eine Krippe, 95% der Kinder ganztags einen Kindergarten, 80% nach der Schule den Hort.

Und auch hier in Berlin kündigt sich an, was staatliche Ganztagsbetreuung bedeutet. Die gesamte alternative Schülerladenstruktur in den Westberliner Innenstadtbezirken ist gefährdet, weil an den Schulen Ganztagsbetreuung stattfinden soll und die Schülerläden zum Weiterbestehen Kooperationsverträge mit den Schulen benötigen. Die Schulen sind aber meistens nicht bereit, solche Verträge abzuschließen, weil die Schülerläden ihnen zu autonom sind. Viele Feminstinnen sollten vielleicht darüber nachdenken, ob es so gut ist, wenn der Staat wie in der DDR ihre Kinder so frühzeitig unter seine Fittiche nimmt. Was bedeutet denn heute staatliche Erziehung? Es geht um die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft, Anpassung an die Erfordernisse der Arbeitswelt. Damit Frauen den Ansprüchen des Arbeitsmarktes genügen, geben sie ihre Kinder in die Obhut des Staates, der die Kinder wiederum für den Markt fitmacht. Ein Kreislauf, und wenn sie versagen, sind nicht gesellschaftliche Ursachen wie das einfache Fehlen von Arbeitsplätzen Schuld, sondern sie selbst. Die boomenden Volkshochschulkurse zum Selbstmanagment geben dann die Anleitung, wie mensch sich verändern muss, um nicht zu den Überflüssigen zu gehören.

Der staatliche Umgang mit den Überflüssigen

Und wenn frau dann schon überflüssig ist, wird frau durch den Staat »betreut«. Der Staat mischt sich in Form der FallmanagerInnen in das Leben der arbeitslosen Frauen ein. In einer Eingliederungsvereinbarung werden alle Pflichten, natürlich vor allem der Betroffenen, festgelegt. Eine Vertragsfreiheit gibt es für Arbeitslose nicht. Bereits in dem 16-seitigen Arbeitslosengeld-Antrag wird der »Bedürftige« ausgeschnüffelt, in einem Profiling wird danach die gesamte Persönlichkeit durch FallmanagerInnen ausgekundschaftet. Dann wird mensch solange drangsaliert, durch Trainingsmaßnahmen etc. in Bewegung gehalten, bis mensch schließlich bereit ist, jegliche Arbeit anzunehmen. Ansonsten wird mit Sanktionen gedroht, jeweils um 30%ige Kürzungen des Alg II (345/331 Euro+Miete). Jugendliche bis 25 erhalten nach der 1. Sanktion keine Geldleistungen mehr, dafür z.B. Lebensmittelgutscheine, auch bei Erwachsenen können die Leistungen ganz gestrichen werden. Hartz IV bedeutet sowohl für Frauen und Männer Armut, die Altersarmut ist bereits vorprogrammiert.

Die Armut wird 2005 zunehmen und der Sozialabbau wird weitergehen, besonders die ArbeitnehmerInnenrechte, Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Flächentarif stehen im Visier der Wirtschaft, dem wird sich die Politik bald widmen. Durch die weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird auch das Leben für Frauen in dieser Gesellschaft immer schwerer. Heute geht es nicht nur um Erwerbsbeteiligung, sondern um den Kampf gegen Arbeitszwang (*), eine autoritäre Arbeitsgesellschaft und Neoliberalismus. Wehren wir uns!●

Info: www.andersarbeiten.de

* Das vieldiskutierte (westdeutsche) feministische Thema Reproduktionsarbeit habe ich nicht angeschnitten, Literatur ist hier ja ausreichend vorhanden.

GLOSSE

Eine Zwei-Flaschen-Gesellschaft

Ein Antagonismus besonderer Art ziert die Geschichte dieses unsres Volkes. Reich an Denkern, Dichtern und Despoten ward es doch allemal geschlagen, zog nach Haus: die Enkel sollten's besser ausfechten. Von wegen. Wo in anderen Ländern Klassenantagonismen Umstürze hervorriefen, herrschte im deutschen Lande Biedermeiers Gemütlichkeit: der ostelbische Junker handelte mit dem Arbeiteraristokraten den »Sozialstaat« aus, der jetzt am Ende ist. Die Gläser klirrten: des Kaisers blieb, was des Kaisers ist. Ein Antagonismus der Flaschen, nicht aber der Klassen.

Von Kurt Regenauer aus der Paulskirche (Red. Sozialpolitik) ● Ein Stückweit ist es daher auch eine Geschichte besonders perfider Herrschaft, die 2005 mit dem Sozialstaat Bismarck'scher Prägung seinen endgültigen Bankrott erklärt. Erinnern wir uns einfach. Einher mit dieser Abkehr vom Manchester-Kapitalismus gingen die Sozialisten-Gesetze. Die Nation wurde aus Versaille von Kaiser's Kanzler verkündet. Der Stand der Obrigkeit läutete eine Ära ein, in der es wieder schick sein sollte, deutsch zu sein. Mit Tschingderassabum, feudalem Aberwitz, aber auch mit Krupp-Stahl und halbwegs menschenwürdigen Arbeiterkolonien im Kohlenpott.

Die Kehrseite der Medaille waren Gräber in Verdun und Gaskammern in Auschwitz. Und auch das Ehrhardt'sche Revival des Sozialstaats als »soziale Marktwirtschaft« konnte nie übertünchen: diese Nation war am Ende, bevor sie überhaupt einen Anfang hatte. Bevor der Prototyp des urdeutschen »Untertan« überhaupt einer Chimäre von Bürgerfreiheiten weichen konnte und einmal »Demokratie gewagt« wurde, war bereits das Zeitalter der globalen Entfesselung des Kapitals angesagt. Der »Einheitsboom« konnte dies nur kurzfristig überspielen und war nur mehr eine Generalprobe auf modernes Raubrittertum, durch Treuhand ermöglichte Industriedemontage und flächendeckende Pauperisierung.

Damals ging es ein paar wilde Jahre lang »nur« um neue Länder, die entvölkert und verarmt wur-

den – heute geht es ums Ganze. Und bevor »das Volk« es eigentlich gelernt hatte, Souverän zu werden, war es dafür schon längst zu spät. Denn jetzt geht es nur noch um die Souveränität aller Völker, die gnadenlos gegeneinander ausgespielt werden sollen. So wollen es die Börsenheinis auf der ganzen Welt. Die Kulissen wurden einfach neu gesetzt: heute konkurrieren Bochumer Kumpel eben mit denen aus Bratislava oder Bombay und der Finanzplatz Frankfurt mit den Cayman-Inseln oder Hongkong. Darf es noch weniger sein für Lohnarbeit sowie »Sozialklimbim« und noch weniger Steuern für die Unternehmen in der »Standortkonkurrenz« – so wird heute gefragt. Sonst gebe es kein »Wachstum«.

Das so resultierende Elendswachstum hingegen wird klaglos hingenommen. Die modernen Lehnsherren und ihre Vasallen kommunizieren einfach besser. Fast scheint es so, dass sich eine nahtlose Kette von Entwicklungskatastrophen hingezogen hat vom Zeitalter der Aufklärung (in Deutschland eine Show vom Alten Fritz, seinen Hofpoeten und -narren) bis hin zum Zeitalter der Hartz-Aufklärung. Jüngste PISA-Studien legen dies nahe. Dazwischen gab es Peinlichkeiten wie den lächerlichen Volksaufstand 1848, Strohfeuer wie nach dem Ersten Weltkrieg in Kiel, Berlin, im Kohlenpott und Bayern. Zuletzt lachte trotzdem immer die Obrigkeit.

An solchem deutschen Wesen wird nimmermehr die Welt genesen. Diese Zwei-Flaschengesellschaft ist die Fortführung des Mittelalters mit modernen Mitteln, bei dem die eine Flasche eben Schröder und die andere Merkel heißt. Hinter ihnen ein ganzer Karnevalszug von Politikern und Polizisten, Pensionisten und Prokuristen, Bürokraten und Bedenkenträgern: ihr Job ist es Armut zu erklären und zu verwalten, oder – falls Ruhestandsmillionen anfielen, einfach das Leben zu genießen. Denn Genussscheinerträge der Couponabschneider (Aktienbesitzer), Pensions- und Ruhestandslasten sowie natürlich die Verwaltungskosten der Armut würden den erheblichen Anteil der überhöhten Staatsverschuldung egalisieren.

Eine Revolution stünde seit fünfhundert Jahren an. Solange hatte sich in Deutschland zuwenig geändert. Ändern wir es jetzt. 1.000 Euro Grundeinkommen und selbstorganisierte Arbeit für jeden sollten möglich sein. Oder leben wir in einer Nurnoch-Flaschen-Gesellschaft?●

EVANGELISCHER ENTWICKLUNGSDIENST STREICHT FÖRDERGELDER

»YOMANGO – den Zeichen des Lebens folgen?«

Das Wort »YOMANGO« (»ich klaue«) ist spanischen Ursprungs und soll das »symbolische« Befriedigen der eigenen Bedürfnisse thematisieren, zum Nachdenken anregen, aber auch die Konsumgesellschaft in Frage stellen. Eine Aktionsform, die bei dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) nicht gut ankommt und dazu führte, dass kurz vor Jahresende der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) die gesamten Zuschüsse in Höhe von 30.000 Euro für das Jahr 2005 gestrichen wurden.

Dieter Poschen, Redaktion Heidelberg ● In Kassel hatten linke Aktivisten am Rande des 28. BUKO-Kongresses bei einer Aktion mit der Bezeichnung »Kassel umsonst« in der Innenstadt Kleidungsstücke aus dem Geschäft der Bekleidungskette »H&M« entwendet und »der Bevölkerung zur Verfügung gestellt« (s. CONTRASTE Nr. 237, S. 1). Die als Performance gedachte Aktion in Anlehnung an die spanische Initiative »YOMANGO« (www.yomango.org) sollte nach Angaben der Veranstalter auf die wachsende Armut und die Arbeitsbedingungen in der Bekleidungsindustrie aufmerksam machen. In einer Polizeimeldung dazu hatte es geheißen: »Bei dieser Teilveranstaltung schlossen sich ca. 200-300 Personen der linken Szene ohne Willen der Veranstalter an.«

Die Bezuschussung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit der BUKO bestand der Geschäftsstelle zufolge aus einer jährlichen institutionellen Förderung für die Geschäftsstelle und der jährlichen Förderung des BUKO-Kongresses. Die Arbeit der Bundeskoordination Internationalismus sei damit »akut gefährdet«. »Der EED hat eine politische Entscheidung getroffen! Linke internationalistische Politik wird von der evangelischen Kirche nicht mehr unterstützt. Zur Zeit ist offen, wie die Arbeit der BUKO in Zukunft weitergeführt werden kann«, heißt es in einer Mitteilung der BUKO.

EED-Sprecherin Barbara Riek erklärte gegenüber der Zeitung »Neues Deutschland«, ihr sei bewusst, dass durch den Entzug der Zuwendungen die Arbeit des BUKO als Dachverband von 150 Dritte-Welt- und entwicklungspolitischen Gruppen gefährdet sei. Es sei aber nicht zu verantworten, dass der Name des Entwicklungswerks der evangelischen Landeskirchen mit Vorgängen wie in Kassel in Zusammenhang gebracht werde.

Die Entscheidung des EED habe »eine enorme Tragweite für die BUKO«, erklärte die Geschäftsstelle, die sich nach eigenen Angaben »der Kritik des EED an der Aktion durch Diskussionen gestellt« hat und auch der »intern höchst umstrittenen« Aufforderung des EED nachgekommen sei, sich öffentlich von der Aktion zu distanzieren. Vom 18. bis 20. März 2005 soll sich der »BUKO-Ratschlag« mit dem Thema befassen.●

Quellen: Pressemitteilung BUKO, 21.12.2004. epo.de

Was ist YOMANGO?

YOMANGO ist ein Markenartikel der anderen Art. Es geht um die freie Zirkulation von Wünschen, Bedürfnissen und Waren, metaphorisch und ganz konkret. Lebensmittel werden zum gemeinsamen Konsum angeeignet, Kaufhäuser und Bankfilialen in Partyzonen umgewandelt, es gibt eine Kollektion von spezieller Kleidung und Accessoires, und eine Werbecampagne, die gekonntes Subvertising und zahlreiche PR-Veranstaltungen in Spanien, Italien, der Schweiz und auch in der BRD beinhaltet.

Die *kommunikationsguerilla* hat einen kleinen Text aus dem spanischen als Kostprobe übersetzt:

YOMANGO – glänzt durch Abwesenheit

»Achtung: Dies ist nicht das, was du siehst, sondern das, was dahinter ist.«

Wenn Du YOMANGO suchst, wirst du es im Leben nicht finden. YOMANGO ist nicht da, und wird auch niemals da sein. Es ist unaufhaltsam. Wenn du nicht danach suchst, ist es überall. Da wo der Kapitalismus seine Einkaufszentren ausbreitet oder dein Begehren erobert, wirst du YOMANGO finden.

YOMANGO ist in Bewegung, ohne eigenen Ort, bewegt sich im Raum des Anderen. Ohne die Strategien der Mächtigen kann YOMANGO nicht das gleiche tun wie diejenigen, die den Zirkus der Märkte besitzen – und so lenkt es den Gebrauch von Waren um. YOMANGO ist Mikro-Widerstand, verkehrt die Codes, die der Kapitalismus in unser Leben hineinzwingt, in ihr Gegenteil.

YOMANGO besteht nicht aus Waren oder Dingen, sondern aus Anwendungen und Aktionen und Kettenreaktionen, ist Praxis, die diejenigen verändert, die sie ausüben. Die wuchernde Ausbreitung anonymer Kreationen, die das Leben ausmachen und die nicht in Kapital umgewandelt werden können. YOMANGO bewegt unvermutete Ressourcen, verborgen in ganz normalen Leuten, die ihrerseits die Grenzen des Einflusses verschieben, den die Mächtigen über die anonymen Massen haben.

YOMANGO interessiert sich wenig für die mehr oder weniger kulturellen Produkte, die auf dem Markt der Waren angeboten werden. YOMANGO benutzt diese Güter, als Teil einer gemeinsamen Alltagskultur, soweit sie – und wir wissen, wovon wir reden – eine Kultur der Aneignung und Wiederaneignung ist, des Gebens und Nehmens von einer Hand zur nächsten. YOMANGO ist, wie du vielleicht schon weißt, auch Genuss. Ein Genuss, der wie immer, wenn etwas sich vom Tauschwert emanzipiert hat, subversiv ist. YOMANGO ist die Subversion der Schwachen.

Mit YOMANGO brauchst du nichts zu kaufen, mit YOMANGO kannst Du einfach YOMANGO sein. Das ist sehr wichtig, weil genau in dieser Qualität die größte Angst der multinationalen Konzerne liegt – und die würden YOMANGO nur zu gerne loswerden. Sie können nicht ertragen, dass YOMANGO ein Markenname gerade für die ist, die keinen Ort im Markt finden können, im freien Markt des Freihandels. Sie können nicht ertragen, dass YOMANGO ein Lebensstil ist, der nicht von Neuheit oder Quantität abhängt, oder von der Dummheit der Massen. Und vor allem können sie nicht damit umgehen, dass jemand anderes außer ihnen selbst Glück stiehlt, dein Glück, das sie Dir um jeden Preis verkaufen wollen.

YOMANGO: Den Zeichen des Lebens folgen.

10 Tips für ein Leben im YOMANGO-Stil:
http://kommunikationsguerilla.twoday.net/stories/215046/

Aufruf: 300 x 100 Euro für die BUKO

Der 28. Bundeskongress der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) war mit 800 TeilnehmerInnen einer der größten seit vielen Jahren. Der BUKO ist es in den letzten Jahren erfolgreich gelungen, ihr Themenspektrum zu erweitern und neue Brückenschläge zu versuchen. Diese Entwicklung weiter voranzutreiben, dafür braucht es eine starke BUKO-Struktur. Und genau diese ist zur Zeit akut gefährdet!

Die H&M-Aktion am Rande des letzten BUKO-Kongresses in Kassel hat hohe Wellen geschlagen, nicht nur in Kassel und innerhalb der BUKO – das hätte sich produktiv wenden lassen. Leider haben daraufhin Geldgeber, namentlich der Evangelische Entwicklungsdienst (EED), ab 2005 ihre jährliche institutionelle Förderung für die BUKO-Geschäftsstelle und die jährliche Kongressförderung von jeweils 15.000 Euro komplett gestrichen. (Weitere Informationen zu der Streichung der EED Gelder unter www.buko.info)

Doch zukünftige Projekte wie der BUKO-Kongress 2005 sind bereits in Vorbereitung. In Hamburg hat es erste Treffen gegeben, um den programmatischen Titel »Innere und Äußere Landnahme« fassbar zu machen und einen attraktiven Kongress zu organisieren. Weitere BUKO-Seminare sind geplant und der alljährliche BUKO-Ratschlag soll sich mit der weiteren Entwicklung der BUKO beschäftigen. Alle diese Projekte sind zumindest in ihrer jetzigen Form akut gefährdet. Wie immer ist eine aktive Teilnahme an den verschiedenen BUKO-Projekten gefragt und nötig. Aber genauso dringend benötigt die BUKO nun Eure finanzielle Unterstützung, um überhaupt den Rahmen für linke internationalistische Arbeit erhalten zu können.

Wir rufen daher dazu auf, die BUKO jetzt finanziell zu unterstützen. Die Initiative »300 x 100 Euro« will 300 Menschen finden, die jeweils 100 Euro spenden.

● 300 x 100 Euro sind nötig, um die vom EED gestrichenen Gelder zu ersetzen.
● 300 x 100 Euro würden vorerst das Weiterbestehen der BUKO in der jetzigen Form für 2005 sichern.
● Auch 3.000 x 10 Euro kommen zum selben Ergebnis. Soll heißen, dass natürlich auch geringere Beiträge gespendet werden können. Jede Spende hilft!

Unser Spendenkonto:
Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit, Ev. Darlehensgenossenschaft Kiel, BLZ 210 602 37, Kto.: 234 389
Spenden sind steuerlich absetzbar. Bis EUR 100 gilt der Einzahlungsbeleg als Quittung gegenüber dem Finanzamt. Der Rechtsträger der BUKO ist der Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit e.V., der auch dessen Finanzgeschäfte abwickelt.

PLANSPRACHE

Lingua Franca Nova

Gibt es eigentlich viele Simultanübersetzer für Estnisch-Portugiesisch, wie sieht es mit Niederländisch-Slowakisch aus? Es kann doch jeder Englisch, oder? Solange deutsche Touristen in britischen Speiselokalen ankündigen »I become a chicken«, sollten wir uns darüber keine Illusionen machen. Auch nicht solange viele den Werbeslogan »Come in and find out« als »Komme rein und finde wieder heraus« übersetzen, wobei diese Interpretation eine tiefere Wahrheit offenbart.

Stefan Fisahn, Stuttgart ● Englisch wurde nicht internationale Verkehrssprache weil es besonders regelmäßig oder eindeutig in der Aussprache ist. Die Dominanz von Englisch ist das Resultat politischer und wirtschaftlicher Dominanz der USA. Diese Tatsache ist noch kein Argument gegen Englisch, aber Englisch muss nicht die letzte Antwort bleiben auf die Frage – welche Sprache kann uns zur internationalen Kommunikation am besten dienen.

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

15. Jahrgang, Nr. 60, Dezember 2004, 224 Seiten

Konzentration, Monopol, Politik

Gallinge – Großkapital: Konzentration und Gruppenstruktur / Bontrup – Die neuen Energiegiganten

Soziale Protestbewegungen III

Werner – Es ging um mehr als Hartz IV

Marx-Engels-Forschung

Büttner – Marx after Walras? / Scheele – Politische Ökonomie und Theoriegeschichte der Arbeiterbewegung: Conrad Schmidt

Gesellschaftstheorie

Tjaden-Steinhauer / Tjaden – Homo sapiens sapiens, der „geistbegabte Akteur"? / Stiehler – Natur, Gesellschaft, Humanität / Braun – Ganzheitliche Reproduktion des Lebens versus totalisierte Vermarktung

Und: Maretzky – Mutmaßungen zur Arbeiterklasse / Römer – Marxist und Jurist in zwei deutschen Staaten: Uwe-Jens Heuer

Sowie: Berichte, Diskussionen, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt:

Z-Vertrieb:
Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M. Telefon / Fax 069 / 53 05 44 06
e-mail: redaktion@zme-net.de
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de

Lingua Franca (oder auch »Sabir«) kannte keine Geschlechter, kein Plural, keine Beugungen. Die Pronomen erfuhren keine Veränderung als Objekt oder in der besitzanzeigenden Form. Kann man sich so überhaupt unterhalten? Man kann – vielleicht eingeschränkt, aber die Anwendung war ja auch eingeschränkt. Pidginsprachen haben zwei mögliche Perspektiven, sie sterben (wie Russennorsk an der norwegischen Küste oder Unserdeutsch in Papua Neuginea) oder werden zur Vollsprache, zur Kreolsprache. Kreolsprachen werden im Gegensatz zu Pidginsprachen als Muttersprache verwendet und entwickeln sich lexikalisch weiter unter Beibehaltung einer einfachen Grammatik.

Beispiele sind das Tok Pisin auf Papua Neuginea, Seselwa auf den Seychellen, Papiamento auf den ABC-Inseln und Haiti-Kreol. Diese Sprachen sind inzwischen Nationalsprachen und es wurden Rechtschreibregeln definiert. In Kreolsprachen wird publiziert und es gibt Radiosendungen, wobei der soziale Status von Kreolsprachen unterschiedlich ist.

Zurück zu Lingua Franca, diese erste Pidgin-Sprache (oder zumindest die erste von der wir wissen) diente George Boeree als Inspiration für Lingua Franca Nova. Wichtige Prinzipien von LFN sind Phonetik, Harmonie und Einfachheit. Ein schwieriger Balanceakt zwischen dem schematischen Ansatz von Esperanto und dem naturalistischen Ansatz von Interlingua. LFN generiert seinen Wortschatz aus romanischen Sprachen. Namentlich sind das Französisch, Italienisch, Portugiesisch, Spanisch und Katalanisch. Außer Katalanisch sind das auch die Quellsprachen für Interlingua. Interlingua ist die clevere Schnittmenge aus diesen Sprachen, allerdings wurden auch einige Unregelmäßigkeiten in Rechtschreibung und Phonetik übernommen.

Lingua Franca

Wenn es Lingua Franca Nova gibt, gibt es dann auch eine alte Version? Ja die gibt es. Der Begriff Lingua Franca wird als Synonym für Verkehrssprachen verwendet, aber Lingua Franca war auch tatsächlich eine Sprache. Lingua Franca war ein Pidgin, eine Handelssprache die im Mittelmeerraum vom 14. bis zum 19. Jahrhundert im Gebrauch war – eine Mischung aus Italienisch, Occitan und Katalanisch mit Einflüssen von Spanisch, Portugiesisch, Kroatisch, Griechisch, Türkisch und Arabisch. Die Grammatik war extrem vereinfacht.

Der Definition »Sprache ist Konvention« folgend, gibt es Versuche neue Konventionen einzuführen, Sprache zu planen, Sprache selber zu machen. Die bekannteste Plansprache ist Esperanto, aber nicht die einzige. Eine genauere Betrachtung verdient Lingua Franca Nova (LFN), eine Plansprache die von Dr. C. Goerge Boeree, Shippensburg University / Pennsylvania, seit 1965 entwickelt wird. Goerge Boeree ist die treibende Kraft, aber er entwickelt die Sprache nicht alleine, dazu später mehr.

Zmrzlina und Jäätelöä

Es fällt auf, dass sich viele Plansprachenprojekte auf romanische Sprachen beziehen. Das bietet sich an, denn trotz der Unterschiede gibt es eine große gemeinsame lexikalische Basis im einstigen Vulgärlatein. Eine gemeinsame lexikalische Basis haben auch die slawischen Sprachen, und es gibt tatsächlich mit Slovio den Versuch, eine slawisch basierte Plansprache zu bauen, aber die slawischen Sprachen bereiten bei der Aussprache durch Ihre Vokalarmut Schwierigkeiten. Wer in Prag Lust auf Eiscreme hat, sollte sich nach Zmrzlina erkundigen, die Finnen beweisen, es geht auch anders – in Helsinki sollte man nach Jäätelöä fragen.

Da geht es in den romanischen Sprachen ausgewogener zu. Per LFN würde man nach crema jelada fragen. Ein paar Vorzüge von LFN: Die Aussprache ist einheitlich, die Schreibweise phonetisch und regelmäßig, ohne dass dabei Sonderzeichen wie in Esperanto verwendet werden. Verben werden nicht gebeugt, grammatikalische Zeiten werden durch Indikatoren angezeigt: scriver – schreiben, me scrive – ich schreibe, tu scrive – du schreibst, me ia scrive – ich schrieb, me va scribe – ich werde schreiben, me ta scrive – ich würde schreiben ... usw.)

Substantive können als Verben, Verben können als Substantive verwendet werden, eine klare Trennung zwischen Adjektiven und Adverbien besteht nicht. Eine Anzahl von Präfixen und Suffixen zur Bedeutungserweiterung oder Einengung stehen zur Verfügung. Die Grammatik ist in einer Stunde zu lernen, dazu noch 1.400 Basiswörter, und man kann sich schon angeregt unterhalten.

Alles in allem strahlt LFN durch seine Kreolgrammatik Leichtigkeit aus. Man traut sich schnell los zu legen und ich kenne keine Sprache, die schneller zu erlernen wäre – und dennoch hat die Sprache lexikalische Vielfalt und Kraft. Fehlende Wörter können integriert werden, dazu gibt es klare Regeln und Hinweise zur Transskription. Die Kreolgrammatik ist es, die den Sexappeal von LFN ausmacht, hier wurde auch nicht deduktiv von einem Mensch erdacht was nie wieder reformiert werden darf. Goerge Boeree ist ein offener Geist, er hat es verstanden als Moderator die vielen Vorschläge zu koordinieren, vor zwei Jahren etwa wurde LFN mit dem Sprachprojekt »Europidgin« vereint.

Auch das ist ein Unterschied zu anderen Sprachprojekten die oft wie Religionen gehandelt werden und bei denen es eher zu einem Schisma als zu einer Reform kommt. Übersetzungen haben gezeigt dass die Grammatik tauglich ist, am dynamischsten ist im Moment die Vokabularentwicklung, auch dies geschieht im öffentlichen Diskurs.

Wie werden sehen ob wir LFN zu einer gesprochenen Sprache entwickeln können, eine Entwicklung die bislang unter den Plansprachen nur Esperanto gelungen ist und das dafür großen Respekt verdient. Erfolgsdruck gibt es nicht, scheitert LFN – so werden wir die Gewissheit haben, an einem Projekt teilgenommen zu haben, das uns etwas über Sprache lehrte, uns zu interessanten Menschen führte und Spaß gemacht hat.

Die Sprecher von LFN treffen sich derzeit ausschließlich im Internet in der Newsgroup und im Wiki-System. Zu beiden Kanälen findet man über die zentrale LFN Internetseite www.lingua-franca-nova.net, dort findet man auch ausführliche Sprachbeschreibungen und Lernmaterialien. Zum Abschluss noch eine kurze Leseprobe in LFN, es handelt sich um eine Übersetzung von Kafkas Text »Heimkehr« von 1927.

In drei Sätzen ist die Aussprache erklärt: c – immer wie k, j – wie in Jalousie, s – immer ein scharfes, stimmloses s, v – wie w, x wie das deutsche sch und z wie ein weiches, stimmhaftes s, alle anderen Buchstaben wie im Deutschen. Die Diphtonge sind ai, au, oi und eu.

Die Betonung liegt auf dem Vokal vor dem letzten Konsonant, wenn es kein Vokal vor dem letzten Konsonant gibt wird der erste Vokal betont.

Revenir a casa (Franz Kafka: Heimkehr)

Me ia reveninte, me ia pasea tra coredor e regarde a sirca me. El es le ferme vea de me padre. La acueta media. Vea, no usable aparatas, poneda in se, bloco la via a scala de fondo. La gato senta estpeteda supra rel de scala. Un telon aserada, un vice envolveda sirca bara, leva se en venta.

Me es arivante. Ci va reseta me? Ci espeta pos la porta de la cosina? Fuma veni da ximine, cafe per come de sera es coceda. Es ce tu sense a casa? Me no sabe, me es vera nonsecura. Si esta es le casa de me padre, ma peso sta prosima peso fria, ce cada es ocupa con se cosas, cual me parte ia oblida, parte ia conose a no tempo. Come me pote servi a los, ce me es per los, ance me es la fio de me padre, la fermor vea.. E me no osa toca a la porta de cosina, sola escuta stante da distantia, no esta modo, ce me pote surpresada como escutor. E per ce me escuta stante da distantia, me escuta no cosa, me sola escuta orolojo colpa cuieta o me posable creda escuta lor da dias de enfantia. Ce ocure otra en la cosina, es la secreta de la sentados ala, ce los asconde de me. Plu longa tu retarda ante la porta, plu stranje deveni tu. Como poto es, ce esta ora alga person abri la porta e vole demanda me alga. Pote me no ance alga persona ci vole aconde el secreta.●

Betriebswirtschaftslehre förderwirtschaftlicher Unternehmen

»Die Genossenschaften ... müssen selbstbewusst dafür eintreten, dass genossenschaftliche Kooperation mit ihrer demokratischen Grundstruktur, ihrer besonderen Einstellung zu Kapital und Gewinn und ihrer Präferenz für Zusammenarbeit statt Konkurrenz als eine realistische, zukunftsgerichtete Alternative zur kommerziellen, gewinnorientierten Unternehmung anerkannt wird, von der andere lernen können und dass Gewinnorientierung und Streben nach shareholder value nicht die einzigen Beweggründe sind, Unternehmen zu errichten und zu betreiben,« so fasst Hans-H. Münkner die Ergebnisse eines Fachgesprächs mit dem Titel »Nutzer-orientierte« versus »Investor-orientierte« programmatisch zusammen. Münkners Überlegungen in der gleichnamigen Veröffentlichung enthalten viele zukunftsweisende Anregungen, wie eine andere Form der Betriebswirtschaftslehre entwickelt werden könnte.

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● »Was das äußere Erscheinungsbild angeht, so werden Genossenschaften und ihre Besonderheiten von vielen Betriebswirten nicht wahr oder ernst genommen und deshalb auch nicht verstanden, gelehrt und von beratenden Berufen nicht empfohlen, wie sich zuletzt nach der Wende in den neuen Bundesländern mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt hat«, so die einfache, aber zutreffende Nennung eines wichtigen Grundes von Hans-H. Münkner, weshalb Genossenschaften in Deutschland an Bedeutung verlieren. Dieser Tendenz entgegensteuern würde Münkner gerne mit einem eigenen Ansatz: einer förderwirtschaftlichen BWL.

Abgrenzung zum Profitunternehmen

Dahinter steckt die Auffassung, dass Genossenschaften, gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Soziale Betriebe, gemeinnützige Organisationen oder Non-Profit-Betriebe sich durch etwas Gemeinsames auszeichnen: den Förderauftrag. Dieser kann in der Förderung der Mitglieder, von Nutzern oder anderen Begünstigten wie beispielsweise von gesellschaftlich benachteiligten Gruppen oder anderen weniger zielgruppenbezogen und mehr inhaltlich definierten Aufgabenstellungen liegen. Sie alle unterscheiden sich damit in ihrem Formalziel von gewinnorientierten Unternehmen. Dies wiederum hat vielfältige Konsequenzen für das Management und die Steuerung solcher förderwirtschaftlichen Unternehmen.

Im Unterschied zu den neo-liberal geprägten, kommerziellen Unternehmen verfolgen sie eine Form des Wirtschaftens, die:

- sich durch ihre Bedarfsorientierung auf die langfristige Befriedigung menschlicher Bedürfnisse konzentriert;
- auf Gruppensolidarität, sozialer Verantwortung und dem Prinzip der Gegenseitigkeit aufbaut;
- das Ziel hat, sozialere, solidarischere und gerechtere Strukturen zu entwickeln als die primär auf Gewinnerzielung ausgerichtete Mainstreamökonomie.

Förderwirtschaftliche Besonderheiten

Entsprechend weisen die förderwirtschaftlichen Unternehmen der Sozialwirtschaft einschließlich der Genossenschaften folgende betriebswirtschaftliche Merkmale auf:

- Sie verfolgen gleichzeitig wirtschaftliche und soziale Ziele.
- Sie dienen der Deckung des Bedarfs der Mitglieder, der Nutzer oder anderer Begünstigter oder auch allgemein der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse.
- Sie bieten Mitgliedern oder Nutzern die Möglichkeit einer aktiven, partizipativen Beteiligung an wichtigen, grundlegenden Entscheidungen.
- Sie weisen dem Kapital eine instrumentale Rolle zu mit der Konsequenz, dass Entscheidungs- und Gewinnbeteiligungsrechte nach anderen Kriterien verteilt werden als nach dem Kapitaleinsatz.
- Sie organisieren die Antriebskräfte nach ethischen und moralischen Werten oder nach sozialer Verantwortung und Solidarität.
- Sie richten das Angebot ihrer Leistungen nahe am Kostenpreis und nicht vorrangig am Maximalgewinn aus.
- Sie werden bei den Kontrollen und ihrem Ergebnis nach anderen Maßstäben bewertet als ausschließlich an ihrer ökonomischen Effizienz.

Fehlende Suche nach Gemeinsamen

Trotz dieser zahlreichen Überschneidungen zwischen Non-Profit-Unternehmen, Genossenschaften, Sozialen Unternehmen, Sozialwirtschaftlichen Organisationen, Alternativ- und Selbstverwaltungsbetrieben existiert weder auf betrieblicher Ebene, noch auf der Ebene der Verbände oder der Wissenschaft der Versuch, eines gemeinsamen Austauschs, der Entwicklung von Lobbyarbeit oder der Entwicklung stützender Managementinstrumente. Selbst in der Wissenschaft fehlt in Deutschland ein gemeinsamer Ansatz, einzelwirtschaftlich und gesamtwirtschaftlich, die Besonderheiten und Ziele dieser Organisationen ökonomisch und politisch erfolgreicher zu verwirklichen. Einzelinteressendurchsetzung, Abgrenzung, Ignoranz statt der Suche nach Verbindendem zeichnen diesen Sektor aus, obwohl in anderen europäischen Ländern durch die Ideen der économie sociale genug Anregungen vorhanden sind, über Gemeinsames nachzudenken.

Um dieses Manko zu überwinden, plädiert Münkner dafür ein überzeugendes theoretisches Konzept für eine Betriebswirtschaftslehre förderwirtschaftlicher Unternehmen zu entwickeln. Dies muss nach seiner Auffassung konsequent entwickelt, gelehrt und in die Praxis umgesetzt werden. Nur durch ein entsprechendes Angebot einer echten Alternative zu dem in gewinnorientierten Unternehmen praktizierten Managementstil und Instrumentarien können Konzepte förderwirtschaftlicher Unternehmen erfolgreich propagiert und angewendet werden. Ansätze dazu liegen schon vor in den Bereichen:

- Methoden der Zielbestimmung,
- Organisationsstrukturen,
- Entscheidungsprozesse und
- Methoden zur Evaluierung der Ergebnisse.

Weitere Initiativen notwendig

Obwohl Münkner von der Notwendigkeit einer förderwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre überzeugt ist, sieht er gegenwärtig nur wenige Chancen, dies zu realisieren. Um hier einen Schritt weiterzukommen, wurden von ihm ein Fachgespräch zum Thema und die Veröffentlichung der entsprechenden Ergebnisse initiiert. Beiträge zu den Themen Genossenschaftstheorie und -praxis, zum Freiburger (Schweiz) Management-Modell für NPO, über Kooperationseffekte, zum Thema Zielbildung durch aktive Beteiligung der Mitglieder und Nutzer, über Organisationsstrukturen in kooperativen Netzwerken und zum Thema Zinsrückvergütung zeigen, wie vielfältig die Ansatzpunkte sind, die es gilt, inhaltlich und methodisch miteinander zu verknüpfen. Gelungen ist diese Verknüpfung allerdings bisher nur sehr begrenzt. Den meisten der beteiligten Wissenschafter scheint das berechtigte Anliegen von Münkner selbst noch zu fremd zu sein, so dass ihre zielgerichtete Mitarbeit an einer förderwirtschaftlichen Betriebswirtschaftslehre wohl noch weiterer Initiativen bedarf.●

Die Zimmerei Grünspecht mit Sitz in Freiburg ist eine der ältesten alternativen Produktivgenossenschaften in Deutschland. Sie feierte dieses Jahr ihr zwanzigjähriges Jubiläum

Münkner, Hans-H. (Hg.): »Nutzer-orientierte« versus »Investor-orientierte« Argumente für eine besondere Betriebswirtschaftslehre förderwirtschaftlicher Unternehmen, Göttingen 2002 (Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Bd. 97).

Gemeinsamer Schwung – Neue Genossenschaften – und die Diakonie?

Am Mittwoch, den 23. Februar 2005, findet von 11.00 bis16.00 Uhr ein Workshop im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (Reichensteiner Weg 24, 14195 Berlin) statt. Thema sind die neuen Genossenschaften und die Diakonie.

Die Genossenschaftsidee weist eine lange Geschichte auf – und neue Aktualität. Im Kern geht es heute wie in den Anfängen des Genossenschaftswesens darum, dass sich Menschen mit begrenzten Ressourcen verbünden, um gemeinsam Nutzen zu organisieren oder sich vor Risiken zu schützen. Menschen ohne Erwerbsarbeit denken über Genossenschaften nach, mit denen sie Arbeitsplätze in der Region schaffen können. Die Planer von Mehrgenerationenhäusern fragen sich, ob die Genossenschaft eine geeignete Rechtsform ist, um den Bewohnern gleichen Einfluß und gleiche Verantwortung für das gemeinsame Vorhaben zu übertragen. Aber auch Pflegeeinrichtungen und Ärzte gründen Genossenschaften, um ihre gemeinsamen Interessen auch gemeinsam verfolgen zu können. Diese Formen entstehen neu neben den traditionsreichen Genossenschaftsbanken, die auch in der Sozialwirtschaft eine wichtige Rolle spielen.

Der Workshop bietet die Gelegenheit, sich zu informieren und intensiv neue Überlegungen zu diskutieren. Während des Workshops soll folgenden Fragen nachgegangen werden:

- Ist die Genossenschaftsidee im Zeitalter der »Kundensouveränität« tragfähig?
- Kann die Genossenschaft ein Modell sein, um Selbsthilfekräfte zu mobilisieren?
- Erweist sich die Rechtsform der Genossenschaft als ausreichend flexibel, um damit heute wirtschaften zu können?
- Bietet diese Organisation eine Alternative zu den Unternehmensfusionen der Sozialwirtschaft?
- Wie gemeinwohlorientiert können Genossenschaften sein?

Anmeldung: Diakonisches Werk der EKD e.V., z. Hd. Frau Liebetraut Sarvan, Reichensteiner Weg 24, D-14195 Berlin
E-Mail: sarvan@diakonie.de, Tel.: (0 30) 83 001 – 103, Fax: 83 001 – 222

Anzeige

Phasenmodell für die Begleitung von Genossenschaftsgründungen

Um Genossenschaftsgründungen effektiv und bedarfsgerecht zu strukturieren, wurde von den Mitarbeitern der innova eG mit Sitz in Leipzig ein Phasenschema der Gründungsbegleitung von und für Selbsthilfegenossenschaften entwickelt. Auf diese Weise wird über professionelle Projektentwicklung in den Fällen, in denen es sich als zweckmäßig erweist, der Aufbau einer wirtschaftlich tragfähigen Genossenschaft unterstützt. Dies geschieht nach einem Vier-Phasenmodell, mit dem Gründungsgruppen effektiv und zeitsparend bei der Gründung und der Stabilisierung ihrer Genossenschaft betreut werden können. Auch wenn es Parallelen zu Gründungen von Einzelpersonen gibt, sind durch die Gegebenheiten der Gründungen – Benachteiligte am Arbeitsmarkt und Gruppe – Besonderheiten zu beachten. Sie werden durch die innova eG in besonderer Weise berücksichtigt. Eine Aufgliederung erfolgt in die Orientierungsphase, die Planungsphase (auch Konzeptphase), die Gründungsphase und die Stabilisierungsphase. Die jeweiligen Aspekte, die in den einzelnen Phasen bei einer Erfolg versprechenden Gründung umzusetzen sind, fasst die nachfolgende Liste in sehr komprimierter Form zusammen.

Leistungsphase	Zielsetzung
Orientierungsphase	Prüfung der Gründungs- und Qualifizierungsvoraussetzungen der Gruppe, Klärung des erforderlichen Qualifizierungsaufwands, Orientierung über die Möglichkeiten der Genossenschaft, Einblick in Best-Practice-Beispiele, Aufwands- und Kostenschätzung der Projektentwicklung, Informationsbereitstellung zur Selbstreflexion der Gruppe
Planungsphase	Profilierung der Geschäftsidee, Ausarbeiten des Wirtschafts- bzw. Businessplans, genossenschaftsspezifische und fachbezogene Qualifizierung, Ausarbeitung der Satzung, Stärkung des Gruppenzusammenhalts, Unterstützung bei der Finanzierungsplanung und dem Aufbau von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
Gründungsphase	Planung und Durchführung der Gründungsveranstaltung, Einreichen der Gründungsunterlagen, Beantragungen beim Registergericht und Gewerbeanmeldung, Einreichen von Förder- und Kreditanträgen, Einführen des Betriebes in der lokalen Öffentlichkeit und bei potentiellen Kunden, Sorgfältige Implementierung des Betriebs
Stabilisierungsphase	Unterstützung bei Unsicherheiten, Abklärungen und Steuerungen von Gruppenkonflikten, Überarbeitung der Finanzierungsplanung und des Geschäftskonzepts, Professionalisierung der Marketingaktivitäten, Entwicklung und Einführung von Qualitätsinstrumenten, Begleitung bei der Lobbyarbeit und Entwicklung von Kooperationsstrukturen, nachhaltige Stabilisierung und Verankerung des Unternehmens am Markt

Weitere Informationen bei Interesse an Genossenschaftsgründungen: innova eG, Konstantinstr. 12, D-04315 Leipzig, Telefon (03 41) 68 10 985, Telefax 68 11 786, E-Mail: info@innova-eg.de
www.innova-eg.de

Die dünne Haut zwischen Fürsorge und Grausamkeit

In einem sehr persönlichen Buch beschreibt der 2003 verstorbene Psychoanalytiker Ludwig Igra die Ursachen und Wurzeln von Fürsorge und Grausamkeit, die für ihn beide der selben Quelle entspringen.

Ein Jahr nach Igras Tod erschien nun im Iatros-Verlag der Band »Die dünne Haut zwischen Fürsorge und Grausamkeit«, es ist ein sehr lebendiges und authentisches Stück Zeitgeschichte, denn Igra thematisiert das Schicksal seiner Eltern, die als Juden in Warschau der Vernichtung durch die Nationalsozialisten entkommen und 1947 nach Schweden emigrierten. Kurze Kapitel über seine Familiengeschichte wechseln mit theoretischen Überlegungen über die menschliche Verantwortung, das Böse und den Versuch zu verstehen was Täter zu Tätern machten und weshalb sie die Juden zu vernichten trachteten.

Wichtig ist für den Autor, sich gegen die Bitten um Verzeihung für das Leid der Juden seitens Deutschlands abzugrenzen, denn für ihn ist jeder Übergriff gegen Menschen unverzeihlich. Um so nachdrücklicher plädiert er hingegen für einen Prozess der Versöhnung, darin liegt für ihn die Chance, dass sich die Betroffenen entwickeln, damit sie einander nicht mehr nur als Opfer und Henker sehen müssen.

Auch wenn vieles von Ludwig Igra, was die theoretischen Grundlagen von Fürsorge wie Grausamkeit anbelangt, nur angedeutet werden, schließlich soll es kein psychoanalytisches Grundlagenwerk sein, so ist die Lektüre doch berührend und man spürt seine Trauer über den Verlust seiner Großeltern, die 1943, ein Jahr vor seiner eigenen Geburt, von den Nationalsozialisten ermordet wurden, wenn er schreibt, er wolle sie aus dem Griff des gleichgültigen Vergessens befreien, darauf bestehen, dass es sie gegeben habe.

Interessant ist auch der kurze Exkurs in die US-Geschichte, wenn Igra postuliert, die fast vollständige Vernichtung der nordamerikanischen Indianerkultur wirke bis heute fort und stelle eine »nationale Wunde« dar, die zu der fast manischen amerikanischen Kultur beitrage, als eine moralische Warnleuchte in einer primitiven Umwelt dazustehen.

Dem Buch ist eine weite Verbreitung zu wünschen, denn gerade im Zusammenhang mit dem Holocaust gilt es auch das Schicksal der Kinder von Opfern der Verfolgung im 3.Reich nicht zu vergessen, ganz abgesehen davon vermittelt Igra erhellende Einsichten und Zusammenhänge über die oft sehr schmale Grenze zwischen Fürsorge und Grausamkeit.●

Thomas Meyer Falk

Ludwig Igra: »Die dünne Haut zwischen Fürsorge und Grausamkeit«. Iatros-Verlag (Nierstein), 2004 (übersetzt von Peter Nestler) ISBN 3-937439-85-4, 16 EUR, 148 Seiten

Perlen & Trüffel

Sonne und Faulheit
über den Hinterhöfen
Tauben lungern auf zerbröckelnden Dächern –
Genießen Sie den Untergang des Abendlandes!

... so beginnt ein wortgewaltiges Textplakat, welches um 1980 in der politischen Szene Westberlins und der BRD die Runde machte. Es gehört mit zu den frühen verlegerischen (Groß-)Taten als die Edition Tiamat noch in Nürnberg ansässig war und vor 1981 Edition Sonne & Faulheit (»Edition Comunella« war wohl auch mal angedacht) hieß. Aber dies taucht leider in der Verlagsgeschichte, die Klaus Bittermann, Verleger, Autor und Journalist jetzt in einem Jubiläums-Band beschrieben hat, nicht auf. Nun gut, auf 37 Buchseiten lassen sich natürlich nicht alle Episoden einer 25jährigen Verlagstätigkeit schildern, aber zumindest muss anerkannt werden, dass er in seinem viel zu kurz geratenen Rückblick, die kleinen Johann-Most-Bändchen, sowie den einen oder anderen anfänglichen »Raubdruck« doch noch Erwähnung findet. Er kennt seine Wurzeln, und seine stoische Gelassenheit hat ihn dahin gebracht, wo er heute steht: Ein respektabler Verleger, der auch selber noch gut schreiben kann, und vor allem seine allseitige Unabhängigkeit bewahrt hat.

Auf der verlegerischen Suche nach den Ressourcen werden wir vielleicht noch vor dem 60. Verlagsjubiläum mit einem Folgeband beglückt, der die Geschichten hinter dem bedruckten Papier uns noch näher bringt.

Seit dem Winter 1981 wurde dann mit dem Titel »Aufruf aus dem Gefängnis von Segovia«, ein Dokument spanischer inhaftierter Libertärer, das Buchformat festgelegt und durchnummeriert. Das Verlagssignet, der etwas irre dreinblickenden Dame, aus den Zeiten als die Bilder Laufen lernten, tauchte zwar bereits 1981 in der hauseigenen Zeitschrift »Anschläge« auf (von der leider nur 6 Ausgaben erschienen), aber die Buchrücken zierte es erst etwas später, ebenso der Reihentitel »Critica Diabolis«. Aller Anfang ist schwer.Inzwischen hat die Reihe mit dem Jubiläumsband, die Nummer 124 erreicht, obwohl seit Jahren zwei Bände, die zwar aufgeführt aber bisher nicht erschienen sind: Band 73, Robert Kurz »Dabei sein ist alles« von 1997 als »Noch nicht Erschienen« und Band 96, Arnulf Rating »Das haben wir gerne« von 2000 als »Nie erschienen« deklariert. Beide Werke mit hoffnungsvollen und bezeichnenden Titeln! Passiert den größten Verlagen.

Die 1980er und vor allem die 1990er Jahre waren nicht sehr günstig für libertäre Verlage. Die politischen Umbrüche und ihre -stände zwangen sie zu einigen Missgriffen und -verständnissen. Neben den aber immer wieder kehrenden dadaistischen und surreal-subversiven Dokumenten blieb sich der Verleger Klaus Bittermann in seiner libertären Grundhaltung treu. Die Bibliographie liest sich immer noch als das Who-is-who der Gesellschafts- und Kulturkritiker unserer Zeit. Wenngleich die anarchistischen Pamphlete der heute üblichen beißende Kritik, nach dem Motto »Warum den Leuten auf die Füße treten, wenn man ihnen auch gegen den Kopf stoßen kann«, abgelöst worden sind.

Wahrlich, es lassen sich nicht nur so manche Perlen in dieser Buchreihe finden, es reicht durchaus schon für eine Halskette – zumindest für jene, die keinen dicken Hals bekommen, wenn sie Autorennamen wie Franz Dobler, Wiglaf Droste, Eckhard Henscheid, Wolfgang Nitschke, Wolfgang Pohrt, Fritz Tietz, Roger Willemsen usw. lesen.

Dank muss dem Verlag gezollt werden für die Bücher der genialen Journalisten Christian Schultz-Gerstein, Lothar Baier, Eike Geisel oder eben auch Guy Debord, Zeitgenossen, die inzwischen nicht mehr unter den Lebenden weilen. Dazu gesellen sich »Klassiker« wie Hannah Arendt, Alain Finkielkraut und Harry Mulisch. Nein, die Leserschaft kann durchaus dankbar sein für den einen oder anderen Titel, so wie es der Verleger selbst auch ist, wenn er z.B. die Jörg Fauser-Biographie von M. Penzel und A. Waible publiziert, weil Fauser u.a. auch einer der ersten Rezensenten der Critica Diabolis war.

Der Jubiläumsband liefert neben der kompletten Critica Diabolis-Biographie, leider ohne die berühmt-berüchtigen Anfangspublikationen, einen hervorragenden Querschnitt aus den bisher erschienenen Büchern, sowie Fotos und Artikel, wie z.B. der hervorragende Artikel »Sorge dich nicht, zahle«, den Joseph von Westphalen in der Süddeutschen Zeitung (27.11.98) veröffentlichte, weil der trutschige Scherz Verlag aus München (wie der bloß zu seinem Namen gekommen ist?) Klaus Bittermann unter Strafandrohung verbieten ließ, einen Sammelband mit dem Titel »Sorge dich nicht, lese! Siebenunddreißig Glossen gegen den Bestseller« zu verkaufen. Hier hört die Scherzerei auf! Hätte es doch passieren können, dass Verwechselungen auftreten, möglicherweise hätte die Leute aus versehen zu einem guten Buch gegriffen. Aber auch diese Scherz-Krise hat der Verlag gemeistert.

Nun, Klaus Bittermann gehört immer noch zu jenen Verlegern, denen Bücher mehr ein Lebens-Mittel, denn eine Ware ist, der manchmal auch bereit ist Buchprojekte zu realisieren, nur weil ihm selbst der Autor oder der Text als wichtig erscheint, und er schafft es – ohne verzweifelt anbiedernd zu wirken – Zeitgeist-Bücher zu machen, die in ihrer Kulturkritik durchaus ein längeres Haltbarkeitsdatum besitzen, als nur die im Buchhandel üblichen sechs Monate bis zum nächsten Verlagsprogramm.

Kurz und gut: Kauft das Buch »Perlen & Trüffel« was das Zeug hält! Pusht es in die Spiegel-Bestsellerliste! An vermoppelte Ich's und alterszschwache Wüstlinge vorbei auf Platz 1. Das wäre ihm zu gönnen, denn wer es heute schafft 25 Jahre im Verlagsgeschäft zu bleiben, mit Büchern, die oft heiß geliebt, aber selten gekauft werden, dem muss mal geholfen werden. Und wenn zuvor die Ausrede benutz wurde, dass die Bücher zu teuer seien, so kann das hier nun nicht mehr gelten, denn nie waren gute Texte preiswerter. Also am Besten im 10er Pack kaufen, selber lesen und verschenken.●

Jochen Knoblauch

Klaus Bittermann (Hg.): Perlen & Trüffel – Eine kleine Reise durch 25 Jahre Verlagsgeschichte. Edition Tiamat Berlin 2004 / Reihe: Critica Diabolis 124 / Abb. / 160 S. / 2 EUR (in Echt!)

Der weiße Zug

Zwei neue Filme aus Argentinien

El abrazo partido beginnt mit verwackelten Bildern, ohne Stativ und mit schnellen Schritten geht es durch ein kleines Einkaufszentrum im Zentrum von Buenos Aires. Im Bild der Hinterkopf von Ariel Makaroff, der die LadenbetreiberInnen kurz vorstellt. Er hilft im Geschäft seiner Mutter für Damenunterwäsche. Es gibt auch einen Frisör, eine Reparaturwerkstatt, eine Bar, einen Import/Export. Die Geschäfte laufen schlecht, die Wirtschaftskrise ist zu spüren. Bei 45% Arbeitslosigkeit wird wenig gekauft.

Ariel versucht, wie viele andere ArgentinierInnen auch, den Pass des europäischen Landes zu bekommen, aus dem seine Familie eingewandert ist. Als er die Papiere von seiner Großmutter haben will, versucht die, ihren Pass zu verbrennen. Sie konnte sich vor der Shoah aus Polen retten. Das Einkaufszentrum liegt mitten im Stadtteil Once neben der Synagoge. In Buenos Aires lebt die größte jüdische Gemeinde Lateinamerikas. In *El abrazo partido* ist jüdisches Alltagsleben mit einer Selbstverständlichkeit zu sehen, die für Deutschland unvorstellbar ist. Wer bei *El abrazo partido* bis zum Schluss des Abspannes im Kino bleibt, kann der Oma von Ariel beim Singen eines jiddischen Lidls zuhören.

Die eigentliche Spielfilmhandlung dagegen ist recht banal, es geht um das Verhältnis von Ariel zu seinem Vater, der nach Israel ging, als er ein Baby war. Die patriarchale Moral, welche Ariel propagiert, der dazu auch nur seine eigenen Probleme sieht, führt zu einem machistischen Ende. Ob der Regisseur Daniel Burman durch Überzeichnung von Ariels krudem Benehmen und Statements eine Kritik des Publikums befördern will oder Ariels Verhalten einfach als normal abgebildet werden soll? Das möge entscheiden, wer sich den wegen seiner Darstellung des jüdischen Alltags in Buenos Aires sehenswerten Film anschaut.

Der Regisseur Daniel Burman, selbst in El Once aufgewachsen, dazu: »Ich versuche den Weg zu zeigen, der zur Konstruktion einer Identität führt, die auf kleinen Anekdoten, Tragödien und komischen Erlebnissen ebenso basiert wie auf Wahrheiten und Lügen«. Das gelingt. Nebenbei ist zu sehen, wie ein Angestellter aus Peru oder Bolivien so normal rassistisch behandelt wird, wie das im weißen Mittelklasse-Argentinien üblich ist.

Wenn in dem Einkaufszentrum die Lichter ausgehen, fängt für die ProtagonistInnen von *El tren blanco* die Arbeit an. Der Dok-Film begleitet cartoñeros, Kartonmenschen, dabei, wie sie im Müll von Buenos Aires nach verkaufbarem, recyclebarem wie Karton suchen. Sie sind am unteren Ende der sozialen Skala angekommen. Jeden Abend um 18 Uhr fährt der weiße Zug aus den Vororten ins Zentrum. Anfangs fuhren die cartoñeros in normalen Zügen mit. Als sich andere Reisende über sie beschwerten, auch wegen der mitgebrachten Karren für das Einsammeln, richtete die private Bahngesellschaft nur für die cartoñeros eine spezielle Bahnverbindung ein: Alte, demolierte Waggons wurden weiß angemalt, fertig war die Extra-Linie. Mittlerweile ist der Andrang so groß, dass ein zweiter Zug eingesetzt werden soll. Das Filmkollektiv von *El tren blanco* gibt den cartoñeros die Möglichkeit, für und über sich selbst zu sprechen. Sie verzichten auf jeden Kommentar. In mehreren Episoden begleiten sie cartoñeros auf ihren nächtlichen Arbeitstouren und interviewen sie, wie Alberto: »Ich habe so etwas noch nie zuvor gemacht: Einen Müllsack zu öffnen, zu durchwühlen und auszusuchen – das war ein Schock. Ich glaube aber, dass es mehr Würde hat, so etwas zu tun, als zu stehlen.« Oder Hector: »Manchmal hast du noch nicht einmal Geld, um Brot zu kaufen ... Ich bin seit 14 Jahren Witwer und ich arbeite, damit meine Kinder etwas essen können.«

Dazwischen sind Fernsehbilder von der sozialen Revolte zu sehen, die sich Ende 2001 für einige Wochen aus Protest gegen die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen entwickelte.

Die Stärke des Filmes ist die Nähe zu den ProtagonistInnen, die Unmittelbarkeit: »Von Anfang an benutzten wir die Kamera dazu, ohne jede Ablenkung die Erlebnisse dieser Menschen zu erzählen und versuchten dabei als Unparteiische die Realität so klar wie möglich herauszufiltern. Das konnten wir durch eine große Anzahl von Drehtagen erreichen, die wir benötigten, um das Vertrauen und die Akzeptanz der cartoñeros zu erlangen«, so die FilmmacherInnen Nahuel García, Sheila Pérez Giménez und Ramiro García.●

Gaston Kirsche

El abrazo partido, Die vergebliche Umarmung. Argentinien 2004, 100 min., OmU
El tren blanco, Der weiße Zug. Argentinien 2003, 80 min., OmU

Basisorganisierung in Argentinien

Die Bewegungen in Argentinien nach dem Finanzcrash im Dezember 2001 standen schnell im Zentrum einer linken Öffentlichkeit. Dies lag u.a. anderem daran, dass die argentinischen Verhältnisse den europäischen so ähnlich erschienen; dass Millionen bisher mit Familienlohn versorgter Menschen sich plötzlich alternativer Ökonomie zuwandten und weil einige der Bewegungen dort die jüngste Umsetzung neuer emanzipatorischer Politikansätze zu leben versuchten (siehe auch den Schwerpunkt der CONTRASTE vom Dezember 2004). Das Buch von Friederike Habermann versucht durch Interviews vor Ort die Realität der Erwerbslosenbewegungen nachvollziehbar zu machen – insbesondere die einer Hausfrauengewerkschaft in Santa Fe und die der Bewegung der Arbeitslosen *MTD Solano* und *MTD La Matanza* in Buenos Aires.

Dabei untersucht die Autorin vor allem drei Aspekte: Erstens den ökonomischen: »Die haben da doch ganze Stadtteile, die sich selbst versorgen«, dieses Gerücht hielt sich lange. Was ist dran an dieser Beschreibung? Gelang es, Momente einer alternativen Ökonomie neben dem Kapitalismus aufzubauen? Zweitens den feministischen: Die Organisierung der Erwerbslosenbewegungen geschah überwiegend durch Frauen, überwiegend waren es auch Frauen, die auf die Straße gingen. Hat sich dies in der Form der Organisierung bemerkbar gemacht? Wie verlief die nachfolgende Entwicklung? Drittens den emanzipatorischen: »Solano ist eine Bewegung, die die Selbstverwaltung organisiert«, so Neka Jara von der *MTD Solano*, jener Erwerbslosenbewegung, welche durch ihre Bezüge zum Zapatismus und ihrem Anspruch, nicht-hierarchische Strukturen aufzubauen, zum Symbol dessen wurde, was sich an neuem Politikansatz in Argentinien abzeichnete. »Für uns ist die Arbeit eine Möglichkeit, die Realität zu verändern. Es gibt keinen Chef, der uns sagt, was zu tun ist, sondern wir entdekken, wie wir mit Arbeit die Welt konstruieren können. Wir mussten unsere Realität neu erschaffen: alles das, was mit dem Leben zu tun hat – Essen, Bildung, Gesundheit.« Wie sieht dieser alltägliche Kampf in der alltäglichen Betrachtung aus?●

Bernd Hüttner

Friederike Habermann: Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien, Ulrike-Helmer-Verlag 2004, 192 S., 18,95 EUR
www.ulrike-helmer-verlag.de

Gemeinschaftsgärten in New York

Gärten in der Stadt? Gar in der Megametropole New York? Geht das? Dass und wie es geht zeigt Elisabeth Meyer-Renschhausen in ihrem in Form einer Reportage gehaltenen neuen Buch. Der Blick in die USA ist aufschlussreich und womöglich auch für Europa wegweisend: In New York City gibt es um die 800 so genannte »Community Gardens«, die von Nachbarschaftsinitiativen gemeinsam bewirtschaftet werden. Wie in New York werden in immer mehr Metropolen der Welt innerstädtische Brachen in bunte, üppige und ertragreiche Gemüsegärten verwandelt. Es sind vor allem Frauen (in New York sind konkret zwei Drittel aller GemeinschaftsgärtnerInnen Frauen), die hier Gemüse und Blumen anbauen – aus Freude am gemeinsamen Tun und als Schritt zu einer »Ernährungs-Wende«. Arbeitslose helfen sich auf diese Weise selbst durch Gärtnern und Gemüseverkauf, Nachbarschaftsgemeinschaften pflanzen für Suppenküchen.

In den USA soll es insgesamt 6.000 solcher Community Gardens in 38 Städten geben. Doch die Kommunalverwaltungen sind unentschieden, ob sie die Eigenarbeit von engagierten BürgerinnenInnen und Bürgern fördern (wie in New York durch die Behörde Green Thumb) oder den Stadthaushalt durch den Verkauf aufbessern sollen. Der Streit um das Recht auf »Community Gardening« bewegt gerade GhettobewohnerInnen, sich (umwelt-) politisch zu engagieren und bewirkt so auch eine soziale Integration. Meyer-Renschhausen gelingt eine verblüffend plastische Schilderung dieser Projekte. Die Gemeinschaftsgärten werden im Zusammenhang von Stadtentwicklung, Rassismus und Ernährungskultur diskutiert und als Modelle einer politischen Aktion und in ihrer sozialökonomischen Relevanz als Subsistenzprojekte dargestellt.●

dp

Elisabeth Meyer-Renschhausen ist freischaffende Autorin und Privatdozentin an der FU Berlin. Sie ist und war viele Jahre in der Frauen- und Umweltbewegung aktiv sowie u.a. Gastprofessorin für Frauenforschung an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin.

Elisabeth Meyer-Renschhausen: Unter dem Müll der Akker. Community Gardens in New York City; 176 Seiten m. Abb. 17,95 EUR / 32,60 Sfr, ISBN 3-89741-156-3, www.ulrike-helmer-verlag.de

Websites zum Thema:
AG Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land http://userpage.fu-berlin.de/~garten; Green Guerillas www.greenguerillas.org; Interkulturelle Gärten in der BRD, www.stiftung-interkultur.de/

FC St. Pauli

Verein in Leichenstarre
– Fankultur lebt

Der Hamburger SV könnte auch in Norderstedt oder Bergedorf spielen und hätte keinen Zuschauer weniger, der FC St. Pauli hingegen ist nur am Millerntor denkbar, dem einzigen deutschen Stadion mit englischer Atmosphäre, meint SC Freiburg Trainer Volker Finke. Unmittelbar am Hafen mit seinem Flair und seinem Milieu entstand Ende der 80er Jahre eine Symbiose aus Fußball und linker Subkultur. 1988 gelang dem FC St. Pauli zum zweiten Mal der Aufstieg in die Bundesliga. Es entwickelte sich eine Gegenkultur aus engagierten und selbstbewussten Fans, die sich gegen ihre Reduzierung auf Merchandising-Konsum und für eine lebendige und kreative Unterstützung ihres Vereins einsetzten. Spieler wie der Torhüter, Hafenstraßenbewohner und Aufbauhelfer im sandinistischen Nicaragua, Volker Ippig, boten eine ideale Projektionsfläche für alle, die sich nach einem authentischen, ehrlichen, kämpferischen, engagierten und solidarischen Fußballsport sehnten. Diese neu belebten Tugenden zogen zunehmend Gruppen ins Stadion, die dem Rasenkick zuvor eher distanziert gegenüber gestanden hatten. Seither hat diese einzigartige Fankultur alle ökonomischen und sportlichen Rückschläge überdauert.

Durch mannschaftliche Geschlossenheit vollbrachte der FC St. Pauli im Jahr 2001 erneut einen nicht geplanten Bundesligaaufstieg. Zeitgleich setzte jedoch eine völlig verfehlte Personalpolitik ein, statt sich gezielt zu verstärken, wurde in die Breite investiert. Nach jeweils einer Saison in Liga I und II heißen seit August 2003 die Gegner in der Regionalliga Nord: VfB Lübeck, Chemnitzer FC oder SC Paderborn.

Christoph Ruf, Politologe und zeitweiliger Angestellter des Hamburger Stadtteilclubs, zeichnet den Niedergang der letzten Jahre des FC St. Pauli nach. Seine heterogene, wenig strukturierte Zusammenstellung aus detaillierten Fakten, persönlichen Erfahrungen, Gesprächen und Gastbeiträgen (u.a. von Volker Finke, Richard Golz, Peter Lohmeyer und bekennenden Fans) vermittelt in ihrer Gesamtheit vielfältige Einblicke ins Innenleben des Vereins. Dabei gelingt es Ruf, die Einmaligkeit des FC St. Pauli anschaulich zu belegen: es ist der erste und bislang einzige Club mit einem Betriebsrat und einem antialkoholischen Fanclub. Bereits vor Jahren war der FC St. Pauli der erste Proficlub, der sich seiner Verantwortung stellte und in den Fond zur Entschädigung von Zwangsarbeitern einzahlte. Ursache für die derzeitige »Leichenstarre« des Vereins ist laut Ruf »beispielloses Missmanagement« verbunden mit »sportlicher Inkompetenz«.

Ob ein Publikum seinem Verein etwas geben kann, erweist sich vor allem in sportlich schlechten Zeiten, betont Volker Finke. Dann können Zuschauer dem Verein über hohe Besucherzahlen auch nach einem Abstieg die Möglichkeit geben, substantiell gut weiterzuarbeiten. Die durchschnittlich über 17.000 Besucher bescherten dem FC St. Pauli in seiner ersten Drittligasaison den neunzehntbesten Zuschauerschnitt, direkt hinter den Erstligisten. Und nicht nur dies: als im April 2003 die Insolvenz drohte und Bankkredite nicht zu erwarten waren, sicherten die Anhänger die Lizenzerteilung, indem sie mit einer einzigartigen Kampagne 2,5 Millionen Euro für die Vereinskasse erwirtschafteten. In zehn Monaten wurden 120.000 Retter-T-Shirts verkauft. Versteigerungen von Devotionalien und ein Erotiktelefon brachten weitere Einnahmen. Selbst Mehmet Scholl outete sich als St. Pauli Fan.

Wie ernst das Publikum von Funktionären des FC St. Pauli genommen wird und wie stark dort die Sensibilität für diskriminierende Äußerungen ausgeprägt ist, belegt ein Erlebnis des Fanbeauftragten Heiko Schlesselmann. Er bekam vor zwei Jahren einen Anruf des Vereinspräsidenten und wurde gefragt, ob man einen bestimmten Trainer einstellen solle, über den berichtet wurde, er habe rassistische Ansichten geäußert.●

Kai Böhne

Christoph Ruf (Hrsg.): Die Untoten vom Millerntor, 236 Seiten, 14,80 EUR, PapyRossa Verlag, Köln 2004, ISBN 3-89438-310-0

JOBSUCHE

Jurist, zuletzt tätig als Mediator in leitender Stellung, sucht neuen rechtlichen Wirkungskreis.
Chiffre: 2004-12-1

WOHNEN

Ich w, 31, Pädagogin, Handwerkelnde, Akkordeonlernende, Arbeitssuchend (!) und mit Lust auf Landluft suche zum Februar o. später Raum in WG/HG oder (Hof-)Wohnprojekt in Stadtrand oder nahe Bremen. Ihr solltet Lust auf mehr als Zweckzusammenwohnen haben, politisch nicht uninteressiert sein. Alles weitere zeigt sich beim Kennenlernen.
Super wäre Anbindung an ÖPNV, Fahrradnähe zu Bremen oder Car Sharing.
Wenn nicht alles erfüllt ist, meldet Euch trotzdem:
E-Mail: meeer@web.de oder
✆(04 21) 597 51 23 +AB

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
✆ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Kontakt: contraste@t-online.de

Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch nach Möglichkeit per E-Mail: contraste@t-online.de

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dieses per E-Mail kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den einmal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :

01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ✆ (03 51) 802 99 23, E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ✆ (03 46 91) 5 24 35, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ✆ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@acor.de, Internet: www.ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ✆ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de; 18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ✆ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ✆ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ✆ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Große Str. 81, ✆(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Bornbreite 39, ✆ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ✆ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ✆ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ✆ (0221) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org; 60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, c/o Cavallaro, Gabelsberger Str. 32, ✆ (069) 670 62 71 E-Mail: uwe.weppler@paritaet.org; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ✆ (06221) 16 24 67; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ✆ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: stefan.r.riedel@web.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ✆ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; Portugal: Kurt Regenauer, Dieter Poschen, ✆ 00351-289 793 560, E-Mail: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :

Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ✆ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ✆Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinghausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ✆(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; Selbstorganisation im Alltag, 35037 Marburg, Marc, Wannkopfstr. 13, E-Mail: the.element@gmx.de, Espi, E-Mail: piratenutopie@uni.de; Fairkehr, Lothar Galow-Bergemann, ✆(0711) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ✆ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/contraste-list

Vertrieb:
✆ (06221) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@t-online.de

IM E-MAIL-POSTFACH

Goldige Verbindungen

In der CONTRASTE 237 konnte Günter Koch seinen »Goldring« vorstellen. Die Hamburger Redaktion befand den Text zwar für »abstrus«, druckte ihn aber trotzdem weiterhin unkommentiert. Dadurch macht die CONTRASTE Werbung für einen Tauschring, der Kontakte zur extremen Rechten pflegt.

Ökonomisch ist der Ansatz nicht weiter interessant, es handelt sich kurz und knapp ausgedrückt um den 3.284. Versucht, die kapitalistischen Verhältnisse inklusive Äquivalententausch, Steuern und Verwaltung »im Kleinen« nachzubauen.

Auf der Webseite des »Goldringes« ist jedoch zu erfahren, dass der Goldring ein Partnerprojekt von »Info und Wissen Deutschland« ist. »Info und Wissen Deutschland« ist das Projekt von Michael Dahlke aus Apolda. Der vertritt auf seinen Seiten die gesammelte Palette rechter Verschwörungstheorien – Ufos, Illuminaten, die deutsche Atombombe, BSE und HIV sind nur Erfindungen und (wie üblich) »die Monopolisten der Finanzmärkte« beherrschen die Welt. Ebenso finden wir dort Auszüge aus den antisemitischen »Protokollen der Weisen von Zion«. Antifaschisten aus Apolda berichten zudem, dass Dahlke Kontakte zur »provisorischen Reichsregierung des Deutschen Reiches« pflegt.

Günter Koch weiß um diese Verbindung – er wurde darauf hingewiesen, dass er Werbung für eindeutig neofaschistische Inhalte macht. Koch zieht es jedoch vor, darauf nicht zu reagieren und beharrt auf der Projektpartnerschaft mit Dahlke.

In der Freiwirtschaftsszene wird es gerne so dargestellt, als ob Koch am Rande der Szene stünde. Dagegen sprechen die Kontakte, die der Goldring zu zahlreichen anderen Tauschringen hat, u.A. zu Joytopia und LETS München.

Der Goldring ist damit ein weiterer Einzelfall, der konkrete Verbindungen zwischen Freiwirtschaftslehre und Neofaschismus belegt.

Die Menge der Einzelfälle macht inzwischen deutlich, dass die Hinweise auf ideologische Schnittstellen zwischen rechts außen und der Gesell'schen Lehre eben nicht nur graue Theorie ohne Realitätsbezug darstellt.●

Kalle, Erfurt

Leserbrief zu Jörg Bergstedt:
»Alternativen zu Ausgrenzung, Hausrecht & Co«, CONTRASTE Nov. 04

Ganz allgemein und abstrakt betrachtet, klingt die Forderung, keine Personen, Verhaltensweisen, politischen Meinungen usw. auszugrenzen, ja erst mal ganz gut. Sieht man sich das in konkreten sozialen Situationen an, muss man aber vielleicht doch etwas differenzieren. Wenn eine Gruppe beschließt, eine Fahrradtour nach Osten zu machen, schließt sie damit Menschen aus, die eine Fußwanderung nach Westen machen wollen – es sei denn, der ersteren Gruppe ist es wurscht, wohin und womit die Reise geht.

Als ich vor vielen Jahren ein Ökodorf gründen wollte, lag mir viel daran, dies von Anfang an als politische Aktion zu konzipieren. Nun stießen immer wieder Menschen zu uns, die das Ökodorf als Rückzug ins Private auffassten. Politische Agitation – in welcher Form auch immer – war diesen Leuten eine Horrorvorstellung. Also haben wir diese Gruppe ausgegrenzt. Wir hätten uns sonst nur ständig behindert. Mir geht auch jeglicher missionarischer Eifer ab, ich habe überhaupt keine Lust, an jemandem herumzuerziehen. Ich akzeptiere und achte es, wenn sich jemand ins Private zurückziehen will. Er oder sie kann das gerne tun, aber bitte ohne mich.

In der Vorbereitungsgruppe des Ökodorfes versuchten wir, Herrschaftsstrukturen zu vermeiden, besonders bei der Organisation der Arbeit. Dabei mussten einige Regeln beachtet werden, die uns durch die übliche Sozialisation nicht gerade geläufig waren – deren Beachtung uns also einige Anstrengung und Einübung abverlangte. Die Regel z.B., dass sich jede(r) Verantwortungsbereiche sucht, in die ihm oder ihr die anderen nicht einfach »hineinregieren« (womit natürlich eine Kritik oder auch Unterstützung durch die anderen keineswegs ausgeschlossen sein sollte). Als immer wieder Verstöße gegen diese Regel passierten, haben wir durchaus darüber gestritten – leider ohne nachhaltigen Erfolg. Da wurde ich ausgegrenzt. Als einer der Haupt-Streithähne, der die praktische Projektarbeit behinderte.●

Jörg Sommer, Heidelberg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 EUR (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 21 EUR (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2005

Kapitalismus überwinden,
selbstbestimmt leben,
Gemeinschaften gründen
Diese Gesellschaft braucht Alternativen. Gemeinschafts-Interessierte treffen Gleichgesinnte zum Austausch und zur Initiierung neuer Gruppen. Bestehende Gemeinschaften stellen sich vor und beantworten Fragen zu ihrer Praxis.
Das »Los geht's 2005« wird gemeinsam von der Kommune Waltershausen, der Villa Lokomuna und der Kommune Niederkaufungen veranstaltet.
Termin: 13. bis 18. Mai 2005
Information & Anmeldung:
Kommune Niederkaufungen
Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
✆ (0 56 05) 8 00 70

ÖKODÖRFER

Seminar »Erfolgreiche Ökodörfer« und Gemeinschaften 2005:
4.-6.2. Pfälzer Wald
18.-20.3. + 28.-30.10. Ökodorf bei Hannover
22.-24.4. Gemeinschaft im Taunus
17.-19.6 + 23.-25.9. im Schwarzwald
7.-13.8. 12.ÖKODORF-Festival bei Mainz
29.12.-2.1.06 Sylvester in Gemeinschaft
Kaum bekannt, aber es gibt sie seit über 40 Jahren, mit Integration alter oder behinderter Menschen, mit kinderfreundlicher Atmosphäre, Selbstversorgung..., alle mit Toleranz in der Weltanschauung und im Glauben. Die Seminargäste werden unterstützt, herauszufinden, ob für sie ein Gemeinschaftsleben in Frage kommt und ggf. welcher Art.
Info: ÖKODORF-Institut
✆ (0 77 64) 93 39 99
E-Mail: meyer@gemeinschaften.de

ANTIKRIEGS-KONGRESS

Immer deutlicher wird das strategische Verhältnis von sozialen Angriffen nach Innen und imperialer Kriegspolitik nach Außen: Agenda 2010 und Hartz IV, die Abschottung der Grenzen, der Krieg gegen Flüchtlinge, Folter, Zwangsprostitution, neokoloniale Besatzungs- und Sonderwirtschaftszonen.
Die Militarisierung der Gesellschaft und die Aufrüstung der Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionsarmee erhöhen den sozialen Druck nach Innen. Gegen Maßnahmen von oben Widerstand von unten aufbauen: Der Münchner Kongress möchte die Debatte über den Zusammenhang zwischen sozialer Demontage, militärischer Interventionspolitik und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, von Süd nach Nord und das patriarchale Geschlechterverhältnis als globale Grundlage für Ausbeutung und Unterdrückung weiter entwickeln. Denn für eine Perspektive linker internationalistischer Bewegungen reicht es nicht, diese gesellschaftlichen Umwälzungen als voneinander getrennte Prozesse zu betrachten. Die gezielte Eskalation des globalen »Krieges gegen den Terror« droht derzeit, die emanzipatorische Kraft von sozialen Bewegungen zu ersticken. Politiker und Regierungen versuchen zunehmend, repressive Kontrolle und »Sicherheitspolitik« als vermeintliche Lösungen für die aufbrechenden sozialen Widersprüche durchzusetzen. Die internationale Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung steht mittlerweile für den weltweiten Protest gegen die Kriegspolitik der NATO-Staaten. Die Münchner Aktionen gegen die »Sicherheitskonferenz« sind seit Genua Teil dieses Prozesses.
Der 3. Antikriegs-Kongress will deshalb kurz vor den Protesten gegen die »Münchner Sicherheitskonferenz« vom 11. bis 13. Februar 2005 und das World Economic Forum in Davos (WEF) Ende Januar 2005 die bundesweite Diskussion und Perspektivenentwicklung fortsetzen.
Termin: 14.-16.1.2004
Ort: DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64, D-80336 München
Info: www.no-nato.de

JUNGE LINKE

Aufstand der Zeichen?
Seminar zu Postmoderne und Politik
In den späten sechziger Jahren entstand in Frankreich eine philosophische Richtung, die inzwischen unter dem Label Postmoderne oder Poststrukturalismus Furore gemacht hat. Im Namen des Vielfältigen, Unabgeschlossenen trat man gegen das philosophische Erbe der Aufklärung an – egal, ob dieses im staatstragenden oder marxistischen Gewande daherkam. Dieser antitotalitäre radical chic übt bis heute eine erhebliche Anziehungskraft auf Teile der Linken aus, fasziniert hornbrillentragende Kulturwissenschaftsstudenten wie Globalisierungsgegner gleichermaßen und eröffnet scheinbar das Feld für eine Menge neuer, phantasievoller und irgendwie sexy daherkommender Politikformen.
Um zu klären, wie ein solches Politikverständnis mit dem aufklärungskritischen Programm der radikalen Immanenz zusammenhängt, wollen wir auf diesem Wochenendseminar versuchen, anhand der gemeinsamen Lektüre von Grundlagentexten (Lyotard, Foucault) zu erarbeiten, welches Verständnis von Geschichte und Gesellschaft der Postmoderne zugrunde liegt. Dabei wollen wir insbesondere der Frage nachgehen, inwieweit durch politische Strategien, die sich nur auf der Ebene symbolischer Formen bewegen, überhaupt eine grundlegende Gesellschaftskritik geübt werden kann. Ein Reader wird vor dem Seminar verschickt.
Termin: 14.-16.01.2005, Berlin

Mit Allah gegen Weltmacht
und Weltmarkt?
Islamischer Fundamentalismus
Dass der Glauben an höhere Mächte ein Politikum ersten Ranges ist, ist klar – denn der ist von seinem Anspruch her immer »fundamentalistisch« und stellt die Sorte sinngebender Knechtsgesinnung dar, die schon immer recht funktional für herrschende Gewalt war. Was aber nicht ihr Grund ist und auch nicht erklärt, was die Gläubigen denn damit wollen. Und es wollen viele was damit: Denn in fast allen Religionen sind zur Zeit die Leute auf dem Vormarsch, die aus ihrem Götterglauben politische, wirtschaftliche und soziale Konsequenzen in Form moralischer Erneuerung und/oder Bewahrung der Tradition einfordern. Wenn im 21. Jahrhundert massenhaft Leute verlangen, dass Staat und Wirtschaft gemäß ihrer – zumeist recht interessierten – Lesart heiliger Bücher eingerichtet werden, sind die Gründe nicht in Bibel, Talmud, Veda oder Koran zu finden. Sondern in den Köpfen der Leute und in Staat und Wirtschaft. Handelt es sich um einen weltweiten Trend zur Regression auf angebliche kulturelle Eigenheit angesichts der Verheerungen des globalen Kapitalismus?
Was aber macht nun gerade den islamischen Fundamentalismus so attraktiv – sein ödes Gerechtigkeitsideal, sein Antisemitismus oder sein Ideal der Einheit von Staat und Volk? Wenn Religion das Opium des Volkes ist, ist dann der islamische Fundamentalismus das Crack der Massen in der Peripherie? Oder ist es der arabische Sozialismus der verzweifelten, dummen Kerls?
Mittlerweile reicht ein Kopftuch, damit im Kopf des Betrachters die Twin-Towers zusammenstürzen. Was hat die Ausländerpolitik des weißen, christlichen Europas mit dem wachsenden Schwachsinn in den migrantischen Communities zu tun? Wie ernst ist die europäische Einladung an einen »geläuterten« Islam, das gelungene Zusammenspiel von Staat, Kirche und Volk multikulturell zu ergänzen? Und ist ihr Antizionismus gelungene Integration in den anti-israelischen Konsens in Europa, re-importierter Antisemitismus oder was?
Termin: 25.-27.02.2005, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29,
D-30424 Hannover
E-Mail: info@junge-linke.de

KOMMUNIKATION

Seminarreihe zur konstruktiven Konfliktbearbeitung
In angespannten Konfliktsituationen konstruktiv im Gespräch zu bleiben und aufrichtig und gelassen zu reagieren, ist für viele Menschen ein wichtiges Ziel.
Die Gewaltfreie Kommunikation (GFK) – entwickelt von Marshall Rosenberg – ist ein sehr wirksamer Ansatz, genau dies zu lernen. Sie entwickelt Fähigkeiten und Haltungen, die folgendes ermöglichen:

- potenzielle Konflikte in friedliche Gespräche umwandeln;
- sich ohne Abwehr und Feindseligkeiten über Interessen und Bedürfnisse auszutauschen;
- Kritik so zu äußern, dass sie nicht verletzt;
- Beziehungen zu gestalten, die auf Verständnis und Wertschätzung beruhen;
- Lösungen zu finden, bei denen möglichst die Bedürfnisse aller berücksichtigt werden.

Einführungsseminare
In diesen Seminaren geht es darum, den Prozess der Gewaltfreien Kommunikation kennen zu lernen und anhand eigener Beispiele seine praktische Anwendung zu üben.
Termine: 18.-20.2.2005, 22.-24.4.2005

Seminar für ZertifizierungsanwärterInnen
Dieses Seminar ermöglicht, sich im Anleiten von Übungen und in der Weitergabe der GFK auszuprobieren und Rückmeldungen zu erhalten. Des weiteren können sie Supervision erhalten für bereits stattfindende Seminararbeit im Bereich Kommunikation sowie für die Anleitung von Übungsgruppen und für die Begleitung von Einzelpersonen oder bei Mediationen. Es ist Raum für Entwicklung und für das Ausprobieren neuer Übungen im Zusammenhang mit der GFK sowie für gegenseitigen Austausch und Unterstützung im Zusammenhang mit Fragen, die die Zertifizierung angehen. Auch für die Bearbeitung eigener Muster und Blockaden, die das Einnehmen der Haltung, die der GFK zugrunde liegt, erschweren, wird hier der Ort sein.
Voraussetzung: 20 Seminartage, Einstieg in den Zertifizierungsprozess, Anleitung einer Übungsgruppe.
Termin: 24.-27.2.2005
Weitere Angebote zur Gewaltfreien Kommunikation unter:
www.gewaltfrei-niederkaufungen.de
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
✆ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de

WuT 2005

Widerstands- und Utopietage
Fast drei Wochen lang werden sich Menschen treffen, die Lust haben, Alternativen zu Herrschaft, Fremdbestimmung, Rollenzurichtung und all den Normen und Zwängen dieser Gesellschaft zu entwickeln, d.h. zu diskutieren, zu planen und ausprobieren. Die »Widerstands- und Utopietage« sind ein Grundkurs für den Abschied aus der Normalität – sowohl im Alltag wie auch im politischen Engagement. Er liefert Ideen und konkretes Handwerkszeug, um aus der ewigen Langeweile von Latschdemos, Infostand & Co. sowie den Zwängen des Alltags Stück für Stück zu entfliehen.
In der ersten Woche wird es Einführungen geben in Direct-Action, kreative Anti-repression, Containern und Schnorren, eigene Zeitungen oder andere Medien, Möglichkeiten im Internet usw. Danach geht es ans Praktische, dabei aber noch viel als Probieren – z.B. ein Straßentheater oder der Entwurf eines Fakes, Anketten, Wühlen in Lebensmittelcontainern oder die ersten Materialien schnorren, Layouten einer Zeitung, Interviews u.ä. mit dem Aufnahmegerät – vieles ist möglich.
Wann und wo was geübt wird, wann es aus dem gesicherten Raum rausgeht z.B. in die FussgängerInnenzone, ein Kaufhaus oder andere Orte, dass entscheidet Ihr selbst. Nach jedem Ausprobieren kann berichtet und in einem Workshop das Ganze ausgewertet werden.
In der dritten Woche folgt dann Praxis pur! Es ist Zeit für Aktionen, Projekte oder Veranstaltungen, eine Zeitung kann entstehen und verteilt werden, Gratisessen in der Innenstadt von Gießen, eine Radiosendung, ein Kunstprojekt, ein Fahrrad zusammenbauen – viele Ideen können verwirklicht werden. Rundherum finden die gesamte Zeit über Diskussionen zu Utopien und Strategien statt: Was ist, wenn es keine Knäste mehr gibt? Wie lassen sich Demonstrationen kreativer gestalten? Was tue ich, wenn Polizisten mich festnehmen? Welche Fakes sind illegal? Wo lässt sich was am besten schnorren? Wie funktioniert die Welt, wenn es keine Staaten mehr gibt? Wie organisiere ich einen offenen Raum auf Veranstaltungen? Gibt es Alternativen zu nervigen Plena? ... das und vieles mehr können die Themen sein. Wann was geschieht, wird nicht vorgegeben sein, sondern von den Teilnehmenden selbst bestimmt (Open Space).
Der Ort von »WuT 2005« passt zum Geschehen: Die Projektwerkstatt in Saasen ist weder irgendeine Bildungsstätte noch ein übliches politisches Zentrum. Vielmehr sind dort alle Räume so organisiert, dass alle Menschen möglichst gleichberechtigt alle möglichen Arbeitsmaterialien nutzen können. Niemand muss gefragt werden – und während der drei Wochen ist alles für alle zugänglich.
Zum Beispiel die Direct-Action-Plattform mit Kostümen, Kreide, Folien für Graffiti, Kleister für Überkleben, Megafon und vieles mehr. Oder die Computer für Internet, Zeitungen, Flugblätter, Plakate und vieles mehr. Oder die Musikwerkstatt für Tonaufnahmen, Radio und mehr. Die Fahrrad- und Heimwerkstatt laden zum Benutzen ein, ebenso die riesigen Bibliotheken und Archive. Daneben gibt es viele Räume für Treffen, zum Loswerkeln und das Seminarhaus mit Betten.
Termin: 20.2.-11.3.2005 in der Projektwerkstatt in Saasen (Kreis Gießen)
Mehr Informationen unter
✆ (0 64 01) 90 32 83
und www.wut2005.de.vu.

BERLIN

René Talbot (Irren-Offensive):
Der Staat – Beispiel Psychiatrie
Psychiatrische Grausamkeiten werden im allgemeinen mit der Fürsorgepflicht des Staates legitimiert. Strafmaßnahmen –heißt es – seien nur zum Besten des Bestraften, weil er ja selbst nicht mehr entscheiden könne, was gut für ihn ist. Damit werden Personen mit abweichendem Verhalten, ungewöhnlichen Gedanken- und Gefühlsäußerungen willkürlich internierbar und, einmal eingesperrt, Zwangsbehandlungen unterzogen.
(Vortrag und Diskussion, Eintritt frei)
Termin: 21.1.2005, 19.00 Uhr
Bibliothek der Freien. Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie Greifswalder Str. 4, 2. Hof
Raum 1102 D-10405 Berlin
– Prenzlauer Berg

Kuhle Wampe
Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft-Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittel (GNLL in der FAU/IAA) lädt zum Filmabend mit veganem Essen und Infotisch am Donnerstag 27.1.2005 ab 20 Uhr ein. Ort ist die FAU-Lokalföderation Berlin in der Straßburger Str. 38, 10405 Berlin. Gezeigt wird der von den Nazis 1933 verbotenen Film: »Kuhle Wampe«. Ein Film von Slatan Dudow, nach einem Drehbuch von Bert Brecht und Ernst Ottwald, Musik Hans Eisler, entstanden 1931, Uraufgeführt 1932. In den Hauptrollen: Ernst Busch und Hertha Thiele.
Der einzig offen kommunistische Film der Weimarer Republik hat die Massenarbeitslosigkeit der großen Wirtschaftskrise zum Thema. Am Beispiel einer Berliner Arbeiterfamilie werden die gesellschaftlichen Verhältnisse der Zeit entschlossen angegriffen. Der Film wurde am 26.3.1933 von der Filmprüfungsstelle der Nazis verboten.

BIELEFELD

»Gegen das Vergessen«
Veranstaltungsreihe im Café Parlando im Januar zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar
Auch 60 Jahre nach dem Ende des Holocaust an Juden, Homosexuellen, Roma und Sinti, Behinderten, politischen Gegnern und anderen gesellschaftlichen »Randgruppen« durch das nationalsozialistische Regime in Deutschland herrscht in weiten Teilen der Bevölkerung ein Klima des Verdrängens und Vergessens. Auf der anderen Seite ist ein Erstarken rechter Parteien und Gruppierungen wahrnehmbar, deren verstärktes Zusammenspiel und die Wahl rechter Parteien in Länderparlamente sind Warnsignale, dass rechte Ideologien erneut auf dem Vormarsch sind. Die Parlando-Veranstaltungsreihe will dazu beitragen, dass 60 Jahre nach dem Holocaust das Vergessen der Verbrechen und der Unmenschlichkeit des Nazi-Regimes nicht weiter fortschreitet.
Am Montag, den 17. Januar um 20.00 Uhr präsentiert das Parlando die Veranstaltung »Empört euch ich bin« mit lyrischen Erzählcollagen, Lieder und Musikarrangements zu Bildern des Osnabrükker Malers Felix Nussbaum, einem jüdischen Künstler, der 1944 in Auschwitz ermordet wurde. Ausgehend von Bildern des ermordeten Künstlers wurde ein Programm zusammengestellt, das Musikcollagen, poetische Texte, autobiografische Notizen und auch Liedtexte von jüdischen Zeitgenossen Nussbaums zu einer Hommage verbindet.
Im thematischen Anschluss an diese Veranstaltung findet am Montag, den 24. Januar (20.00 Uhr) ein szenischer Abend mit Liedern nach Texten von Theodor Kramer statt: Ein Abend unter dem Motto »Lob der Verzweiflung: Verfolgung, Exil, Widerstand und das pralle Leben« des Theodor Kramer-Projektes.
Am Samstag, den 22. Januar um 21.00 Uhr folgt ein Klezmer-Konzert mit einer Bielefelder Klezmer-Band »Chwazke«. Der Begriff »Klezmer« bezeichnet eine jüdische Folklore und sehr stimmungs- und ausdrucksvolle jüdische Musik.
Am Mittwoch, den 26. Januar findet um 19.00 Uhr eine Veranstaltung mit Celine van der Hoek-de Vries – Überlebende des KZ-Auschwitz – und Henk't Hooft – Vorsitzender der Organisation »Kindermonument« – aus den Niederlanden statt.
Parallel zu den genannten Veranstaltungen wird eine Ausstellung zu dem Maler Felix Nussbaum gezeigt. Die Ausstellung beginnt jedoch bereits am 11. Januar und endet am 31. Januar 2005.
Am Montag, den 31. Januar um 20.30 Uhr folgt eine Informationsveranstaltung zum »Collegium Humanum« in Vlotho. Dieses »Collegium« führt regelmäßig Veranstaltungen mit rechtsextremen Inhalten durch, Rechtsradikale (u.a. Horst Mahler) geben sich hier die Klinke in die Hand. Das sogenannte »Collegium« bietet und bot Holocaustleugnern ein willkommenes Forum, ihre menschen- und opferverachtenden Thesen zu verbreiten.
Veranstaltungsort: Café Parlando
Wittekindstr. 42, D-33615 Bielefeld
✆ (05 21) 12 27 00
E-Mail: info@cafe-parlando.de
www.cafe-parlando.de

REGIONALENTWICKLUNG

Berufliche Qualifizierung
Die Akademie der Katholischen Landjugend führt zum zwölften Mal eine mehrteilige berufliche Qualifizierung für Beratungskräfte in der Regionalentwicklung durch. Die Fortbildung befähigt dazu, beteiligungsorientierte Planungsprozesse zu strukturieren und zielgerichtet zu steuern. Die TeilnehmerInnen erlernen kommunale wie regionale Entwicklungsstrategien mit den Beteiligten unzusetzen und einzelne Projekte in der Produktentwicklung und Markteinführung zu unterstützen.
Der Kurs wird im Zeitraum März 2005 bis März 2006 durchgeführt. Er setzt sich aus fünf Blöcken zusammen und schließt mit dem Zertifikat Regionalberater/Regionalmanager ab. Die Blöcke sind auch einzeln zu belegen.
Einführungsveranstaltung:
12./13.3.2005 in Kassel
Information & Anmeldung:
Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, D-53604 Bad Honnef
✆ (0 22 24) 94 65 40, Fax 94 65 44
E-Mail: akademie@kljb.org
Kursbeschreibung:
www.akadmie.kljb.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !

☐ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg